

Magistratsdirektion

Magistratsdirektion – Strategie und Kommunikation (MDS)

Die Magistratsdirektion – Strategie und Kommunikation, eine aus vier Personen bestehende Stabsstelle, deren Leitung sich der Magistratsdirektor selbst vorbehalten hat, wurde im Rahmen der Neuorganisation der Magistratsdirektion im Juli 2001 eingerichtet. Schwerpunkte ihrer Tätigkeit sind die Wahrnehmung strategischer Aufgaben der Weiterentwicklung des Magistrats sowie die Assistenz des Magistratsdirektors insbesondere im Bereich der internen Kommunikation, der Öffentlichkeitsarbeit sowie der strategischen internationalen Kontakte.

Zu den strategischen Projekten, an denen die MDS im Jahr 2002 mitwirkte, gehörten u. a. die **Implementierung** von für den gesamten Magistrat verbindlichen **Verwaltungszielen** und eines modifizierten **Kontraktmanagements** sowie die Vorbereitung von strukturellen Maßnahmen der Verwaltungsmodernisierung, zum Beispiel im Bereich des Immobilien- und Facilitymanagements und des Beschaffungswesens. Ein weiterer Themenbereich war die **Analyse von Entwicklungen in der Europäischen Union** und damit zusammenhängender möglicher Strategien der Stadt Wien.

Wien hat in den vergangenen Jahren bereits große und erfolgreiche Anstrengungen unternommen, um eine klassische öffentliche Verwaltung in einen modernen, effizienten und kundenorientierten Dienstleistungskonzern umzuwandeln. Ein wichtiger Faktor dieses umfassenden Modernisierungsprozesses ist die Kommunikation nach innen und außen. Ihre Weiterentwicklung war eines der mit der Einrichtung der MDS verbundenen Ziele. Die interne Kommunikation sollte offener, schneller und zielführender werden. Tatsächlich konnte in diesem Bereich ein Kulturwandel eingeleitet werden. Die MDS richtete einen **eigenen Intranetauftritt** ein, wo der Magistratsdirektor wichtige Themen, aktuelle Entwicklungen und grundsätzliche Überlegungen kommuniziert, darunter im Jahr 2002 insbesondere Unternehmenskultur, Weiterbildung und Mobilität sowie die strategischen Ziele der Verwaltung und das Kontraktmanagement. Die Intranetseiten der MDS verzeichneten an die 15.000 Seitenzugriffe pro Monat.

Die erstmals festgeschriebenen Verwaltungsziele und das neue Kontraktmanagement wurden durch ein **umfassendes Kommunikationspaket** magistratsweit bekannt gemacht und erläutert. Dazu gehörte auch eine persönliche E-Mail des Magistratsdirektors an alle User/innen des Intranets. Der Magistratsdirektor bietet auf den Intranetseiten der MDS auch permanent die magistratsweite Möglichkeit des Dialogs und der Information über E-Mail-Kontakt an.

Hauptziel der externen Öffentlichkeitsarbeit ist die verstärkte Positionierung des Magistrats als

moderner, kundenorientierter Dienstleister. Verwaltungsmodernisierung und die Vermittlung einer modernen, offenen Verwaltung zogen sich als roter Faden durch die medialen Aktivitäten der MDS im Jahr 2002. Darüber hinaus stand die MDS auch anderen Geschäftsbereichen der Magistratsdirektion beratend und unterstützend bei Maßnahmen der internen und externen Kommunikation zur Verfügung.

Die rasante Veränderung der ökonomischen, politischen, gesellschaftlichen und technischen Rahmenbedingungen – wie Globalisierungstendenzen der Wirtschaft, der Prozess der europäischen Integration, die Revolution der Informationstechnologien – stellen nicht nur die Wiener Stadtverwaltung vor neue Aufgaben. Auch andere Metropolen sind mit vergleichbaren Herausforderungen konfrontiert. Die europäische Dimension ist auch aus der Perspektive der Städte bestimmend geworden. Die verbesserte Kommunikation zwischen großen europäischen Städten, die Vertretung gemeinsamer Interessen in der Europäischen Union, Erfahrungsaustausch, Beratung und Wissenstransfer zwischen den Verwaltungen sind deshalb die Ziele einer Initiative des Wiener Magistratsdirektors, bei deren Umsetzung er von der MDS unterstützt wird. Im Jahr 2002 wurden – zum Teil multilaterale – Arbeitstreffen mit den Verwaltungsspitzen von Städten wie zum Beispiel Paris, Dublin, Kopenhagen, Prag, Brunn, Bratislava und Vilnius organisiert. Auf diese Weise entsteht sukzessive ein unbürokratisches, informelles und rasch funktionierendes Netzwerk des Spitzenmanagements europäischer Großstädte.

Magistratsdirektion – Präsidialabteilung (MDP)

Im Jahr 2002 sind der Präsidialabteilung des Bürgermeisters 7.939 Geschäftsstücke zugegangen.

Das **Repräsentationsreferat** hatte im Berichtszeitraum 440 gesellschaftliche Veranstaltungen, 16 Eröffnungsfeierlichkeiten oder Grundsteinlegungen und 132 sonstige Veranstaltungen vorzubereiten und durchzuführen. Die 440 gesellschaftlichen Veranstaltungen wurden von insgesamt 96.429 Gästen besucht, von denen 36.723 aus dem Ausland kamen.

Im Hinblick auf ihre Größe wären besonders hervorzuheben die Empfänge anlässlich der Tourismusfachmesse atb (1.480 Teilnehmer), der Leichtathletik EM 2002 (1.100 Teilnehmer), des 26th Triennial Congress of the International Confederation of Midwives (1.348 Teilnehmer), des Life Balls 2002 (4.300 Teilnehmer), des National Evening „The Congress Dances!“ – XVI. World Congress on Safety and Health at Work (1.830 Teilnehmer), des Concordia-Balls (1.766 Teilnehmer), der Festveranstaltung „1000 Jahre Wienerwald“ (1.645 Teilnehmer), des Konzertes „Don Giovanni“ anlässlich der EU-Präsidentschaft von Spanien (1.080 Teilnehmer), des Abschlussbanketts der Bowling

Senioren Europameisterschaft (1.245 Teilnehmer), des 5th World Congress on Computational Mechanics (1.320 Teilnehmer), des Kleingartenpreises 2002 (980 Teilnehmer), der Eröffnung der Viennale 2002 (820 Teilnehmer), des 6. Kongresses der Europäischen Gesellschaft für Neurologie (1.300 Teilnehmer), des Benefizkonzertes der Wiener Sängerknaben zugunsten der Hochwassergeschädigten (1.245 Teilnehmer), des Benefizkonzertes anlässlich des 15-Jahr-Jubiläums „Rettet den Stephansdom“ (1.130 Teilnehmer), des Kongresses des Weltbundes der Österreicher im Ausland (630 Teilnehmer), des Vienna City Marathons (6.700 Teilnehmer), des Blumenballs der Stadt Wien (3.000 Teilnehmer), des Polizeiballs (2.500 Teilnehmer) und des Feuerwehrballs (3.100 Teilnehmer).

Magistratsdirektion – Verfassungsdienst und Rechtsmittelangelegenheiten (MD-VfR)

In der MD-VfR fielen im Jahr 2002 insgesamt 20.446 Geschäftsstücke an.

Im Berichtsjahr 2002 lag entsprechend dem spezifischen Aufgabenbereich ein wesentlicher Schwerpunkt der Tätigkeit auf dem Gebiet des Legistischen Dienstes sowie der rechtlichen Angelegenheiten der europäischen Integration. In diesem Zusammenhang waren 369 Gesetzes- und Verordnungsentwürfe des Bundes zu begutachten. Außerdem wurden die Vorlagen von 49 Landesgesetzen, 8 Verordnungen der Landesregierung, 7 Verordnungen des Landeshauptmannes sowie 12 Verordnungen des Magistrats einer Prüfung unterzogen bzw. selbst ausgearbeitet. Des Weiteren wurde die Kundmachung von 22 Gesetzen, 23 Verordnungen und 10 Kundmachungen im Landesgesetzblatt veranlasst.

Der MD-VfR obliegt auch die Rechtsdatenpflege und die **Betreuung des Wiener Rechtsinformationssystems (WRI)**, sowie alle in diesem Zusammenhang anfallenden manipulativen Aufgaben. Im Berichtsjahr 2002 wurde das WRI mit der **Datenbank über Entscheidungen der Bauoberbehörde** erweitert. Diese nun laufend gewartete Sammlung enthält anonymisierte Bescheide und Rechtssätze. Die elektronische Sammlung der Wiener Landesgesetzblätter wurde neben aktuellen Landesgesetzblättern des laufenden Jahres mit rückerfassten Landesgesetzblättern bis zum Jahre 1997 ergänzt. Bemerkenswert ist, dass der Informationsdienst WRI allen Rechtssuchenden über Internet (<http://www.wien.gv.at/recht/landesrecht-wien/index.htm>) zur Verfügung steht. Zahlreiche Anfragen von Privatpersonen zeigen, dass die MD-VfR auch als direkter Ansprechpartner für alle Bürger/innen agiert.

Das bereits im Jahr 2001 gestartete Projekt der Schaffung einer **elektronischen Sitzungsunterlage** für die Abgabenberufungskommission konnte 2002 erfolgreich finalisiert werden. Durch die automatisierte Erstellung des ABK-Sitzungsheftes konnte der bisher anfallende Manipulationsaufwand erheblich reduziert werden. Den Mitgliedern der ABK steht nunmehr der Inhalt der Sitzungen in Form einer CD zur Verfügung.

Im Jahr 2002 kamen folgende Bürgermeister und hochrangige Gäste zu Besuch:

30. Jänner	UN-Generalsekretär Kofi Annan
9. April	Besuch von Sir Peter Ustinov
30. April	Vizeminister von Tschechien, Herr Ing. Jozef Prusa
10. Mai	Bürgermeister der Stadt Maribor, Herr Boris Sovic
12. bis 16. Mai	Bürgermeister der Stadt Jeddah, Ing. Abdallah Al-Moualimi
24. Mai	Regierungschef von Hongkong, Sir Donald Tsang
4. bis 5. Juni	Präsident der Russischen Föderation, Herr Peter M. Latyshev
4. bis 5. Juli	Bürgermeister der Stadt Den Haag, Herr W. J. Deetman
10. Juli	Innenminister von Iran, Herr Mousavi Lari
10. Juli	Innenministerin von Ungarn, Frau Monika Lampert
3. bis 5. September	Bürgermeisterin der Stadt Belgrad, Frau Radmila Hrustanovic
9. bis 11. September	Bürgermeister der Stadt Tallinn, Herr Edgar Savisaar
10. September	Bürgermeister der Stadt Sarajevo, Herr Prof. Muhidin Hamandzic
28. September bis	Bürgermeister der Stadt Warschau, Herr Dipl.-Ing.
1. Oktober	Wojciech Kozak
3. Oktober	Vizebürgermeister von Helsinki, Herr Timo Honkala, und Delegation
14. Oktober	Dr. Helmut Sohmen, World Wide Shipping Agency, Hongkong
17. Oktober	Bürgermeister der Stadt Krakau, Herr Prof. Dr. Andrzej Golas
20. bis 23. Oktober	Oberbürgermeister von Kopenhagen, Herr Jens Kramer Mikkelsen
4. bis 8. November	Landeshauptmann von Rioja, Herr Pedro Sanz Alonso
8. November	Oberbürgermeister von Budapest, Dr. Gabor Demszky
12. November	Vorsitzender des Rates der evangelischen Kirche in Deutschland, Herr Präses Manfred Kock
13. bis 15. November	Ministerpräsident von Hessen, Herr Roland Koch
29. November	Bürgermeister von Bethlehem, Herr Hanna J. Nasser

Im Jahr 2002 standen folgende Auslandsreisen des Herrn Bürgermeisters auf dem Programm:

6. Jänner	München – auf Einladung von Herrn Oberbürgermeister Christian Ude
14. Jänner	Paris – auf Einladung von Herrn Bürgermeister Bertrand Delanoë, Treffen der Bürgermeister der EURO-Zone
6. und 7. März	Valencia – RGRE-Hauptausschuss
13. bis 21. April	San Francisco – Los Angeles – Hong Kong – WWFF-Präsentation und Wien-Gala
18. Juni	München – WWFF-Präsentation und Wien-Gala
8. und 9. Juli	London – Städtepolitik-Konferenz
29. und 30. August	Berlin – Städtekonzferenz mit EU-Erweiterungskandidaten
21. September	München – auf Einladung von Herrn Oberbürgermeister Christian Ude
23. und 24. September	Ljubljana – Budapest – Südosteuropäische Bürgermeisterkonferenz in Ljubljana, Erneuerung des Kooperationsabkommens mit Budapest
5. Oktober	Sofia – Eröffnung der Wien-Tage
5. Dezember	Aarhus – RGRE-Hauptausschuss

Magistratsdirektion

Im Jahr 2002 wurden folgende Eröffnungen und Grundsteinlegungen, Benennungen und Inbetriebnahmen vorbereitet und durchgeführt:

15. Februar	Eröffnung der Ausstellung „Ljubljana auf alten Ansichtskarten 1894–1945“ durch Frau Bürgermeisterin Viktorija Potocnik
6. März	Eröffnung der EU/ICC-Getreidekonferenz 2002, ECC 2002
15. März	Eröffnung des Anton-Benya-Hauses in Wien 12., Arndtstraße 65-67
8. April	Eröffnung des 4. Internationalen Theodor-Herzl-Symposiums
11. April	Benennung des „Kosteleckywegs“ in Wien 11., zwischen Mühlangergasse 34 und 36
29. April	Eröffnung des International Peace Garden
4. Mai	Eröffnung der Präsentation von Selbsthilfegruppen „Jeder für Jeden“
10. Mai	Eröffnung der Wiener Festwochen 2002
1. Juni	Eröffnung des 23. Österreichischen Blasmusikfestes
3. Juni	Eröffnung des Kuratoriums „Sicheres Österreich“
10. Juni	Eröffnung der Geistlichen Kulturwoche Russlands
3. Juli	Eröffnung des Sir-Karl-Popper-Symposiums
3. September	Eröffnung der Ausstellung „Yugomuseum“ anlässlich der Belgrad-Tage in Wien
5. Oktober	Eröffnung des Krötzlerparkes in Wien 11., Krötzlergasse
11. November	Eröffnung der 55. Österreichischen Buchwoche

Im Jahr 2002 fanden in der Volkshalle des Wiener Rathauses nachstehende Ausstellungen statt:

5. bis 9. Februar	Spielbox Aktion (3.472 Besucher)
16. November bis 24. Dezember	Wiener Adventzauber 2002 (ca. 275.000 Besucher)

Im Vorjahr wurden auch zusätzlich einige interne Projekte gestartet, die im Wesentlichen administrative Erleichterungen bewirken sollen. Hervorzuheben wären hier die erfolgreiche Umstellung auf das **Protokollierungssystem ELAK**, die Überarbeitung und Neufassung des externen und internen Internetangebotes mit aktuellen Informationen und legistischen Hilfestellungen. Im Berichtsjahr 2002 wurden auch umfangreiche Vorarbeiten hinsichtlich der Straffung der legistischen Arbeitsabläufe innerhalb der Stadt Wien, gefasst in einem einzigen Datenpool per Workflow, geleistet. Ziel ist die Schaffung einer EDV-Lösung, die möglichst vollständige elektronische Abbildungen der legistischen Arbeitsabläufe ermöglicht und den Normengebungsprozess von der Entwurfsphase bis inklusive Kundmachung im Internet abbildet.

Neben dem Aufbau eines internen Schulungs- und Weiterbildungsangebotes wurde das auf Initiative der MD-VfR und im Einvernehmen mit der MD-VA gestartete **Weiterbildungsprogramm für Jurist/innen** der Stadt Wien auf dem Gebiet der Legistik auch im vergangenen Jahr mit großem Erfolg weitergeführt. Das nunmehr in zwei Module aufgeteilte Legistikseminar vermittelt rechtssetzungstechnische Grundsätze für eine verständliche Rechtssprache, wichtige europarechtliche und verfassungsrechtliche Grundsätze. Ein besonderer Schwerpunkt ist auch die Behandlung der anfallenden Gesetzesfolgekosten. Im Zuge des Legistik-

seminars werden den Zuhörer/innen auch die Wahlfächer Recht der Technik, Finanzrecht, Vergaberecht und Dienstrecht angeboten.

Auch im Berichtsjahr 2002 führten die zahlreichen Aktivitäten der Bundesregierung zur Umsetzung des Regierungsprogramms auf vielen Gebieten zu grundlegenden und vor allem **umfangreichen Änderungen** der bisherigen **Rechtslage**, die auf Grund der vielen Verknüpfungen mit anderen Rechtsmaterien einen umfassenden Rechtsstoff bildeten, der auch unter Bedachtnahme auf die Interessen Wiens einer genauen Prüfung unterzogen werden musste. In diesem Zusammenhang sind insbesondere die Vereinsgesetznovelle 2002, die Novelle zum Sicherheitspolizeigesetz 2002, die Novelle zum Jugendgerichtshofgesetz, das Abfallwirtschaftsgesetz 2002 und das Wohnungseigentumsgesetz 2002 zu erwähnen. Hervorzuheben wäre auch das sensible und für die Weiterentwicklung des Wiener Dienstrechts relevante betriebliche Mitarbeitervorsorgegesetz.

Weiters sind aus dem Bereich der **Landesgesetzgebung** die Novelle zum Wiener Landes-Stiftungs- und Fondsgesetz, die Novelle zum Wiener Nationalparkgesetz, die Novelle des Kleingartengesetzes und des Garagengesetzes, das Wiener Sozialhilfegesetz, das Wiener Kindertagesheimgesetz und das Wiener Schischulgesetz zu erwähnen. Weitere wichtige Novellen betrafen das Baurecht, das Dienstrecht und das Sozialrecht.

Ein weiterer Tätigkeitsbereich der MD-VfR lag in der Vorbereitung und **Herausgabe von Erlässen**. Zur Klarstellung von Rechtsfragen wurden insgesamt fünf Erlässe herausgegeben. Hervorzuheben wäre die Ausarbeitung des Erlasses betreffend das Verwaltungsreformgesetz 2001 (Widerspruch gegen Sachentscheidungen des UVS), sowie ein Erlass hinsichtlich der elektronischen Abwicklung des Verfahrens zur Erstellung von Landesgesetzen. Letztgenannte Dienstanweisung enthält den Arbeitsablauf und die organisatorischen Rahmenbedingungen hinsichtlich des legistischen Verfahrens zur Erstellung von Landesgesetzen in elektronischer Form.

Der MD-VfR obliegt auch die Führung der Geschäfte der Bauoberbehörde, der Abgabenberufungskommission, des Berufungssenates, des Landesagrarsenates und der Bauordnungskommission. Ein Mitglied der MD-VfR gehört dem Vergabekontrollsenat nach dem Wiener Landesvergabegesetz als Mitglied an. Die Dienststelle war auch an der Vorbereitung von 4 Landeshauptmännerkonferenzen und 2 Landesamtsdirektorenkonferenzen beteiligt.

Von der Verbindungsstelle der Bundesländer wurden 530 Geschäftsfälle an das Amt der Wiener Landesregierung herangetragen und von der MD-VfR unter Einbindung der befassten Fachdienststellen erledigt. Bei den rechtlichen Angelegenheiten der europäischen Integration fielen 358 Geschäftsstücke an. Im Jahr 2002 wurden wieder Beiträge für zwei Bezirksamtsleiter-Besprechungen selbst vorbereitet und auch Beiträge anderer

Dienststellen vor ihrer Einbringung in die Bezirksamtsleiter-Besprechungen überprüft.

Im Rahmen der **Bauordnungskommission** fanden zahlreiche Sitzungen statt, die wieder umfangreiche Vorarbeiten erforderlich machten. Insbesondere die Notwendigkeit, weitere Schritte bei der Reform der Wiener Bauordnung und den baurechtlichen Nebengesetzen zu setzen, hatte eine äußerst intensive und zeitaufwändige Tätigkeit der Bauordnungskommission zur Folge.

In Bauangelegenheiten waren 539 Rechtsmittelsachen, darunter 6 Verfügungen (Aufforderungen zur Erstattung von Gegenschritten usw.) des Verfassungsgerichtshofs und 24 Verfügungen des Verwaltungsgerichtshofs sowie 6 Devolutionsanträge, zu bearbeiten. Weiters waren 96 Entwürfe von Flächenwidmungs- und Bebauungsplänen zu überprüfen.

An sonstigen Rechtsmittelsachen (Abgaben- und Administrativangelegenheiten) fielen 565, darunter 23 Verfügungen des Verfassungsgerichtshofs und 108 Verfügungen des Verwaltungsgerichtshofs sowie 6 Devolutionsanträge an. Überdies waren 582 Akten des Berufungssenates, darunter ein Akt der MD-VfR, zu beurteilen und dem Senat zur Entscheidung vorzulegen. 346 Rechtsmittelentscheidungen und -akten anderer Dienststellen und deren Schriftsätze an die Gerichtshöfe des öffentlichen Rechtes sowie sonstige Akten anderer Dienststellen wurden überprüft.

Im Übrigen wurden Angehörige der MD-VfR zu Besprechungen der Verbindungsstelle der Bundesländer und in Bundesministerien herangezogen, hielten Vorträge in der Verwaltungsakademie und waren in verschiedenen Prüfungskommissionen sowie als Mitglieder und Referenten in Kollegialorganen (Abgabenberufungskommission, Bauoberbehörde, Berufungssenat) tätig. Die Schriftführerdienste für diese Kollegialorgane wurden von Angehörigen der MD-VfR besorgt.

Die Sitzungen der Berufsorgane (Abgabenberufungskommission – 4 Sitzungen, Bauoberbehörde – 5 Sitzungen, Berufungssenat – 6 Sitzungen) wurden von der MD-VfR vorbereitet.

Magistratsdirektion – Zivil- und Strafrecht (MDZ)

Die Dienststelle für Zivil- und Strafrecht hat 2002 zu 46 Gesetzesentwürfen – vor allem des Bundes, aber auch des Landes Wien – vom zivil- und strafrechtlichen Standpunkt Stellungnahmen abgegeben. Breiten Raum nahmen auch die Begutachtungen von EU-Richtlinien ein. Im Bereich der Disziplinaranwaltschaft wurden 24 Disziplinarsachen bearbeitet. In 58 Fällen haben Mitarbeiter der MDZ in Sitzungen der Vergabekommissionen zur Zielsetzung der Rechtmäßigkeit des Vergabeverfahrens beigetragen.

Wie auch in den Vorjahren wurden sämtliche Dienststellen des Wiener Magistrats durch mündlich oder telefonisch erteilte Auskünfte, durch Teilnahme an Besprechungen und durch Verfassung

von 447 schriftlichen Gutachten in zivil- und strafrechtlicher Hinsicht beraten, wobei **Vergabeangelegenheiten** einen weiteren Schwerpunkt bildeten.

Durch diese Beratungs- und Begutachtungstätigkeit konnte naturgemäß nicht allen Rechtskonflikten von vornherein vorgebeugt werden. Demgemäß fielen 317 Klagssachen an, die ihrerseits teilweise im Vergleichsweg bereinigt werden konnten, im Übrigen aber vor Gericht bzw. im Instanzenzug ausgetragen werden mussten. Darüber hinaus mussten 213 Mahnklagen und Besitzstörungsklagen eingebracht werden. In 5 Verlassenschaftssachen wurde vor Gericht bzw. Notaren für die Stadt Wien eingeschritten.

269 Gerichtsverfahren konnten im Jahr 2002 abgeschlossen werden, wobei 239 Prozesse gewonnen werden konnten und nur 30 verloren gingen. Der Gesamtstreitwert betrug 6.609.202 EUR, wobei solcherart 6.073.888 EUR „erstritten“ wurden. Dies entspricht bei den Streitwerten einer Quote von 91,8 Prozent gewonnener zu 8,2 Prozent verlorener Verfahren.

In 257 Beschwerden vor dem Verwaltungs- oder Verfassungsgerichtshof wurden die zugesprochenen Kosten – teilweise im Wege der Exekution – eingehoben bzw. angewiesen. Ferner waren 284 Liegenschaftsexekutionen, gelegentlich in Verbindung mit Kuratorbestellungen, zirka 250 sonstige Exekutionen (davon 81 für andere Dienststellen, der Rest in Fortführung eigener Prozesscausen) und 843 Insolvenzfälle zu behandeln.

Für Einvernahmen vor Gerichten oder Verwaltungsbehörden wurden 609 Entbindungen von der Amtsverschwiegenheit erteilt, die in weiterer Folge die zeugenschaftliche Vernehmung von Mitarbeitern der Stadt Wien ermöglichten. Schließlich waren noch 317 Rechtshilfeersuchen, 5 Strafsachen und 120 sonstige Geschäftsstücke (Ausstellung von Vollmachten, Erteilung von Auskünften etc.) zu bearbeiten.

Magistratsdirektion – Bereichsleitung Dezentralisierung (MD-BLD)

Im Sinne der Bestimmungen der Wiener Stadtverfassung und der Geschäftsordnung der Bezirksvertretungen wurden im Jahr 2002 der Bereichsleitung Dezentralisierung 349 Anträge und 19 Anfragen der Bezirke zur Weiterbearbeitung bzw. Erledigung durch die jeweils zuständige Fachdienststelle übermittelt.

Änderung der Wiener Stadtverfassung – Hauptstraßenverordnung

Aufgrund der vorgenommenen Verlängerung der Bundesstraßen B haben sich teilweise auch die Aufgaben der Bezirke in gewissem Maße geändert. Unter anderem mussten durch die Übertragung der Bundesstraßen auf das Land Wien, die einzelnen Rechte der Bezirksvorsteher entsprechend adaptiert werden. Ebenso war es erforderlich, den rechtlichen Stand im Organisationshandbuch der

Dezentralisierung zu evaluieren. Ferner hat der Arbeitskreis „Hauptstraßen“ die Vorbereitungen für eine Novellierung (Feststellung der Hauptstraßen und Nebenstraßen) dahingehend vorgenommen, dass die dem Land Wien übertragenen Bundesstraßen B rechtlich als Hauptstraßen B geführt werden. Im Rahmen der vorgesehenen Stadtverfassungsänderung wurde u. a. die Aufgabe betreffend Radwege, die im Hauptradwegenetz ausgewiesen sind, per 1. Jänner 2003 der Zentralverwaltung wieder übertragen.

Informationen an die Bezirke und von den Bezirken

Mit den vom Magistratsdirektor nominierten Bezirkskoordinator/innen wurden im Jahr 2002 neun Jour fixe-Besprechungen abgehalten. Ein entsprechender Erfolgs- bzw. Informationsaustausch erfolgte mit der Bereichsleitung Dezentralisierung. Allfällige Wünsche der Bezirke konnten einerseits in diesen Gesprächen erläutert bzw. andererseits wichtige Informationen den Bezirken übertragen werden. Im Rahmen dieser Jour fixe-Besprechungen hatten Vertreter/innen städtischer Dienststellen die Möglichkeit, fachliche Erfahrungen in Angelegenheiten, die Aufgaben der Dezentralisierung berühren, zur Diskussion zu stellen. Ferner wurde den Bezirkskoordinator/innen die in den diversen Medien veröffentlichten, bezirksbezogenen Artikel zur Information und allfälligen Bearbeitung zur Verfügung gestellt.

Informationsveranstaltungen

Für die im Jahr 2002 neuen Bezirkskoordinator/innen, sowie neuen Büroleiter/innen der Bezirksvorstehungen wurden erforderliche Einschulungen im Zusammenhang mit den Aufgaben der Dezentralisierung der Verwaltung der Stadt Wien vorgenommen.

Budgetäre Betreuung von Haushaltsmitteln

Für die Herstellung von Hauptstraßen in den einzelnen Bezirken wurden entsprechende Zuweisungen für überregionale Maßnahmen, die in den Bereich der Geschäftsgruppe Stadtentwicklung und Verkehr fallen, verwaltet und die dafür erforderlichen Anträge dem zuständigen Gemeinderatsausschuss zur Genehmigung der Kostensätze vorgelegt. Diese finanziellen Zuweisungen beinhalten auch zusätzliche Maßnahmen im Zusammenhang mit der Herstellung, dem Ausbau bzw. der Umgestaltung von Straßen und Platzbereichen. Die gesamten Zuweisungen betragen für das Jahr 2002 rund 7,974 Mio. EUR.

Magistratsdirektion – Personalstelle Wiener Stadtwerke (MD-PWS)

Personalstandesmäßige Angaben

Mit Stichtag 31. Dezember 2002 betrug der Personalstand der MD-PWS inklusive Karenzurlauber/innen und Präsenzdiener 12.965 Beschäftigte, davon 1.665 Frauen, wobei der Wienstrom GmbH 3.299, der Wiengas GmbH 1.076, der Bestattung Wien GmbH 392, der Wiener Linien GmbH & Co KG

8.059 sowie der Wiener Stadtwerke Holding AG 139 Bedienstete zugewiesen waren. Die Zahl der Pensionsparteien belief sich am 31. Dezember 2002 auf 12.358. Im Jahr 2002 betrug die Anzahl der Versehrtenrenten nach dem UFG 153. In 26 Fällen bestand ein Anspruch auf Witwen- bzw. Witwerpension nach diesem Gesetz.

Am 31. Dezember 2002 wurden im Rahmen des Konzerns insgesamt 236 Lehrlinge (einschließlich jener der Fernwärme Wien GmbH) beschäftigt. Weiters sind per 31. Dezember 2002 1.607 Personen direkt bei den Gesellschaften des Konzerns beschäftigt. Im Berichtsjahr betrug die Anzahl der Ruhestandsversetzungen 589. Das Pensionsantrittsdurchschnittsalter betrug 2002 etwa 57,3 Jahre (Schema I: 57,1 Jahre; Schema II: 57,6 Jahre). Am 31. Dezember 2002 waren 64 Bedienstete des Schemas II/IV, sowie 66 Bedienstete des Schemas I/III teilzeitbeschäftigt. Im Berichtsjahr wurden außerdem rund 280 Förderungen (Beförderungen, außerordentliche Stufenvorrückungen, Titelverleihungen) bearbeitet.

Allgemeines

Im Zuge des Projektes „Unternehmenskultur“ wurde im Februar 2002 eine konzernweite Fragebogenaktion durchgeführt, welche mit einer rund 50-prozentigen Beteiligung ein hohes Engagement der Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen dokumentierte. In der Folge stand zunächst die Auswertung des umfassenden Befragungsmaterials im Mittelpunkt, die in zahlreiche Informationen und Diskussionen mündete. In Fortführung des Projektes wurden aus den Ergebnissen weitere Schritte eines Kulturwandelprozesses in die Wege geleitet, in deren Mittelpunkt die Verbesserung der internen Kommunikation sowie die Entwicklung einheitlicher Führungsgrundsätze für Führungskräfte des Konzerns stehen.

Mit 1. Juli 2002 wurden für die zugewiesenen Mitarbeiter/innen die Agenden der MA 2-Unfallreferat von der MD-PWS übernommen und werden seither in den einzelnen Ressorts wahrgenommen.

Das bereits 2001 begonnene Projekt der neuen **Leistungsbewertung** für KV-Mitarbeiter/innen unter Einbindung von Zielvereinbarungen und Portfolios mit exakt umschriebenen Bewertungsabstufungen für einzelne zu bewertende Merkmale wurde insoweit abgeschlossen, als zum Stichtag 31. Dezember 2002 erstmals die Bewertung nach dem neuen System Platz griff.

Erwähnenswert sind auch noch die im Berichtsjahr in die Wege geleiteten **Umsetzungsmaßnahmen zur „Abfertigung neu“** für KV-Bedienstete, in diesem Zusammenhang insbesondere die notwendigen Vorbereitungsarbeiten zur Auswahlentscheidung einer Mitarbeitervorsorgekasse.

Verrechnung der Gehälter und Pensionen

Es wurden Vorbereitungsarbeiten für die **Bezugsabrechnung** von ca. 200 Mitarbeiter/innen einiger Tochterfirmen der Wiener Stadtwerke im **SAP-HR3**

begonnen, die Aufschluss über eine generelle Anwendbarkeit des genannten Systems geben sollen.

2002 wurden monatlich rund 12.278 Ruhe- und Versorgungsgenussbeziehern die Pensionsbezüge angewiesen. In 3.383 Fällen wurden Fremdrenten (je nach dem ASVG, GSVG, BSVG bzw. PG 1965) mit den gebührenden Ruhe- und Versorgungsbezügen gemeinsam versteuert und ausbezahlt. 1.199 Ruhe- und Versorgungsgenussempfänger erhielten ein Pflegegeld.

Bereich Personalentwicklung und -förderung

An den insgesamt 613 Aus- und Weiterbildungsveranstaltungen des Schulungszentrums haben ca. 4.643 Personen teilgenommen. Das **Schulungsangebot** umfasste die Bereiche EDV, Fachschulungen (wie Vergaberecht, Kunden- und Energieberater/innenausbildung), verhaltensorientierte Trainings, die Vorbereitungskurse zur Dienstprüfung, Informationsveranstaltungen und insbesondere Seminare zu Managementtechnik und Persönlichkeitsentwicklung. Zusätzlich zu dem Angebot der konzernübergreifenden Schulungen wurden diverse Fachkurse für spezifische Berufsgruppen einzelner Unternehmensbereiche angeboten. Die Förderprojekte „Verkäufer/innentraining, Powerwriting, Teamentwicklung“, „Kommunikationstraining für die GBB und Kontaktfrauen“, „Fit für den Energiemarkt! Vom Verkäufer/Von der Verkäuferin zum/zur individuellen Kundenmanager/in“, „Fit im Rechnungswesen! Zukunftsichere Prozessoptimierung für Konsolidierungspartner“, „Personal-Controlling“ wurden geplant, organisiert und betreut.

Das **Nachwuchsführungskräfteprogramm 2002** umfasste die Programmerstellung und -verteilung, sowie die Organisation und Umsetzung dieser Seminare. Es wurden 6 Förder-Assessmentcenter einschließlich Auswertung und Einzelfeedback-Gespräche organisiert, vorbereitet und betreut, sowie 145 EDV-gestützte Potentialanalysen durchgeführt.

Dem Bereich Personalentwicklung und -förderung obliegt weiters die **Betreuung der Lehrlinge**.

Am 31. Dezember 2002 wurden im Rahmen der Wiener Stadtwerke insgesamt 236 Lehrlinge beschäftigt. Die Ausbildung erfolgt u. a. in den Berufen Bürokaufmann/frau, Betriebsschlossler/in, Elektroniker/in, Elektroenergietechniker/in, Starkstrommonteur/in, Elektromechaniker/in für Starkstrom, Kfz-Techniker/in, Kfz-Techniker/in(Elektriker/in), Kfz-Mechaniker/in, Kommunikationstechniker/in-Nachrichtenelektronik, Maschinenbautechniker/in und Sanitär- und Klimatechniker/in (Gas- und Wasserinstallation, Heizungsinstallation).

Magistratsdirektion – Restitutionsangelegenheiten (MDR)

Die MDR bearbeitet ihr Aufgabengebiet in Kooperation mit den vergleichbaren Stellen des Bundes, wie z. B. dem Nationalfonds der Republik Österreich, dem Österreichischen Versöhnungsfonds

und der Österreichischen Historikerkommission und anderen Organisationen, wie z. B. der Israelitischen Kultusgemeinde und deren Teilorganisationen. Dadurch konnten mehrere im Washingtoner Abkommen vom 17. Jänner 2001 vorgesehene Fragen schrittweise einer Lösung näher gebracht werden. So wurden etwa die Vorarbeiten für die Rückgabe der – im Bundesbesitz befindlichen – ehemaligen Sportstätte von „Hakoah“ in die Wege geleitet. Zur Renovierung jüdischer Friedhöfe wurden organisatorische Vorbereitungen getroffen, wie z. B. die erste exakte Vermessung des Währinger Friedhofes. Überdies wirkt die MDR in anderen Restitutionsfragen, etwa im Bereich der bildenden Kunst, mit.

Mit der Österreichischen Historikerkommission wurde ein Vertrag zur Durchsicht aller Liegenschaften, die in den Jahren 1938 bis 1945 an die Stadt Wien gekommen und später restituiert worden sind, vorbereitet. Die MDR nahm auch an anderen zeitgeschichtlichen Initiativen, etwa um ein „Haus der Geschichte“ oder ein „Shoah-Zentrum“ teil. Erleichtert wird diese Aufgabe durch eine intensive und an Informations- und Finanzierungsbereitschaft kaum zu übertreffende Kooperation mit anderen magistratischen Dienststellen.

Magistratsdirektion – Allgemeine Angelegenheiten (MDA)

Zur Regelung rechtlicher und organisatorischer Fragen wurden insgesamt 87 Erlässe der Magistratsdirektion und 7 Erlässe der MDA herausgegeben. Von der Verbindungsstelle der Bundesländer wurden 4.228 Geschäftsfälle an den Landesamtsdirektor bzw. das Amt der Wiener Landesregierung herangetragen und von der MDA einer Erledigung zugeführt oder an die befassen Fachdienststellen zur direkten Erledigung weitergeleitet.

Geschäftsbereich Strategie und Recht

Im Verwaltungsjahr 2002 wurden 86 an den Bürgermeister und Landeshauptmann bzw. an die amtsführenden Stadträt/innen gerichtete **parlamentarische Initiativen** bearbeitet und an deren Beantwortung mitgewirkt. Von diesen wurden fünf Initiativen als dringlich eingebracht.

Im Berichtsjahr oblag dem Geschäftsbereich Strategie und Recht auch die **Betreuung des Landtagspräsidenten**. Zu dieser Aufgabe gehörte unter anderem die Vorbereitung und die Teilnahme an zwei Landtagspräsidentenkonferenzen und zwei Landtagsdirektorenkonferenzen sowie die Teilnahme an der Konferenz der Parlamentspräsidenten der Hauptstadt-Regionen in der Europäischen Union in Brüssel sowie an der CALRE-Konferenz der Präsidenten der Europäischen Regionalparlamente mit Legislativkompetenz, die gleichfalls in Brüssel abgehalten wurde.

Mit Stichtag 31. Dezember 2002 wurde die **Dienstaufsicht** über 128 leitende Bedienstete, wovon 62 im rechtskundigen Dienst standen, geführt. Es erfolgten 10 Übernahmen von Bediensteten aus anderen Dienstaufsichtsbereichen und eine Ver-

setzung. 13 Bedienstete sind ausgeschieden. Ferner waren Ausschreibungen für die Besetzung von 8 Dienstposten durchzuführen.

Geschäftsbereich Koordination

Die MDA hatte im Berichtsjahr das Budget der „Geschäftsgruppe 0“ (Stabsstellen der MD, MBÄ, Büros der Bezirksvorsteher/innen, Unabhängiger Verwaltungssenat Wien, Kontrollamt, Unabhängiger Bedienstetenschutzbeauftragter etc.) in der Höhe von insgesamt rund 750 Mio. EUR zu koordinieren (davon 570 Mio. EUR an Personalkosten für die Wiener Stadtwerke).

Vom Rechnungshof wurden der Stadt Wien im Jahr 2002 13 Berichte übermittelt, für die Beschlüsse des Stadtsenats bzw. des Gemeinderats betreffend Stellungnahme und getroffene Maßnahmen bzw. Kenntnisnahme herbeigeführt wurden.

Im Berichtsjahr wurden drei ordentliche Landesamtsdirektorenkonferenzen und drei ordentliche Landeshauptmännerkonferenzen abgehalten und entsprechend von der MDA vorbereitet. In zwei Bezirksamtsleiterbesprechungen wurden neben grundsätzlichen Rechtsfragen insbesondere die Umsetzung des Verwaltungsreformgesetzes 2001 beim Magistrat der Stadt Wien, die Eingliederung des Meldewesens sowie des Pass- und Fundwesens in den Vollzugsbereich des Magistrats der Stadt Wien, die Vorbereitungen der Einführung von Kontraktmanagement und Controlling in den Magistratischen Bezirksämtern ab 2003, die laufenden EDV-Projekte, von welchen besonders das Projekt „MAMBA“ (elektronische Kommunikation in den Magistratischen Bezirksämtern und zu anderen Magistratsabteilungen, wie MA 36, 48 und 59) zu nennen ist, sowie die Bestrebungen einer Erneuerung des Baumschutzverfahrens behandelt. Weiters wurden zwei Magistratsdirektorenkonferenzen vorbereitet.

Das Projekt „Erlassbereinigung“ (Aufhebung von Erlässen aus den Jahren 1991 bis 2000) wurde durch Erlass der Magistratsdirektion vom 18. Dezember 2002 abgeschlossen. Rund 60 Erlässe aus dieser Zeit wurden dadurch mit Wirksamkeit vom 1. Jänner 2003 aufgehoben. Bei jenen Erlässen, die weiterhin in Kraft geblieben sind, wurden Aktualisierungen, wie etwa Änderungen der Bezeichnung von Dienststellen, Adressen, Namen von Referenten, Zitaten von Rechtsvorschriften, im Erlass-Sammelsystem der Magistratsdirektion vorgenommen.

Die im Jahr 2001 begonnenen Vorarbeiten für die Neufassung der „Allgemeinen Angebots- und Vertragsbestimmungen der Stadt Wien“ sowie der „Richtlinien für die Vergabe von Leistungen durch Dienststellen der Stadt Wien“ wurden im Jahr 2002 durch die Herausgabe entsprechender Erlässe abgeschlossen.

Die im Jahr 2002 eingetretenen Änderungen relevanter ÖNORMEN machten es erforderlich, mit der Überarbeitung der „Allgemeinen Angebots- und Vertragsbestimmungen der Stadt Wien“ zu

beginnen. Mit dem Abschluss der Überarbeitung, bei der auch auf das spätestens mit 1. Juli 2003 auch für die Gemeinde und das Land Wien geltende Bundesvergabegesetz 2002 Bedacht zu nehmen ist, und der Herausgabe des entsprechenden Erlasses der Magistratsdirektion kann im ersten Halbjahr 2003 gerechnet werden.

Einen weiteren Schwerpunkt stellte das Projekt „Aufbereitung einer Übersicht der in den Dienststellen eingesetzten Koordinator/innen und Beauftragten“ dar. Mit Erlass der Magistratsdirektion wurden die Dienststellen um Bekanntgabe der erforderlichen Daten ersucht. Die umfangreichen und aufwändigen Vorarbeiten für die Einrichtung einer, wegen der großen Menge von Daten erforderlichen Datenbank konnten 2002 weitgehend abgeschlossen werden. Mit einer Finalisierung der Angelegenheit ist im ersten Halbjahr 2003 zu rechnen.

Vertreter der MDA nahmen an der 13. Konferenz der Regierungschefs der ARGE Donauländer, der 14. Sitzung der Arbeitsgruppe der Leitenden Beamten im Rahmen der ARGE Donauländer sowie an der 36. Sitzung der Stellvertreterkommission der Österreichischen Raumordnungskonferenz teil. Die 25. Sitzung des Koordinierungsorganes der Planungsgemeinschaft Ost wurde von der MDA vorbereitet.

Weiters hat die MDA mit vier Pilot-Bezirksämtern (MBA 4/5, 12, 13/14 und 15) **Leistungskontrakte** für das Jahr 2003 ausgearbeitet, die am 16. Dezember 2002 vom Magistratsdirektor unterschrieben wurden. Diese bieten erstmals auch im Hoheitsbereich die Möglichkeit, mit den Mitteln des Controllings steuernd auf die Tätigkeit der Dienststellen Einfluss zu nehmen.

Geschäftsstelle Landtag, Gemeinderat, Landesregierung und Stadtsenat

Der Gemeinderat trat zu 13 öffentlichen und neun nicht öffentlichen, der Landtag zu sechs öffentlichen Sitzungen zusammen. Der Stadtsenat hielt 13, die Landesregierung 14, der Stadtsenat gemeinsam mit dem Finanzausschuss zwei, das Immunitätskollegium und der Unvereinbarkeitsausschuss je eine Sitzung ab. Der Stenografische Dienst der Geschäftsstelle erstellte im gleichen Umfang wörtliche Protokolle zu den Sitzungen des Gemeinderats und des Landtags, sowie die Beschlussprotokolle zu den Sitzungen des Gemeinderats, des Landtags, des Stadtsenats und der Landesregierung.

Der Gemeinderat hat in der Sitzung am 20. März eine Untersuchungskommission bezüglich „Praxis der Wiener Flächenwidmungen“ eingerichtet. Im Berichtsjahr wurden 15 Sitzungen abgehalten und im gleichen Umfang wörtliche Protokolle und veröffentlichte Sitzungsberichte erstellt.

Referat Ehrungen

Im Jahr 2002 wurden vom Referat Ehrungen 890 Prüfungsverfahren durchgeführt, die sowohl Auszeichnungen des Landes und der Stadt Wien sowie

Bundesauszeichnungen oder die Verleihung von Berufstiteln betrafen. Davon wurden insgesamt 238 Anträge auf **Verleihung von Landes- und Stadtauszeichnungen** positiv erledigt. Eine detaillierte Aufstellung betreffend Stadt- und Landesauszeichnungen ist nebenstehender Tabelle zu entnehmen.

116 Überreichungen fanden im Wiener Rathaus im feierlichen Rahmen, zum überwiegenden Teil mit Musik und kleiner Bewirtung statt. Darüber hinaus wurden 27 Überreichungen außer Haus vorgenommen.

An 21 am UNO-Einsatz teilnehmende Wiener Soldaten wurden Urkunden des Landes Wien ausgefolgt. In Zusammenarbeit mit dem Kulturamt der Stadt Wien wurden Kinder- und Jugendbuchpreise, Josef Kainz-Medaillen und Preise der Stadt Wien sowie in Zusammenarbeit mit der MA 51 Sportehrenzeichen und Sportpreise der Stadt Wien überreicht. Weiters wurden über Ersuchen von Bundesdienststellen sowohl Insignien sichtbarer Bundesauszeichnungen als auch Dekrete von Berufstiteln, wie Medizinalräte, Regierungsräte, etc. ausgefolgt.

Im Bereich der **Geburtstags- und Hochzeitsjubiläen** wurden 2.253 Hochzeitsjubiläepaare durch die Stadt Wien geehrt und mit Ehrengaben im Gesamtwert von 788.000 EUR bedacht. Die Hochzeitsjubilare wurden auch an 9 Terminen vom Bürgermeister zu einer Wiener Jause mit Musikprogramm in den Festsaal des Wiener Rathauses eingeladen. Weiters wurden 3.990 Geburtstagsjubilare geehrt, welche Ehrengaben im Gesamtwert von 918.200 EUR erhielten. Eine detaillierte Aufstellung darüber ist der Tabelle „Geehrte Jubilare“ zu entnehmen.

Magistratsdirektion – Krisenmanagement und Sofortmaßnahmen (MD-KS)

Der Magistratsdirektion – Krisenmanagement und Sofortmaßnahmen sind das Dezernat Zivilschutz, Krisenmanagement, Sicherheit, das Dezernat Sofortmaßnahmen und das Dezernat Fahrservice zugeteilt. Mit Stichtag 31. Dezember 2002 waren in der MD-KS insgesamt 32 Mitarbeiter/innen beschäftigt.

Zivilschutz, Krisenmanagement, Sicherheit

Das Jahr 2002 stand in Österreich unter dem Eindruck der Sommer-Hochwasserkatastrophe in den Bundesländern Oberösterreich und Niederösterreich. Auf Grund des durch die Donauinsel gegebenen Hochwasserschutzes kam es in Wien nur vereinzelt zu Schadensereignissen in kleinerem Ausmaß. Das Hauptaugenmerk der Dezernatsarbeit konnte daher wie geplant auf die Ausbildung weiterer Mitarbeiter/innen für die **Akutbetreuung Wien** (ABW) und die Implementierung der neu ausgebildeten Teammitglieder in das Gesamtsystem ABW gelegt werden.

Die umfangreiche theoretische und praktische Ausbildung der neuen ABW-Mitglieder wurde in

Auszeichnungen der Stadt und des Landes Wien im Jahr 2002

Stadtauszeichnungen:	
Ehrenring der Stadt Wien	2
Ehrenmedaille der Bundeshauptstadt Wien in Gold	10
Ehrenmedaille der Bundeshauptstadt Wien in Silber	1
Ehrenmedaille der Bundeshauptstadt Wien	5
Professor-Dr.-Julius-Tandler-Medaille der Stadt Wien in Gold	1
Professor-Dr.-Julius-Tandler-Medaille der Stadt Wien in Silber	4
Otto-Glöckel-Medaille der Stadt Wien	1
Gesamt	24
Landesauszeichnungen:	
Großes Goldenes Ehrenzeichen für Verdienste um das Land Wien mit dem Stern	1
Großes Goldenes Ehrenzeichen für Verdienste um das Land Wien	2
Großes Silbernes Ehrenzeichen für Verdienste um das Land Wien	5
Goldenes Ehrenzeichen für Verdienste um das Land Wien	56
Silbernes Ehrenzeichen für Verdienste um das Land Wien	31
Goldenes Verdienstzeichen des Landes Wien	94
Silbernes Verdienstzeichen des Landes Wien	16
Rettungsmedaille des Landes Wien	2
Einsatzmedaille des Landes Wien	4
Ehrenzeichen für Verdienste im Wiener Feuerwehr- und Rettungswesen in Bronze	3
Gesamt	214
Insgesamt vergebene Stadt- und Landesauszeichnungen	238

Geehrte Jubilare im Jahr 2002

Hochzeitsjubilare:		Geburtstagsjubilare:	
Goldene Hochzeit	1.786 Paare	90. Geburtstag	2.983
Diamantene Hochzeit	391 Paare	95. Geburtstag	812
Eiserne Hochzeit	53 Paare	100. Geburtstag	103
Steinerne Hochzeit	19 Paare	101. Geburtstag	39
Gnaden Hochzeit	1 Paar	102. Geburtstag	23
Juwelen Hochzeit	3 Paare	103. Geburtstag	19
Insgesamt	2.253 Paare	104. Geburtstag	1
		105. Geburtstag	6
		106. Geburtstag	1
		107. Geburtstag	2
		108. Geburtstag	1
		Insgesamt	3.990

der ersten Jahreshälfte 2002 abgeschlossen und es konnte damit eine Aufstockung der freiwilligen Mitarbeiter des Systems der **Psychosozialen Akutbetreuung** auf 60 Personen durchgeführt werden. Damit war auch die Einführung eines fixen Bereitschaftssystems möglich, sodass nunmehr rund um die Uhr jedenfalls zwei psychosoziale Fachkräfte für Akutbetreuungsaufgaben zur Verfügung stehen. Wie die Erfahrungen gezeigt haben, ist bei Großereignissen, bei denen eine größere Anzahl an Mitarbeiter/innen benötigt wird, eine Alarmierung aus dem bestehenden Pool rasch und erfolgreich durchführbar. Im Jahr 2002 wurden insgesamt 194 ABW-Einsätze durchgeführt. Dabei ist besonders anzumerken, dass die Akutbetreuung Wien auch in Niederösterreich während der **Hochwasserkatastrophe „grenzüberschreitend“** Einsätze durchführte.



Foto: Votava / PID

OSR Dr. Georg Breiner und Chefarzt der Wiener Rettung, Dr. Alfred Kaff ziehen eine positive Bilanz über den Einsatz der seit drei Jahren installierten Akutbetreuung Wien.

Vom Sommer-Hochwasser waren auch die nördlichen Nachbarstaaten Österreichs schwer betroffen und so wurde von Seiten der Stadt Wien der Stadt Prag zur Bewältigung der Katastrophenauswirkungen erforderliches Material (Gummistiefel, Gummihandschuhe, Desinfektionsmittel etc.) zur Verfügung gestellt.

An weiteren Dezernatseinsätzen im Jahr 2002 ist die **Einrichtung von zwei Asylwerberunterkünften** für insgesamt 370 Personen im September bzw. Oktober des Jahres zu erwähnen. Die Kapazitäten der sozialen Einrichtungen, die diese Personen üblicher Weise betreuen, waren auf Grund der von Bundesseite forcierten Entlassungen von Asylwerbern aus der Bundesbetreuung überfordert. Die entsprechenden Maßnahmen konnten jeweils innerhalb weniger Stunden umgesetzt werden.

Einen weiteren Schwerpunkt der Dezernatsarbeit bildete die **Ausarbeitung eines Einsatzplans auf Krisenmanagementebene**, der sich mit den Auswirkungen von Anschlägen mit biologischen Kampfstoffen befasst und der 2003 vollständig vorliegen soll. Weiters wurde in Zusammenarbeit mit der MA 70 – Rettung und Krankenbeförderungsdienst ein Konzept zur Erneuerung des Katastrophenzuges der Rettung ausgearbeitet, mit dessen Realisierung im Jahr 2003 begonnen werden soll.

Besonders zu erwähnen ist auch die Teilnahme des Dezernates an den Arbeitsgruppen zur Erstellung eines neuen Wiener Katastrophenhilfe- und Krisenmanagementgesetzes, zur Ausarbeitung von Interventionsrichtwerten bei großräumiger radioaktiver Kontamination, zur Einrichtung einer neuen Leitstelle für die MA 70 („LENA-Lenkungsausschuss“) sowie zur Einführung des auf digitaler Bündelfunktechnik basierenden Funksystems für Einsatzorganisationen „ADONIS“.

Die Arbeiten zur Erneuerung des EDV-gestützten Krisenmanagementprogramms des Dezernates wurden gemeinsam mit der MA 14 ebenso weitergeführt wie die Festlegung der erforderlichen Organisationsparameter für die hard- und softwaretechnische Kompletterneuerung der Steuerungstechnik des akustischen Warn- und Alarmsystems der Stadt.

Im Hinblick auf die Einstellung der Tonrufempfängerdienste der Telekom Austria musste 2002 auch ein **neues System der Alarmierung** der Dezernatsmitarbeiter im Anlassfall bzw. auch der Teammitglieder der Akutbetreuung Wien gefunden werden. Dieses Problem konnte mit Hilfe der zuständigen Fachdienststelle (MA 14) durch ein SMS-Alarmierungssystem erfolgreich gelöst werden. Auf dem Ausbildungssektor sind insbesondere die Durchführung eines Einsatzleiterseminars für Mitarbeiter/innen in der Einsatzleitstelle und die Mitglieder der Akutbetreuung Wien sowie die Durchführung von Kursen für Mitarbeiter/innen der MA 55, die für die Besetzung des Informationstelefon vorgesehen sind, hervorzuheben. Auf dem Gebiet der Öffentlichkeitsarbeit konnte im Jahr 2002 die **Broschüre „Hilfe hat System“**, in der die Abläufe des Krisenmanagements anschaulich dargestellt und die verschiedenen Einsatzorganisationen ausführlich vorgestellt werden, gemeinsam mit der MA 53 herausgegeben werden.

Auch in diesem Jahr wurden wieder eine Vielzahl von Informationsveranstaltungen über die Funktion des Krisenmanagements in Wien abgehalten, wie beispielsweise Vorträge für die Bezirksvorstellungen für den 2. und für den 10. Bezirk, den Verband Wiener Volksbildung, die Krankenpflegeschulen Rudolfinerhaus und Preyer'sches Kinderhospital, die Pädagogische Akademie, die Sicherheitsakademie des Innenministeriums Traiskirchen, die Sanitätsunteroffiziersausbildung der Heeressanitätsschule, die Reserveoffiziersausbildung der Militärakademie, den Stab des Militärkommandos Wien, sowie für Delegationen aus Krakau, Warschau, Peking, Tokio und Nagoja.

Zur Umsetzung der Vereinheitlichung der **Sicherheitsmaßnahmen in den Kassenstellen** des Magistrats wurde eine Fragebogenaktion durchgeführt und ausgewertet. Für das Jahr 2003 ist vorgesehen, die Vereinheitlichung der Sicherheitsmaßnahmen in jenen Bereichen umzusetzen, die auf Grund der Auswertungsergebnisse als vordringlich zu betrachten sind. Weiters wurden für Projekte der Magistratsabteilungen 12, 13 und 44 Beratungen über erforderliche Sicherheitsmaßnahmen für die gesamten Objekte bzw. die dort befindlichen Kassenstellen durchgeführt.

Internationale Aktivitäten und Kooperationsabkommen

Von 26. bis 29. September nahm ein Vertreter der MD-KS an einem internationalen Kongress in Hamburg teil, der von der Hamburger Feuerwehr veranstaltet wurde. Im Rahmen eines Vortrags wurde das Projekt „Akutbetreuung Wien“ einem internationalen Fachpublikum vorgestellt.

Von 6. bis 13. Oktober fand im Rahmen des EU-Austauschprogramms für Experten des Katastrophenschutzes und des Krisenmanagements ein Arbeitsbesuch eines Vertreters der MD-KS in Göteborg und Stockholm statt.

Städtekooperation Wien – Krakau: Im Rahmen der Zusammenarbeit auf Ebene des Krisenmanagements zwischen den Städten Krakau und Wien befand sich von 18. bis 20. Juni eine Delegation aus Krakau in Wien. Auf dem Programm standen u. a. Informationsvorträge über die Organisation des Wiener Krisenmanagements sowie die Besichtigung von Einrichtungen der Wiener Feuerwehr und Rettung. Wesentlichstes Arbeitsergebnis war die Unterzeichnung einer Vereinbarung betreffend die Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Katastrophenschutzes und Krisenmanagements zwischen den verantwortlichen Stellen der Städte Wien und Krakau.

Eine **Städtekooperation Wien – Warschau** im Rahmen der Zusammenarbeit auf Ebene des Krisenmanagements ist in Planung. Aus diesem Grund befand sich von 30. Juli bis 1. August eine Delegation aus Warschau in Wien.

Städtekooperation Wien – Prag: Die Stadt Wien stellte im Zuge der Hochwasserkatastrophenereignisse im August 2002 diverse Güter als Soforthilfe für die Betroffenen und die Einsatzkräfte zur Verfügung.

Am 3. Dezember besuchte eine Delegation von Mitarbeiter/innen aus Dienststellen des Magistrats, die in den Fachbereichen Krisenmanagement, Katastrophenschutz sowie Feuerwehr- und Rettungswesen tätig sind, die Stadt Prag.

Städtekooperation Wien – Budapest: Im Rahmen des Alarmplans zur gegenseitigen Verständigung von für Notfälle verantwortlichen Stellen der Städte Wien und Budapest fand von 12. bis 15. November in Budapest der offizielle Besuch einer Wiener Delegation aus dem Bereich Krisenmanagement, Feuerwehr, Katastrophenschutz und Rettung statt. Auf dem Programm stand u. a. die Teilnahme an einer groß angelegten Zivilschutzübung in der Budapester U-Bahn.

Städtekooperation Wien – Laibach: Am 10. Juli wurde in Laibach eine Kooperationsvereinbarung im Rahmen der Zusammenarbeit auf Ebene des Krisenmanagements zwischen den Städten Laibach und Wien unterzeichnet.

Städtekooperation Wien – Moskau: Zwischen den Städten Wien und Moskau fand am 18. und 19. Februar in Moskau ein Erfahrungsaustausch betreffend die Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Katastrophenschutzes und Krisenmanagements statt.

Kontaktaufnahme Wien – St. Petersburg: In der Zeit vom 31. Mai bis 2. Juni fand eine erste Kontaktaufnahme der für Krisenmanagement zuständigen Stellen der Städte Wien und St. Petersburg statt.

Sofortmaßnahmen

- **Hochwasser:** Im August 2002 kam es auch in Wien auf Grund eines Jahrhunderthochwassers zu zahlreichen Schadensfällen. Das Dezernat für Sofortmaßnahmen wurde mit der Leitung der Hochwasserkommission betraut. Insgesamt wurde bei 262 Fällen gemeinsam mit den Kolleg/innen der Fachdienststellen eine rasche und unbürokratische Kontakt- und Schadensaufnahme mit den Betroffenen herbeigeführt und die Betroffenen rasch entschädigt.
- **Bettlerwesen:** Es wurden gezielte Überprüfungen in Bezug auf das Bettlerwesen im innerstädtischen Bereich, aber auch in U-Bahnen und Bahnhöfen durchgeführt. In Zusammenarbeit mit der Bundespolizeidirektion Wien wurden Maßnahmen gesetzt, um den Zustrom von vor allem aus dem ehemaligen Ostblock stammenden Bettlern Einhalt zu geben.
- **Drogenszene:** Koordination von Einsätzen in Bezug auf die Drogenszene und die damit verbundenen Begleiterscheinungen auf dem Wiener Karlsplatz.
- **Prostitution:** Konzentrierte Behördenaktionen im 2. Bezirk, Bereich Stuwerviertel, zur Hintanhaltung der für die Anrainer belästigenden Prostitutionsszene.
- **Brand:** Bei insgesamt 35 Wohnungsbränden sowie Gasexplosionen wurde Hilfestellung geleistet. Hauptsächlich wurden die von Obdachlosigkeit bedrohten Menschen zunächst in Ersatzunterkünften untergebracht. In weiterer Folge wurden Prekariatswohnungen bereitgestellt oder die Anordnung von behördlichen Verfügungen beschleunigt und koordiniert. In 11 Fällen musste mit notstandspolizeilichen Maßnahmen gemäß der Reinhaltverordnung bzw. Feuerpolizeigesetz vorgegangen werden.
- **Lärm:** Im Jahr 2002 wurden speziell im Bereich auf der Wiener Donauinsel – Copa Cagrana und Sunken City – behördlicherseits Lärmmessungen und Kontrollen der dort situierten Lokale schwerpunktmäßig durchgeführt.
- **Gastgewerbe:** Schwerpunktmäßige Lokalüberprüfungen in Wien Simmering und Favoriten gemeinsam mit der Polizei.
- **Warenausräumungen/Schanigärten:** Konzentrierte Inspektionen im Bereich der Mariahilfer Straße.
- **Bau:** Durch den Bau des Lainzertunnels kam es für die Anrainer zu Belästigungen bedingt durch extreme Verschmutzungen. Hier konnte durch das Ergreifen von geeigneten Maßnahmen eine Verringerung des Problems herbeigeführt werden.

„Rathausmänner unterwegs“

Die Schwerpunktaktionen mit dem Arbeitstitel „Rathausmänner unterwegs“ wurden auch im Jahr 2002 im Sinne einer bürgernahen Serviceeinrichtung erfolgreich fortgeführt. Hierbei wurde jeweils das gesamte Straßennetz eines Bezirks innerhalb eines Tages mit bis zu drei Teams abgefahren und Schadensfälle bereits im Vorfeld von Beschwerden aufgespürt.

Kommunikations- und Infobereich

Wie in den vorherigen Jahren wurde mit den diversen Redaktionen der Tageszeitungen aber auch der elektronischen Medien reger Kontakt gehalten und allenfalls entsprechende Aussendungen vorgenommen. Die Einsatzfahrzeuge der MD-KS erhielten ein einheitliches Erscheinungsbild in Form von Aufklebern, um noch besser in der Bevölkerung wahrgenommen zu werden. Die bewährte **Sofortmaßnahmen-Hotline**, Tel. 4000-75222, die zur Kontaktaufnahme außerhalb der Dienstzeiten des Dezernates vorgesehen ist, sowie der E-Mail-Dienst des Dezernates wurden gut in Anspruch genommen.

EDV, Technik und Innovationen

Die im Bereich des Dezernates Sofortmaßnahmen angesiedelte Verantwortlichkeit für EDV, Technik und Telekommunikation erbrachte umfangreiche Dienstleistungen für die Kolleg/innen der MD-KS, um mit der Ausstattung sozusagen „State of Art“ zu sein. Durch die Vollausrüstung mit Notebooks ist es gelungen, auch disloziert arbeiten zu können (wichtig z. B. beim Hochwassereinsatz und bei den Donauinselaktionen).

Zentrales Bürgeranliegenmanagement (ZBM)

Im Jahr 2002 wurden neben den bereits angeschlossenen Dienststellen (MD-KS, Magistratsabteilungen 12, 22, 42-Direktion und 55) auch die Magistratsabteilungen 28, 36, 42-Gartenbezirke und 46 mit dem ZBM vernetzt.

Der einschneidendste Punkt in der laufenden Projektentwicklung war im Mai 2002 der Wechsel von Windows 32 Client auf eine webbasierende Grundlage. Dies sollte Hard- und Softwareunabhängigkeit gewährleisten und zeit- und ortsunabhängigen Zugang zum System ermöglichen.

Ein nach außen hin wichtiger Schritt war weiters die Zurverfügungstellung des so genannten „Bürgerclients“, der ab Oktober 2002 den direkten Zugang des Bürgers zum ZBM mit der Möglichkeit der Statusabfrage („Wo befindet sich der Akt im elektronischen Workflow“) gewährleisten soll. Der **Bürgerclient**, der zwar online in wien.at zur Verfügung steht, befindet sich derzeit noch im Teststadium und soll im Jahr 2003 mit vordefinierten Schlagworten ausgestattet und ein automatisches Routing direkt zu den zuständigen Fachabteilungen werden. Erst ab diesem Zeitpunkt wird eine öffentliche Vorstellung und Bewerbung erfolgen.

Entwicklung des ZBM-light

Ziel war die Entwicklung eines einfach zu handhabenden Schadensmeldungssystems, das in vordefinierten Workflowabläufen die rasche Erfassung und Weiterleitung zwischen den verschiedensten Fachabteilungen der Stadtverwaltung gewährleisten soll. Die Grundkonzeption wurde im Jahr 2002 abgeschlossen. Der Outroll und die Entwicklung der jeweiligen Workflowabläufe wird im Jahr 2003 gemeinsam mit den Fachabteilungen erfolgen.

Im Jahr 2002 erfolgten folgende internationale Kontakte:

- 22. bis 24. Mai 2002: Vorstellung von ZBM im Rahmen des „3rd Annual Global Summit for Multi-Channel e-Government and e-Public Services“ in Lissabon, Portugal.
- 6. bis 7. März 2002: Bewertung und Auszeichnung mit der Silbermedaille des „2001 Global Excellence Awards for innovation and excellence in workflow“ durch die WfMC (Workflow Management Coalition), Giga Information Group und WARIA (Workflow and Reengineering International Association) in San Francisco, USA.
- 7. bis 10. Oktober 2002: Finalist des Bereiches e-Government Projects im Rahmen der Bewertung für „the 5th Stockholm Challenge Final Event“ in Stockholm, Schweden.
- 12. bis 14. Juni 2002: Vorstellung von ZBM im Rahmen der „VI Cities on internet Conference“ in Zakopane, Polen.
- 4. bis 6. November 2002: Bewerbung gemeinsam mit der MA 55 zum 6. Speyerer Qualitätswettbewerb. Reihung als Finalist.

Fahrservice

Neben der Beistellung von Dienstkraftwagen für Funktionsträger der Stadt Wien und für alle städtischen Dienststellen wurden 2002 auch 324 Dienstaxis beauftragt und abgerechnet. Das Dezernat Fahrservice führte auch Fahrten außerhalb Wiens und Österreichs durch. Hier können besonders die Beförderungsfahrten nach Deutschland, Italien, Slowakei, Tschechien und Ungarn genannt werden.

Neben der Verrechnung und Personalführung von 50 Kraftwagenlenkern und 17 Werkstättenmitarbeitern werden vom Fahrservice noch Budgetmittel in der Höhe von 2.179.000 EUR (inkl. Personalkosten) für den eigenen Bereich verwaltet. Diese Mittel beinhalten die Beschaffung von Ersatzmaterialien und Reparaturarbeiten für die Betreuung von 107 Fahrzeugen des eigenen Bereiches und 149 Fahrzeugen der Magistratsabteilungen 11, 15, 17, 22, 23, 29, 30, 41, 42, 45, 46, 47, 51, des Krankenanstaltenverbundes und des SPÖ-Klubs sowie die Anschaffung von Ersatzfahrzeugen und Betriebseinrichtungen für das Dezernat Fahrservice. Dem gegenüber stehen Einnahmen in der Höhe von 2.022.000 EUR aus Leistungserlösen für Bereitstellung von Fahrzeugen mit Lenkern und Reparaturarbeiten an Dienstkraftwagen für andere Abteilungen.

Der Pannendienst des Dezernats verzeichnete 41 Hilfsfahrten für Personen- und Kombinationskraftwagen von den verschiedenen Dienststellen des Magistrats.

Weiters werden auch 120 Dienstfahrräder, die bei den Dienststellen des Magistrats eingesetzt sind, betreut. Dies beinhaltet neben der Anschaffung und Reparatur auch die laufende Überprüfung auf Verkehrssicherheit.

Seit 1991 veranstaltet das Dezernat Fahrservice Fahrtechnik-Sicherheitslehrgänge für die eigenen

Mitarbeiter. In diesen Kursen werden die Lenker auf die verschiedenartigsten Situationen des täglichen Straßenverkehrs trainiert bzw. geschult. Auch werden ihnen alle Veränderungen der Straßenverkehrsordnung und des Kraftfahrzeuggesetzes bekannt gegeben. Im Jahr 2002 wurden im April 50 Lenker und im Oktober 9 ABW-Mitarbeiter in Teesdorf diesbezüglich weitergebildet.

Da Dienstkraftfahrzeuge, welche als Kombinationskraftwagen zugelassen sind, gemäß § 3, Abs. 1 lit. a des Parkometersgesetzes von der Entrichtung der Kurzparkgebühr ausgenommen sind, stellt das Dezernat Fahrservice für all diese Dienstwagen der Stadt Wien Kurzparkzonen-Befreiungsschilder aus.

Magistratsdirektion – Klimaschutzkoordinationsstelle (MD-KLI)

Grundlage für die Arbeit der Klimaschutzkoordinationsstelle im Jahr 2002 bildeten die Ergebnisse des viertägigen Workshops vom Oktober 2001. Auf diesem wurde von allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der MD-KLI sowie des KliP-Expertenetzwerkes ein Umsetzungsplan zu den Maßnahmenprogrammen des Klimaschutzprogramms der Stadt Wien (KliP Wien) erstellt. Hauptaufgabe für das Jahr 2002 war, die vereinbarten Umsetzungsmaßnahmen zu starten bzw. voranzutreiben. Dies war mit unzähligen Besprechungen, Arbeitskreissitzungen und der Erstellung von Arbeitspapieren und Stellungnahmen verbunden.

Die weiteren Tätigkeiten der MD-KLI im Jahr 2002 gliedern sich in folgende Schwerpunkte:

- Erstellung des ersten KliP Berichts
- Vertretung der Stadt Wien im Kyoto-Forum
- KliP Workshop 2002
- Aufbau einer Datenbank
- Vorarbeiten für die KliP-Evaluierung
- Öffentlichkeitsarbeit
- Mitarbeit in diversen Projekten anderer Dienststellen mit hoher Klimarelevanz

Erstellung des ersten KliP-Berichts

Im Frühjahr 2002 wurde von der MD-KLI der erste Bericht „Klimaschutzprogramm der Stadt Wien Bericht 2002“ zusammengestellt. Er enthält Angaben über den Aufbau und Aufgaben der MD-KLI, die Erarbeitung eines KliP-Umsetzungsplans, sowie erste Umsetzungserfolge und Schwerpunkte für die Zukunft. Dieser Bericht wurde dem Gemeinderatsausschuss für Umwelt, dem Stadtsenat sowie dem Gemeinderat vorgelegt und von diesen Gremien zustimmend zur Kenntnis genommen.

Vertretung der Stadt Wien im Kyoto-Forum

Die MD-KLI vertritt die Stadt Wien im Kyoto-Forum. Das ist ein Gremium bestehend aus Vertreter/innen des Umweltministeriums, der Bundesländer, des Städte- und des Gemeindebundes. Eine Hauptaufgabe des Kyoto-Forums im Jahr 2002 bestand darin, die nationale Klimastrategie, das sind konkrete Maßnahmen zur Umsetzung der

österreichischen Verpflichtungen aus dem Kyoto-Protokoll, so vorzubereiten, dass sie von den politischen Entscheidungsträgern (Ministerrat, Landeshauptmännerkonferenz) beschlossen werden konnte.

KliP Workshop 2002

Im Oktober 2002 fand der jährliche Workshop der MD-KLI mit den Expert/innen der Klimaschutzkoordinationsstelle statt. Ziel dieses Workshops war, die Arbeitsschritte und Verantwortungen für die KliP-Umsetzungsmaßnahmen für das Jahr 2003 festzulegen. Konkret wurden Grundlagen für eine erste KliP-Evaluierung, die in den nächsten KliP-Bericht an den Gemeinderat einfließen soll, erarbeitet. Ferner wurde eine Zwischenbilanz der KliP-Umsetzung auf der Basis der Vereinbarungen des Workshops 2001 und des aktuellen Umsetzungsstandes gezogen sowie Definitionen und Vereinbarungen der nächsten Umsetzungsschritte bestimmt. Außerdem wurden erste Vorschläge für eine Weiterentwicklung der Klimaschutzpolitik ausgearbeitet.

Aufbau einer Datenbank

Um den aktuellen Umsetzungsstand der Einzelmaßnahmen des KliP Wien übersichtlich zu halten und auch zeitgemäß präsentieren zu können, wurde eine Datenbank erstellt. Sie enthält alle Einzelmaßnahmen mit den Forderungen aus dem KliP, dem bereits erreichten Umsetzungsstand und den Umsetzungsplan für das kommende Jahr.

Vorarbeiten für die KliP-Evaluierung

Das Umweltbundesamt hat auf Basis einer Länderenergiebilanz der Statistik Austria zunächst einen Rohentwurf einer Treibhausgasbilanz auf Bundesländerebene erstellt und zur Stellungnahme ausgesandt. Die Daten werden derzeit überprüft, der Bericht mit den Daten bis einschließlich 2001 ist für Frühjahr 2003 geplant. Parallel dazu hat die MD-KLI bereits begonnen, zu den 36 KliP-Aktionsprogrammen detaillierte Evaluierungsdaten zu erheben.

Öffentlichkeitsarbeit

Um die Arbeiten an den Umsetzungsmaßnahmen des KliP Wien auch für die Wiener Bürger/innen transparent zu machen, ist eine intensive Öffentlichkeitsarbeit erforderlich. Zur Information über die Themen Klimaschutz und Klimaschutzprogramm stehen den Mitarbeiter/innen des Magistrats seit Frühjahr 2002 der Intranetauftritt und allen Wiener/innen seit Herbst 2002 der Internetauftritt der MD-KLI zur Verfügung.

Auch wurde in zahlreichen Broschüren und Berichten, die von der Wiener Stadtverwaltung veröffentlicht worden sind, das Thema Klimaschutz eingebracht. Ein Beispiel dafür ist die Broschüre von WienEnergie „Wir haben die Energie, um Ihnen beim Geldsparen zu helfen“, die Tipps zum Energiesparen beinhaltet. Sie wurde auf Initiative der MD-KLI bei den Magistratischen Bezirksäm-

tern aufgelegt, um sie an alle jene Wiener/innen zu verteilen, die sich in Wien an- oder ummelden wollen.

Zu den eigenen Publikationen zählen die monatlichen Klimatipps für alle Bürger/innen in Form von Flugblättern sowie der Folder über das KliP Wien, die Klimaschutzkoordinationsstelle und erste Umsetzungserfolge in Deutsch und Englisch.

Auf dem KliP Workshop 2002 wurden Ideen für eine umfangreiche Infokampagne zum Thema Klimaschutz entwickelt.

Mitarbeit in diversen Projekten anderer Dienststellen mit hoher Klimarelevanz

Um klimarelevante Aspekte in zahlreichen Projekten innerhalb der Wiener Stadtverwaltung zu implementieren sind die Mitarbeiter/innen der MD-KLI sowie des KliP-Expert/innennetzwerkes in vielen Arbeitsgruppen vertreten bzw. waren sie an der Erstellung von Arbeitspapieren beteiligt und verfassten Stellungnahmen.

Wichtige Beispiele sind:

- Mitarbeit in einem Arbeitskreis, der die Machbarkeit eines Biomassekraftwerks in Wien untersuchen sollte. Seine Aufgabe war es, Entscheidungsgrundlagen speziell zugeschnitten auf die Wiener Verhältnisse zu liefern. Der Abschlussbericht liegt bereits vor und wurde der Stadträtin für Umwelt übergeben.
- Mitarbeit im Lenkungsteam und in verschiedenen Arbeitsgruppen des Projekts ÖkoKauf Wien, in dem Kriterienkataloge für die umweltgerechte Beschaffung innerhalb der Wiener Stadtverwaltung erarbeitet werden.
- Mitarbeit im Organisationsteam, das die Veranstaltungen zum Autofreien Tag 2002 koordinierte.
- Erstellung eines Arbeitspapiers zur Klimaschutznovelle Bauordnung. Die Bauordnung soll hinsichtlich einiger klimarelevanter Punkte novelliert werden. Dazu gehört u. a. das Verbot von Elektroheizungen in Hochhäusern und die Verbesserung des Wegerechts für Fernwärmeleitungen.
- Ausarbeitung einer Stellungnahme zum Entwurf des Wiener Hochhauskonzeptes, in dem Aussagen getroffen werden, wo und unter welchen Voraussetzungen (v. a. Verkehrsanbindungen, ökologische Qualitätsstandards) in Wien Hochhäuser errichtet werden dürfen. Durch die MD-KLI wurde eine deutlichere Schwerpunktsetzung auf bauökologische Kriterien und auf umweltschonende Baustellenlogistik angeregt.
- Auf Veranlassung der MD-KLI wurde eine Studie „Verfahrensvorschläge zur Errichtung eines Monitoringsystems im geförderten Wohnungsneubau im Hinblick auf seinen Beitrag zum kommunalen Klimaschutz“ beauftragt und finanziert.
- Einarbeitung der KliP-Mobilitätsmaßnahmen und der KliP-Ziele in den Masterplan Verkehr (MPV) 2003. Dieser ist eine Weiterentwicklung des Verkehrskonzeptes 94 und wird die (Ver-

kehrs-) Entwicklung Wiens für die nächsten 10 bis 20 Jahre mitbestimmen.

- Mitarbeit im Projekt „Stadtentwicklungsplan 2005“ (STEP 2005), der die Stadtentwicklung Wiens für die nächsten 10 bis 20 Jahre mitbestimmt. Auch hier werden KliP-relevante Aspekte eingearbeitet.

Magistratsdirektion – Personalmanagement und Förderangelegenheiten (MD-PM)

Die MD-Personalmanagement und Förderangelegenheiten hatte am 31. Dezember 2002 die Dienstaufsicht über:

- 407 Rechtskundige Bedienstete
 - 251 Bedienstete des höheren Verwaltungsdienstes
 - 9 Bedienstete des höheren Archivdienstes
 - 18 Bedienstete des höheren Bibliotheksdienstes
 - 19 Bedienstete des höheren Dienstes in den Museen
 - 617 Bedienstete des höheren technischen Dienstes
 - 21 Bedienstete des höheren Forstdienstes
 - 61 Psycholog/innen
 - 6 Ärzt/innen
 - 3 Tierärzt/innen
 - 2.471 Fachbedienstete des Verwaltungsdienstes
 - 790 Fachbedienstete des technischen Dienstes
 - 10 Sozialpädagog/innen
 - 679 Sozialarbeiter/innen
 - 195 Bedienstete der elektronischen Datenverarbeitung
 - 4.126 Kanzleibedienstete
 - 1.330 Betriebsbedienstete, Bedienstete des technischen Dienstes, Werkmeister/innen
 - 849 Amtsgehilf/innen
 - 8.142 Sondervertragsbedienstete (Redakteure/Redakteurinnen), Gesundheits- und Krankenschwestern/Gesundheits- und Krankenpfleger, Aufseher/innen, Kraftwagenlenker/innen, Facharbeiter/innen, Arbeiter/innen, Hilfskräfte, Überwachungsorgane für den ruhenden Verkehr und für die Kurzparkzonen usw.
- 20.004 Bedienstete insgesamt**

Im Jahr 2002 wurden nach erfolgter Eignungsfeststellung 25 rechtskundige Bedienstete, 21 Bedienstete des höheren Verwaltungsdienstes, 26 Bedienstete des höheren technischen Dienstes, 63 Fachbedienstete des Verwaltungsdienstes, 35 Fachbedienstete des technischen Dienstes, 27 Werkmeister, 1 Bedienstete/r des technischen Dienstes sowie 39 Kanzleibedienstete in den Dienst der Stadt Wien aufgenommen. Zur Abdeckung des Gesamtbedarfs an Kanzleibediensteten wurden zusätzlich 125 ausgebildete Bürokaufmanns(frau)lehrlinge in den Kanzleidienst aufgenommen.

Da Flexibilität und Weiterbildung von Mitarbeiter/innen in einem modernen Dienstleistungskonzern immer mehr an Bedeutung gewinnen, bietet der Magistrat der Stadt Wien seit Herbst 2002 engagierten Mitarbeiter/innen des Kanzleidienstes, die über entsprechendes Potenzial und ausgeprägte Lern- und Entwicklungsbereitschaft verfügen, einen **Aufstiegslehrgang** an, der jene Kenntnisse und Fähigkeiten vermittelt, die für Funktio-

nen im Fachverwaltungsdienst einer modernen Stadtverwaltung erforderlich sind. Die gesamte Ausbildung, deren Kosten zur Gänze von der Stadt Wien getragen werden, erstreckt sich über drei Semester und findet ausschließlich außerhalb der Dienstzeit statt. Der Lehrgang setzt sich aus persönlichkeitsbildenden Modulen (Teamarbeit, Kommunikation, Präsentation und Verhandlungstechnik), aus fachlichen Inhalten (Deutsch, Englisch und Wirtschaft) und aus dem Stoff des Dienstprüfungskurses für den Fachverwaltungsdienst zusammen. Nach erfolgreicher Absolvierung dieses Entwicklungsprogramms sollen die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter eine Funktion in der höheren Bedienstetengruppe übernehmen können. Damit sollen neue Perspektiven und Karrierechancen eröffnet werden.

Auch die **Führungskräftenachwuchsausbildung** wurde im Jahr 2002 erfolgreich weitergeführt. Demnach wurde im Jahr 2002 der 4. Lehrgang mit einem Hearing abgeschlossen, im Jänner 2003 wird der 5. Lehrgang beendet werden. Im September 2002 startete der 6. Lehrgang. Das Hearing erfolgt in Form einer Präsentation durch jede/n Teilnehmer/in in Anwesenheit des Top-Managements des Magistrats. Die Inhalte des modulartig aufgebauten Lehrgangs sowie die ergänzenden Bildungsangebote entsprechen den hohen Anforderungen, die an Führungskräfte bei der Stadt Wien gestellt werden, wobei auch verstärkt auf zukünftige Aufgabenschwerpunkte, wie z. B. Change Management, eingegangen wird. Die Mitwirkung des Vereins „Passerelle“ an externen Personalentwicklungsmaßnahmen stellte sich insgesamt positiv dar. Im Jahr 2002 konnten drei Mitarbeiterinnen für die Dauer von ca. sechs Monaten die betriebliche Praxis in der Privatwirtschaft (Steirische Ferngas AG, Verbund Austrian Power Grid AG, Verbund Austrian Hydro Power AG) kennen lernen. Drei weitere Mitarbeiter wurden ohne Vermittlung von Passerelle in ein Unternehmen entsendet.

Im Jahr 2002 wurde die flächendeckende Einführung der **Mitarbeiter/innenorientierungsgespräche** (MOG) in weiteren Dienststellen bzw. Dienststellenbereichen fortgesetzt. Es ist beabsichtigt, auch im Jahr 2003 die Flächendeckung des MOG zu erhöhen und dieses Führungsinstrument in weiteren Dienststellen einzusetzen. Zur Information stehen der von der seinerzeitigen Arbeitsgruppe erarbeitete Leitfaden für das MOG sowie ein Folder zum MOG zur Verfügung. Die Inhalte dieser Informationen sind auch über die Homepage der MD-PM (http://www.intern.magwien.gv.at/mpm/hauptaufgaben/personalentwicklung/mog/zweig_mog.htm) abrufbar.

Im Zuge der Erhöhung der Selbstständigkeit und Eigenverantwortung der Dienststellen im Personalmanagement wurde im Jahr 2002 die magistratsinterne elektronische **Job-Börse** erweitert. Diese ermöglicht nunmehr die magistratsweite Schaltung von und Suche nach Jobangeboten unterschiedlicher Kategorien. Neben aktuell zur Besetzung gelangenden Dienstposten können auch Dienstposten, die erst in mehreren Monaten zur

Besetzung gelangen, angeboten bzw. nachgefragt werden. Die Jobanzeigen sind sowohl über das Intranet als auch über das Internet aufrufbar. Als zusätzliches Service können die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der magistratsinternen elektronischen Job-Börse bei jedem Jobangebot in die Arbeitsplatzbeschreibung und das Anforderungsprofil einsehen.

Die seit Jahren bestehenden Anstrengungen, behinderten Menschen bei der Stadt Wien einen Arbeitsplatz zu bieten, wurden auch im Berichtsjahr fortgesetzt. 15 begünstigte Behinderte konnten nach Feststellung ihrer individuellen Einsatzmöglichkeiten unter Berücksichtigung ihrer gesundheitlichen Beeinträchtigungen sowie ihrer beruflichen Qualifikation einerseits und Schaffung sinnvoller Beschäftigungsmöglichkeiten im Einvernehmen mit den Dienststellen andererseits im Rahmen der **Sonderaktion für Behinderte** aufgenommen werden. Ende 2002 waren 691 Behinderte in dieser Aktion beschäftigt.

Die **Koordination** des seit 2000 zum Einsatz gelangten **VIPer-Systems** (Verwaltung Integrierter Personaldaten) auf dezentraler Ebene hinsichtlich Erweiterungswünsche wurde fortgeführt. Zur Wahrnehmung der Vorschriften des Datenschutzes bzw. der Einhaltung der PC-Betriebsordnung erfolgte die Festlegung der Zugriffsmöglichkeit in den einzelnen Bereichen unter Berücksichtigung der gesetzlichen Grundlagen. In diesem Zusammenhang wurden Erweiterungs- und Änderungsmeldungen bei der WIPIS-Datenschutzmeldung für das Datenverarbeitungsregister sowie beim WIPIS-Organisationskonzept vorgenommen.

Magistratsdirektion – Berufliche Gesundheitsförderung (MD-BG)

Aufgabenschwerpunkte im Jahr 2002

Koordination, Kontrolle und Evaluierung

Es erfolgte die Koordination und begleitende Kontrolle der Durchführung der Evaluierung nach dem Wiener Bedienstetenschutzgesetz 1998. Von der MD-BG wurde konkret Hilfestellung hinsichtlich der Evaluierungsnotwendigkeiten einzelner Arbeitsstätten gegeben. Allgemeine, übergeordnete Fragen der Umsetzung wurden laufend geklärt. So wurden z. B. die Auflegung bedienstetenschutzrechtlicher Vorschriften sowie die Bereitstellung von Unterweisungsunterlagen und von Liegemöglichkeiten für Schwangere in den Dienststellen veranlasst und die erforderlichen Schritte zur Einrichtung vorgeschriebener Sanitätsräume in Arbeitsstätten gesetzt. Darüber hinaus wurde die Evaluierung hinsichtlich Brandschutz laufend betreut.

Sicherheitsvertrauenspersonen

Gemäß § 78 Absatz 1 Wiener Bedienstetenschutzgesetz 1998 wurden in den Vorjahren Sicherheitsvertrauenspersonen für die Dienststellen des Magistrats bestellt. Die durch den Dienststellenbegriff des § 4 Wiener Personalvertretungsgesetz-

zes grundsätzlich vorgegebenen Wirkungsbereiche (Zuständigkeit jeder Sicherheitsvertrauensperson für die gesamte Dienststelle) wurden in mehreren Dienststellen aus Gründen der Zweckmäßigkeit zwischen den Sicherheitsvertrauenspersonen der Dienststelle aufgeteilt (Einschränkung der Wirkungsbereiche). Die Bestellungen und die Aufteilung wurden 2002 mehrmals den jeweiligen Gegebenheiten angepasst.

Regelmäßiger Informationsaustausch der Präventivdienste

Für Arbeitsmediziner/innen und Sicherheitsfachkräfte wurden Koordinationssitzungen durchgeführt, wobei im Jahr 2002 als Schwerpunkte eine Impfregelelung, die Beschaffung von Sicherheitseinrichtungen, der Stand der Technik, die Beratung der Dienststellenverantwortlichen und die Infoplattform „Gesundheits-Web“ gesetzt wurden.

Erhöhung der Akzeptanz bedienstetenschutzrechtlicher Bestimmungen

Zu diesem Zweck wurden die persönlichen Kontaktnahmen mit den Dienststellenleiter/innen weitergeführt und zur Abklärung aktueller Fragen bzw. im Rahmen der von der MD-BG angebotenen Hilfestellungen in mehreren Dienststellen Besuche durchgeführt.

Supervision

Von der MD-BG wird als Soforthilfe in Krisensituationen Supervision für alle Dienststellen angeboten. Im Jahr 2002 konnte diese Hilfestellung in vier Dienststellen für 94 Bedienstete in 57 Sitzungen von fünf Supervisor/innen geleistet werden. Auf Grund der gewonnenen Erfahrungen stellt sich Gruppensupervision als wichtige Maßnahme zum Schutz der Gesundheit von Bediensteten gemäß § 3 Wiener Bedienstetenschutzgesetz 1998, LGBl. Nr. 49/1998 dar.

Berufliche Gesundheitsförderung

Im Rahmen der Managementforen wurde im Jahr 2001 ein Leitprojekt „Gesundheitsförderung“ geschaffen. Dieses besteht aus vier Teilprojekten „Suchtprävention“, „Impulse wie Gesundheitszirkel und Ideenwettbewerbe“, „Sponsoring und Krankenfürsorgeanstalt“ sowie „Betriebspsychologischer Dienst“. Die Gesamtkoordination sowie die Leitung von zwei Teilprojekten wird von der MD-BG wahrgenommen. Zur Erfüllung dieser Aufgabe wurden 2002 mehrere Koordinationssitzungen abgehalten.

Die Erreichung der strategischen Ziele „Effektiver und effizienter Dienstleister mit sozialer Verantwortung“ sowie „Stabilisierung im Bereich der Personalkosten“ setzt konzeptives, planmäßiges Vorgehen voraus. Es wurde daher ein ausführliches Konzept ausgearbeitet, das die Verbesserung der gesundheitlichen Situation der Mitarbeiter/innen, die Erhöhung der Mitarbeiter/innenmotivation und die Vermeidung chronischer Erkrankungen zum Ziel hat.

Krankenstandsevaluierung

Hinsichtlich der Krankenstandsursachenforschung 2001 erfolgte im Jahr 2002 eine nähere Betrachtung von mehreren Magistratsabteilungen unter anderem in Gesprächen mit den Personalvertretungen sowie den Dienststellenleiter/innen. In einer Dienststelle wurde in Zusammenarbeit mit dem arbeitsmedizinischen Dienst eine Mitarbeiter/innenbefragung durchgeführt.

Eignungs- und Folgeuntersuchungen

Es wurde ein System zur Durchführung der nach dem Wiener Bedienstetenschutzgesetz 1998 erforderlichen Eignungs- und Folgeuntersuchungen geschaffen und der Ablauf durch ein Schreiben an die Dienststellen geregelt.

Ausbau einer einschlägigen Judikatensammlung, einer Fachbibliothek sowie eines Archivs medialer Informationsträger

Sowohl die Sammlung themenbezogener Videokassetten als auch die Bibliothek wurden erweitert. Die Sammlungen dienen einerseits der grundsätzlichen Information zum Thema Bedienstetenschutz und andererseits der Bearbeitung von konkreten Einzelaufgaben zu diesem Thema. Weiters wurde der Aufbau einer Aufsatzsammlung aus juristischen und technischen Fachzeitschriften zum Thema Arbeitnehmer/innen- und Bedienstetenschutz fortgeführt. Auch Erkenntnisse der Gerichtshöfe des öffentlichen Rechts als auch des Obersten Gerichtshofs werden – soweit diese für den Arbeitnehmer/innen- bzw. Bedienstetenschutz relevant sind – gesammelt.

Arbeitszeitrichtlinie

Eine Analyse der Umsetzung der EG-Richtlinie betreffend Arbeitszeitgestaltung wurde mit einem von der MD-BG verfassten Endbericht am 3. Juni 2002 abgeschlossen.

Aufbauend auf eine Grobanalyse der MD-IR hat die MD-BG im Einvernehmen mit der MD-IR, MA 1 und MA 2 eine Feinanalyse vorgenommen. Es wurden an 95 Dienststellen Fragebögen übermittelt und nach Rücksendung ausgewertet.

Die Feinanalyse, bei der soweit erforderlich auch die Dienststellen einbezogen wurden, hat ergeben, dass die Richtlinie in der überwiegenden Zahl der Fälle eingehalten wird. Überschreitungen der Richtlinie konnten durch Setzung von Maßnahmen (z. B. Änderung der Diensterteilung, Reduzierung von Überstunden etc.) oder durch die Inanspruchnahme von Ausnahmeregelungen bereinigt werden.

Sicherheits- und Gesundheitsschutzdokumente

Für die Schaffung einer zentralen Datenbank betreffend die automationsunterstützte Verarbeitung der Sicherheits- und Gesundheitsschutzdokumente zwecks vereinfachter Erstellung von Auswertungen und zur verbesserten Kontrolle der

Umsetzungsfortschritte wurden Vorarbeiten durchgeführt.

Arbeitsunfallstatistik

Zur Einführung einer EDV-unterstützten Unfallstatistik wurde eine Arbeitsgruppe eingerichtet. Hinsichtlich der Gestaltung erfolgten eingehende Kontaktnahmen mit der Allgemeinen Unfallversicherungsanstalt. Ziel dieses Vorhabens ist die rasche Auswertung der Unfälle nach bestimmten Parametern. Mittels Online-Erstellung der Unfallmeldung in den Personalstellen soll die Erfassung auswertungsrelevanter Daten in codierter Form sowie die Speicherung in einer zentralen Datenbank erfolgen.

Zentrales Informationsnetz mit gesundheitsrelevanten Themen („Gesundheits-Web“)

Es erfolgte unter Berücksichtigung der vorhandenen Ressourcen primär die laufende Aktualisierung des bestehenden Web-Angebots. Die Konzeption eines erweiterten Portals sowie die Erweiterung des Angebots der abrufbaren Inhalte befindet sich in Ausarbeitung.

Gesundheitsberatung und Vorsorgeuntersuchung

Es wurde die Aktion „Aufsuchende Gesundheitsberatung und Vorsorgeuntersuchung sowie aufsuchende Ernährungsberatung“ initiiert und koordiniert. Von der MA 15 und MA 38 wurde diese Leistung in mehreren Dienststellen erbracht und von den teilnehmenden Mitarbeiter/innen gut angenommen.

Schutzimpfungen

In Besprechungen mit Vertreter/innen des unabhängigen Bedienstetenschutzbeauftragten, der Magistratsabteilungen 2, 23-Bedienstetenschutz, 54, sowie der Unfallversicherungsträger wurde der Entwurf einer Regelung für die Verabreichung von Schutzimpfungen auf Grund bedienstetenschutzrechtlicher Bestimmungen an Bedienstete der Stadt Wien erarbeitet.

Diverse Koordinationstätigkeiten

- Es wurden Stellungnahmen zu Gesetzesentwürfen sowie Fragen des Arbeitnehmer/innen- und Bedienstetenschutzes abgegeben.
- Im Bereich der Stadt Wien erfolgte regelmäßiger Erfahrungsaustausch mit dem unabhängigen Bedienstetenschutzbeauftragten, der MA 23 und der Personalvertretung.
- Koordination von Begehungen, bei denen der Stand des Brandschutzes in Arbeitsstätten der Gemeinde Wien erhoben wird und daraus abgeleiteter Maßnahmen.
- Die kommissionellen Begehungen verschiedener Amtshäuser wurden fortgeführt. Dabei sollen Erkenntnisse für die Schaffung von generellen Normen betreffend die bauliche Beschaffenheit von Arbeitsstätten zur Umsetzung des Wiener Bedienstetenschutzgesetzes 1998 gewonnen werden.

- Klärung der Kompetenzen hinsichtlich Anlage, Beschilderung bzw. Freihaltung von Fluchtwegen in Amtsgebäuden.
- Abhaltung von Jours fixes zum Thema „Lehrlingsberatung im Hinblick auf die Gesundheitsförderung“.
- Regelung der Augenuntersuchung bei Bildschirmarbeit.

Magistratsdirektion – Interne Revision und Personalressourcensteuerung (MD-IR)

Die Konzernrevision erbringt als Teil des Internen Kontrollsystems (IKS) Prüfungs- und Beratungsdienstleistungen mit dem Ziel, Mehrwerte zu schaffen und die Geschäftsprozesse zu verbessern. Die Stabsstelle nimmt aber auch strategische Personalaufgaben wahr. Seit Mitte des Jahres präsentiert sie sich auch im Internet unter www.wien.at/verwaltung/internerevision.

Interne Revision

Am 13. Juni 2002 war die Stadt Wien Gastgeberin der dritten Länderexpertenkonferenz der Amtsinспекtor/innen und Innenrevisor/innen. Themen der Wiener Konferenz waren die Prüfung ausgliederter Bereiche, Ausbildungserfordernisse für Prüfer/innen der Internen Revision, präventive Maßnahmen gegen Korruption, Nutzung und Kontrolle der Informationstechnologien, Beschaffungswesen (zentral/dezentral).

Zur Qualitätssicherung in der Internen Revision startete am 22. Oktober 2002 in Zusammenarbeit mit Kontrollamt und Verwaltungsakademie ein berufsbegleitender Lehrgang für Interne Revisor/innen und Mitarbeiter/innen des Kontrollamtes. Die Vortragenden kommen aus der Stadtverwaltung, aber auch externe Experten (Rechnungshof, Bundesverwaltung, Institut für Interne Revi-



Amtsinspektor/innen und Innenrevisor/innen aus ganz Österreich trafen sich bei der Länderexpertenkonferenz im Wiener Rathaus.

Magistratsdirektion



Foto: media wien

Eine chinesische Delegation besuchte das Wiener Rathaus, um sich bei Fachleuten des Kontrollamtes und der Internen Revision der Magistratsdirektion über einschlägige Wiener Standards, Methoden und Organisationsformen zu informieren.

sion Österreich, Wirtschaftspsychologie u. a.) konnten gewonnen werden. Magistratsdirektor-Stellvertreter Dr. Peter Pillmeier begrüßte die Teilnehmer/innen des ersten Lehrganges und betonte die Rolle von Interner Revision und Kontrolle als Instrumente der Steuerung und Qualitätssicherung.

Am 14. November 2002 informierte sich eine hochrangige Delegation aus Sichuan (China) über Wiener Standards, Methoden und Organisationsformen der Internen Revision und der Kontrolle. Die 23 chinesischen Gäste – leitende Kontrollbeamte mit Tan Yiquan, dem Rektor der Kontrollakademie, an der Spitze – trafen im Rathaus mit dem Wiener Kontrollamtsdirektor Dr. Alois List und dem Leiter der Internen Revision Dr. Paul Jauernig zusammen.

Revisionen erfolgten in den Magistratsabteilungen 5, 6, 11, 12, 13, 14, 15, 16, 18, 19, 20, 21A, 21B, 22, 23, 24, 26, 28, 29, 30, 31, 32, 33, 37, 40, 41, 42, 43, 44, 45, 46, 47, 48, 49, 50, 51, 55, 58, 59, 60, 61, 62, 64, 65, 66, 67, 68, 69, 70, der MA-L und in Magistratischen Bezirksämtern (MBÄ) sowie in den Unternehmungen Wiener Krankenanstaltenverbund (KAV) und Wiener Wohnen.

Schwerpunkte der **Personalrevision** waren die Prüfung des Personalbedarfs, der Auslastung, der Gebarung von Zulagen und von IKS. Neben der Prüfung von Personalanträgen und Arbeitsplatzbewertungen wurden rund 15 Prüfprojekte realisiert. Ebenso waren Analysen zu Personalthemen zu erstellen und an personalspezifischen Arbeitskreisen mitzuwirken. Die personalwirtschaftlichen Maßnahmen der Unternehmung KAV waren einem Monitoring zu unterziehen.

Die **Kaufmännische Revision** prüfte stichprobenartig Wirtschaftlichkeit und Ordnungsmäßigkeit der Inventargebarung, von Grundstückstransaktionen, des Kassenwesens, der Entgeltverrechnung und der Beschaffung. In einzelnen Dienststellen wurde das Finanzmanagement, das Controlling und die Kundenorientierung überprüft. Einschließlich der Follow Ups wurden zwölf Prüfprojekte verwirklicht.

Ein Schwerpunkt der **EDV-Revision** lag auf der Wirtschaftlichkeits- und Projektprüfung von SAP R/3. Neben dem Geographischen Informationssystem der Stadt Wien (GIS) wurden auch Datenschutz und Datensicherheit geprüft. Insgesamt wurden sechs EDV-Revisionsprojekte umgesetzt. An EDV-Lenkungsgremien wurde beratend teilgenommen. Ein Mitarbeiter erlangte das Zertifikat als „Certified Information Systems Auditor“ (CISA) der internationalen Berufsvereinigung Information Systems Audit and Control Association (ISACA).

Die **Technische Revision (Baurevision)** prüfte die Vergabe von Bau- und Planungsleistungen, die Koordination von Bauvorhaben, die Abwicklung von Flächenwidmungsverfahren und die Tätigkeit der Baubehörde. Neben begleitenden Prüfungen laufender Bauvorhaben wurde das IKS bei Ausschreibungen, Vergaben und Bausonderkonten geprüft. Weiters wurde das Thema Qualitätsmanagement in bautechnischen Dienststellen aufgegriffen. Insgesamt wurden 42 Revisionsprojekte bearbeitet.

Die **Rechtliche Revision** prüfte die Tätigkeit der MBÄ im Zusammenhang mit Betriebsanlagen und entwickelte dafür ein risikoorientiertes Konzept. Verwaltungsstrafverfahren sowie die Schlichtungsstellen in Mietrechtsangelegenheiten waren weitere Prüft Themen. 25 Gesetzes- und Erlassentwürfe wurden begutachtet, vier Anfragen von Gemeinderäten und sechs Verbesserungsvorschläge wurden bearbeitet.

Im Berichtszeitraum wurden 169 **Dienstaufsichtsbeschwerden** bearbeitet. Trotz Bemühens um gelebte Kundenorientierung waren Kommunikationsprobleme im Umgang mit den Kunden der Stadtverwaltung nicht immer zu vermeiden. Die meisten Missverständnisse konnten einvernehmlich gelöst werden.

Die **Volksanwaltschaft** brachte dem Landeshauptmann 442 Beschwerden zur Kenntnis. Damit war seit Beginn der Fernsehsendung „Volksanwalt“ ein Anstieg gegenüber 268 im Jahr 2001 zu verzeichnen. Die MD-IR als Clearingstelle überprüfte diese Beschwerden und stellte Berichte zur Verfügung. Vielfach waren die Beschwerden mit der Erklärung der Sach- und Rechtslage erledigt. In wenigen Fällen waren die Beschwerden berechtigt. In zwei Fällen sprach die Volksanwaltschaft Empfehlungen aus. Der 23. Bericht der Volksanwaltschaft an den Wiener Landtag 2001 (www.volksanw.gv.at) wurde mit den Stellungnahmen der zuständigen Mitglieder der Landesregierung in den Ausschüssen und am 13. Dezember 2002 im Wiener Landtag beraten.

Personalressourcensteuerung

Mit Wirksamwerden der Geschäftsgruppenbudgets 2002 waren Vorbereitungsarbeiten für eine weit gehende dezentrale Steuerung, z. B. im Nebengebührenbereich, zu leisten. Die Stabsstelle Personalressourcensteuerung bereitete quartalsmäßig relevante Verbrauchsdaten auf und analysierte Abweichungen. Beginnend mit 2004 sollen im Rahmen eines **Monitorings** Steuerungsinformationen für Dienststellen, Geschäftsgruppen und die Magistratsdirektion über Personalressourcen und deren Verbrauch zeitnah und automationsunterstützt zur Verfügung stehen. Die Stabsstelle vertrat den Geschäftsbereich Personal und Revision beim Workshop „Kontraktmanagement“, im Lenkungsausschuss „Balanced Scorecard (BSC)“, im SAP-Workshop sowie im SAP-Lenkungsgremium.

Im Zusammenhang mit Änderungen der Geschäftseinteilung für den Magistrat (GEM) mit 1. Jänner 2003 (Zusammenführung der MA 26 und MA 27, Übertragung der Personalhoheit der Betriebsfeuerwehr des AKH Wien an die MA 68) waren Dienstpostenpläne neu festzulegen. Die Gliederung der Unternehmung KAV in Teilunternehmungen erforderte ebenso neue Dienstpostenpläne wie die Zusammenlegung von fünf Krankenanstalten bzw. Pflegeeinrichtungen zum Sozialmedizinischen Zentrum Baumgartner Höhe – Otto Wagner Spital und die Einrichtung des Geriatriezentrums Favoriten und der Akutgeriatrie im Kaiser-Franz-Josef-Spital. Personalmaßnahmen im Routinebetrieb konnten von der Generaldirektion des KAV seit 1. Jänner 2002 selbstständig vorgenommen werden. Zu diesem Zweck wurden weitere Richtlinien für eine flexible Dienstpostenbewertung, diesmal für den IT-Bereich, festgelegt.

Insgesamt langten 809 Anträge auf **Schaffung, Streichung bzw. Bewertung von Dienstposten** ein. Der Stand der Dienstposten (volle Bezüge) konnte stabil gehalten werden. Postenschaffungen für neue Serviceeinrichtungen und Dienstleistungen der Stadtverwaltung (z. B. Melde-, Pass- und Fundwesen) wurden durch Rationalisierungen in anderen Bereichen ausgeglichen. Auf Grund der umfassenden Organisationsanalysen 1998 konnten weitere personelle Einsparungspotenziale realisiert werden.

Das Projekt **Dienstpostenplan** im System WIPIS wurde erfolgreich abgeschlossen und der Betrieb des Systems BDP mit Juni 2002 beendet. Besetzungen freier Dienstposten im Wege von Neuaufnahmen, Versetzungen und Verwendungsänderungen waren vom Referat Dienstpostenplan automationsunterstützt freizugeben. Sämtliche Verfügungen über die Schaffung, Streichung und Bewertung von Dienstposten einschließlich Transferierungen, Umwandlungen und Sperren wurden im WIPIS Dienstpostenplan vorgemerkt. Die weit gehende Neuorganisation der Unternehmung KAV war im Dienstpostenplan zu berücksichtigen. Die MD-IR erstellte den Nachweis über das ständige Personal und den Dienstpostenplan für den Voranschlag 2003 sowie den Nachweis über das ständige Personal für den Rechnungsabschluss 2001.

1.632 **Dienstreisen** wurden genehmigt. Eine Neuregelung und Dezentralisierung des Dienstreisewesens sowie die Pilotierung einer künftigen Abwicklung über einen Reiseveranstalter wurden vorbereitet. In sechs Dienststellen wurde die Dienstreisegebarung (Organisation, Wirtschaftlichkeit, Wissensweitergabe, Dokumentation) geprüft. 418 Anträge auf Sonderurlaub mit Bezügen wurden eingebracht und elektronisch vidiert. Erledigungen erfolgen ab 2003 allein durch die MA 2.

In der **Überstundensteuerung** langten 2.927 Anträge auf Mehrleistungsvergütungen ein. Den Dienststellen wurden Jahresstundenkontingente vorgegeben. Die Entwicklung der Ausgaben auf der Post 565 wurde überwacht und Dienststellenleiter/innen auf Anfrage informiert. In Gesprächen mit Personalverantwortlichen wurde Hilfestellung bei der Hochrechnung geboten. In 62 Besprechungen und Erhebungen vor Ort wurden die wirtschaftliche und sparsame Überstundengebarung sowie die Verrechnung gemäß Nebengebührenkatalog (NGK) geprüft. Die dezentrale Überstundensteuerung ab 2003 wurde vorbereitet.

Bei den **Nebengebühren** waren 233 Anträge auf Außendienstzulagen, 42 Anträge auf Telefonpauschalvergütungen sowie 1.288 Sonderzulagenanträge zu bearbeiten und der MA 2 zur Auszahlung weiterzuleiten. 862 Kassen waren Gefahrenklassen zuzuordnen und die Auszahlung der Kassierzulagen zu veranlassen. Für 2003 wurden weit gehende Dezentralisierungsschritte eingeleitet.

263 Anträge auf **Kilometergeld** und die Jahresabrechnungen der 1.425 Kilometergeldbezieher waren zu prüfen und bei Übergenüssen der Einbehalt durch die MA 2 zu veranlassen.

Die Einhaltung der im NGK enthaltenen Anspruchsvoraussetzungen sowie Zuerkennungen von Nebengebühren wurden vor Ort erhoben und führten zu teilweisen Anpassungen des NGK. Die Auslastung während des Parteienverkehrs in den Nachmittagsstunden wurde stichprobenartig geprüft.

Für die von der MA 62 organisierten Nationalratswahlen am 24. November 2002 erfolgte die **Personalsicherstellung**. 6.291 Mitarbeiter/innen arbeiteten – großteils freiwillig – als Wahlleiter/innen, Stellvertreter/innen und Ordner/innen in den Sprengelwahlbehörden mit. Für die Volksbegehren „Veto gegen Temelin“ (14.–21. Jänner 2002), „Sozialstaat Österreich“ (3.–10. April 2002) und „Volksbegehren gegen Abfangjäger“ (29.–5. August 2002) wurden jeweils rund 250 Mitarbeiter/innen eingesetzt. Über die Personalsicherstellungen wurde aktuell auf der Homepage der MD-IR unter www.intern.magwien.gv.at/mir/ informiert.

Mitarbeiter/innen der MD-IR wirkten im Auftrag der Magistratsdirektion – Personalmanagement und Förderangelegenheiten an Personalauswahlverfahren (Bewerbungsgespräche, Hearings) mit.

Wiener Antikorruptionsprojekt

Anfang 2002 wurde unter der Leitung der MD-IR eine Projektgruppe eingerichtet, die sich mit der Erarbeitung von Maßnahmen zur Vorbeugung von Korruption befasste. Die Projektgruppe legte zwei Halbjahresberichte vor. Zunächst wurde eine Arbeitsdefinition verfasst und die relevanten dienst- und strafrechtlichen Bestimmungen dargestellt. Weitere Themen waren Risikoanalyse, Indikatoren, Statistik, Empirische Studien, Leitbild, Nebenbeschäftigung, Personalauswahl, Case Studies und Information. Mit der Verwaltungsakademie wurde für 2003 ein Ausbildungsprogramm erstellt.

Unter www.intern.magwien.gv.at/mir/antikorrup-tion/ wurde ein Informationsportal „Antikorruption“ im Intranet eingerichtet, das 2002 rund 11.000 Anfragen verzeichnete. Die Antikorruptionsseite im Internetangebot der Stadt Wien unter www.wien.at/verwaltung/internerevision/antikorrup-tion.htm registrierte seit Anfang Juni 2002 rund 1.700 Anfragen.

Das Projekt wurde im Rahmen von Workshops und Vorträgen in der Verwaltungsakademie, bei Arbeitsbesuchen ausländischer Delegationen (Paris, Vilnius, Sichuan) und bei einem Seminar für deutschsprachige Partnerstädte in Prag im Oktober 2002 präsentiert.

Magistratsdirektion – Verwaltungsakademie (MD-VA)

An den ca. 1.660 Aus- und Weiterbildungsveranstaltungen der Verwaltungsakademie haben rund 19.310 Mitarbeiter/innen teilgenommen. Die **Newcomer-Schulung**, die Teil der Grundausbildung ist, erfasst alle neu aufgenommenen Mitarbeiter/innen der Verwendungsgruppen A bis D sowie Bedienstete, die in eine andere Verwendungsgruppe überstellt wurden. Im Jahr 2002 wurden 414 neu eingetretene Mitarbeiter/innen im Sinne des New Public Management über allgemein relevante Wissensbereiche des Dienstleistungskonzerns „Magistrat der Stadt Wien“ informiert.

Erstmals wurde für engagierte Mitarbeiter/innen des Kanzleidienstes ein maßgeschneiderter **Qualifizierungslehrgang** angeboten, der in 1 1/2 Jahren jene Kenntnisse und Fähigkeiten vermittelt, die für Funktionen im Fachverwaltungsdienst einer modernen Stadtverwaltung erforderlich sind. Für die 30 Teilnehmer/innen eröffnet sich durch den erfolgreichen Abschluss des **Aufstiegslehrganges** ein neuer Karriereweg, da die positive Absolvierung dieses Lehrganges die Chance für den Aufstieg in die Verwendungsgruppe B bietet.

Im Berichtsjahr hatten 17 Mitarbeiter/innen der Verwendungsgruppe A und B, die ihre Dienstprüfung mit Auszeichnung absolvierten, die Möglichkeit, sich über die Teilnahme an einem Wettbewerb für eine **Studienreise** nach Brüssel und Amsterdam zu qualifizieren. Ziel der Studienreise ist es, den ausgezeichneten Absolvent/innen der Dienstprüfungskurse das Kennenlernen ausländischer Verwaltungseinrichtungen in europäischen Städten zu ermöglichen und damit wesentlich zum

internationalen Erfahrungsaustausch und zur Vernetzung beizutragen.

Von den im Jahr 2001 als Ergebnis der Arbeit des Managementforums Personal begonnenen Projekten zur **Reform der Dienstprüfungskurse und der Dienstprüfungen** konnten jene für den Kanzleidienst und den rechtskundigen Dienst mit der Genehmigung des Projektberichts erfolgreich abgeschlossen werden. Im Zuge dieser Projekte wurden die Inhalte der Dienstprüfungskurse und die Anforderungen, die an die Bediensteten der Stadt Wien bei der Dienstprüfung gestellt werden, an die Erfordernisse einer modernen Verwaltung angepasst und in ein neues System gebracht.

Im Bereich der Fort- und Weiterbildung der städtischen Mitarbeiter/innen hat die Verwaltungsakademie begonnen, die in der Broschüre angebotenen Kurse, Vorträge und Seminare inhaltlich weitgehend auf „**zentrale Anliegen**“ zu fokussieren. Dies hat auch dazu geführt, dass die großen Dienststellen – wie etwa die Magistratsabteilungen 6, 11, 11A, 12, 47 u. a. – dienststelleneigene Fortbildungsprogramme bedarfsorientiert entwickelt und die Veranstaltungen mit eigenem Geld (bzw. mit dem Ressortbudget) organisiert und durchgeführt haben. Die Ansprechpersonen dafür in den einzelnen Dienststellen sind die Ausbildungsbeauftragten, die von der Verwaltungsakademie auch im Jahr 2002 intensiv geschult und betreut wurden.

In den 15 allgemein ausgeschriebenen **frauen-spezifischen Seminaren** mit insgesamt 360 Teilnehmer/innen wurden Führungsverhalten, Karriereplanung, Kommunikationsverhalten, Selbstmanagement, Methoden zur Stärkung des Selbstbewusstseins sowie Unterstützungsmaßnahmen zur Koordination von Beruf und Familie vermittelt. Der Bedarf an frauenfördernden Veranstaltungen zeigte sich wieder an der Anzahl der **Zusatztermine**, die auf Grund des großen Interesses an diesen Vorträgen angeboten werden mussten.

Um den hohen Qualitätsstandard der Prüf- und Kontrollinstanzen des Magistrats zu halten und den Ansprüchen eines modernen Konzerns entsprechend weiterzuentwickeln, wurde erstmals ein eigener berufsbegleitender **Lehrgang für Interne Revision** eingerichtet. Das Programm besteht aus 12 Modulen und kann von den 18 Teilnehmer/innen mit einem magistratsinternen Diplom abgeschlossen werden.

Eine neue Form des **Sprachunterrichts** wurde erstmals beim dienststellenspezifischen Kurs der MA 18 eingesetzt. Spezielle, mit den Teilnehmer/innen abgesprochene Themen wurden in Blockveranstaltungen ca. einmal pro Monat erarbeitet. Die Trainerin/der Trainer übernimmt die Funktion der Moderatorin/des Moderators. In Gruppen mit Teilnehmer/innen mit sehr guten Sprachkenntnissen wird diese Form des Unterrichts vermehrt zum Einsatz kommen.

Vermehrtes Augenmerk wurde auch auf die **Zuwanderersprachen** gerichtet, so organisierte

das Sprachreferat der MD-VA einen Türkischkurs für Anfänger.

Im Jahr 2002 konnte im Bereich der **EDV-Schulungen** eine geringfügig rückläufige Tendenz festgestellt werden. So wurden in über 700 Veranstaltungen mehr als 5.000 Teilnehmer/innen mit EDV-Kenntnissen vertraut gemacht, was eine Reduktion von ca. 20 Prozent gegenüber dem Vorjahr darstellt. Begründet ist dies mit der bereits besseren Grundausbildung der schon längere Zeit beschäftigten Magistratsmitarbeiter/innen in den letzten Jahren, bzw. durch verbesserte Schulausbildung bei den neu hinzukommenden Mitarbeiter/innen.

Dieser Trend zeigte sich auch in der Tatsache, dass vermehrt **Aufbau- und Weiterbildungsveranstaltungen** besucht wurden. Um diese qualitativ hochwertigen Schulungen noch zu verbessern, wurde im Bereich der Office-Ausbildung der Aufbaukurs im klassischen Design durch **Workshops** ersetzt, die in verkürzter Ausbildungszeit nach vorheriger Vereinbarung eines Lernziels punktgenaue Weiterbildungsmaßnahmen ermöglichen.

Unverändert groß war die Nachfrage nach Schulungsveranstaltungen, die Produkte zum Inhalt haben, die ausschließlich beim Magistrat Verwendung finden, wie z. B. Viper/Wipis, ELAK/Fabasoft Components oder gezielte MS Outlook Schulungen.

Ebenso konnten zwei Aktualisierungen der CD-ROM „VWGHA im Volltext“ abgeschlossen werden. Dieses gemeinsam mit der Österreichischen Staatsdruckerei ins Leben gerufenen Projekt „**Judikatur des Verwaltungsgerichtshofes im Volltext auf CD-ROM**“ wird somit in aktuellster Aufbereitung den Dienststellen des Magistrats der Stadt Wien zur Verfügung gestellt.

Die zur Einführung von **Controlling** im Magistrat der Stadt Wien entwickelte Ausbildungsschiene wurde auch im Jahr 2002 weitergeführt. Die dazu angebotene freiwillige schriftliche Prüfung zur Erlangung des Controllingdiploms für den Magistrat der Stadt Wien wurde von 9 Mitarbeiter/innen erfolgreich absolviert.

Die von der MD-VA gestaltete und organisierte **Führungskräftenachwuchsausbildung** für Akademiker/innen wurde im Jahr 2002 von vier Gruppen von Mitarbeiter/innen erfolgreich mit einem Hearing vor Vertretern der Konzernspitze abgeschlossen. Nach Qualifizierung über ein zweitägiges Förder-Assessment-Center haben die Teilnehmer/innen in diesem Lehrgang eine fundierte Ausbildung im Bereich der so genannten „soft skills“ – Soziale Kompetenz, Präsentationstechniken, Selbstkompetenz, Umgang mit Medien- und auch der „hard facts“-Grundlagen des New Public Managements, ergebnisorientierte Planung und Steuerung sowie betriebswirtschaftliches Grundwissen erhalten. Eine weitere Gruppe hat diese Ausbildung im Jahr 2002 begonnen. Der Lehrgang stellt die Grundlage für ein Reservoir künftiger Führungskräfte der Stadt Wien in Form eines Führungskräftenachwuchs-Pools dar.

Magistratsdirektion – Verwaltungsorganisation (MD-VO)

Organisation

Die **Projektgruppe Verwaltungsmodernisierung** konnte im Rahmen des **Projektmanagements** auch in diesem Jahr die Umsetzung des Strategieplans Verwaltungsmodernisierung weiter vorantreiben. Von 39 strategischen Leitprojekten wurden 14 positiv abgeschlossen, 25, die den Fachbereichen Personal und Organisation zuzuordnen sind, konnten dank des Einsatzes der beteiligten Projektteams ebenfalls entscheidend weiterentwickelt werden. So ergibt sich folgende positive Bilanz:

Ein ganzheitliches Konzept einer Neuorientierung des Beschaffungswesens liegt vor. Es gibt ein klares Bekenntnis zu einer abgestimmten Einführung von e-procurement-Unterstützung in drei Bereichen (Einführung der elektronischen Kommunikation zwischen öffentlichen Auftraggebern und Bietern anlässlich der Durchführung der Ausschreibung; Unterstützung der internen Beschaffungsprozesse und Unterstützung bei der Lieferung, Abrechnung und dem Ausbau der vollen Beschaffungskette). Die Dezentralisierung der finanziellen Bedeckungsverantwortung ist durch Änderung der Haushaltsordnung bereits real ermöglicht worden.

Die Leitprojekte aus dem Fachbereich Finanzen sind mit der Ausarbeitung entsprechender Entwürfe seitens der Finanzverwaltung zur Änderung der Wiener Stadtverfassung und der Dezentralisierungsvorschriften ebenfalls bereits abgeschlossen.

Im Fachbereich EDV konnte der ICT-Bereich wie planmäßig vorgesehen reorganisiert werden. Die Leitprojekte „Einführung von Workflow in politischen Gremien“, „Einführung von ICT-Leistungsverrechnung“ und „Forcierung von ICT-Veranstaltungen“ sind abgeschlossen.

Im Fachbereich Personal haben vor allem die Leitprojekte „Personalplanung“, „zukunftsorientierte Lehrlingsausbildung“, „tolerantes berufliches Miteinander“ und „Arbeitszeitflexibilisierung“ zu konkreten, großteils bereits realisierten Umsetzungserfolgen geführt. Es gibt ein Detailkonzept zu einer EDV-gestützten Personalplanung, die bedarfsgerechte Weiterentwicklung der Schulungsinhalte der Lehrlingsausbildung erfolgt routinemäßig, zahlreiche Pilotprojekte zu gelebter Multikulturalität wurden initiiert, mehrere flexible Arbeitszeitmodelle sind bereits standardmäßig Realität. Weitere Leitprojekte zeigen sichtbare Teilerfolge wie z. B. die Reform der Dienstprüfungskurse für den Kanzleidienst, die Konzeption von Pilotprojekten zur Gesundheitsförderung, die Schaffung von Rahmenbedingungen zur Gewährleistung der erforderlichen Flexibilität bei der Bewirtschaftung von Personalressourcen oder die Grobkonzeption eines leistungsorientierten Besoldungssystems.

Im Fachbereich Organisation wurden im engen Zusammenhang mit der eGovernment-Entwick-

lung Grundschulungen über Prozessoptimierung durchgeführt. Im Leitprojekt „Verbesserung der Informations- und Kommunikationskultur“ wurden Möglichkeiten des Ausbaus des Intranet und Informationsschienen für Mitarbeiter/innen ohne Zugang zum PC aufgezeigt. Das Bewusstsein für Informationstransfer als unabdingbare Führungsaufgabe wurde in Schulungen verstärkt. Im Leitprojekt „Strukturen im Wandel“ wurde die notwendige Systematik von Auslagerungs- und Ausgliederungsvorhaben erörtert, und es wurden die für solche komplexen Vorhaben notwendigen Beteiligten sowie deren Rollen festgestellt.

Die Projektarbeit zum **Strategieplan Verwaltungsmodernisierung** wird künftig in die strategischen Aufgaben der Konzernzentrale Magistratsdirektion überführt werden. Insbesondere sollen die bisherigen Initiativen zur Veränderung unserer Unternehmenskultur gebündelt werden.

Ein umfassendes Qualitätsmanagementsystem im öffentlichen Bereich umfasst die Qualität des Managements, der Organisation und der Dienstleistung. Die Methoden des Systems verhelfen zu besseren Abläufen und damit zur besseren Gestaltung von Dienstleistungen und zu effektiven Problemlösungen. Daher beschäftigten wir uns mit diesem Thema und haben in der Projektgruppe Verwaltungsmodernisierung ein entsprechendes **Qualitätsmanagementsystem** aufgebaut. Die Projektgruppe Verwaltungsmodernisierung unterzog sich einer ISO-Zertifizierung und erhielt im Juni 2002 das Zertifikat von der ÖQS-Zertifizierungs- und BegutachtungsgmbH im Rahmen einer Präsentation der magistratsweiten Aktivitäten zum Thema Qualitätsmanagement überreicht.

Einen wesentlichen Tätigkeitsschwerpunkt bildete auch die Weiterverfolgung der **strukturellen Organisationsentwicklung** im Magistrat, die seinerzeit etwa zur Umwandlung der Museen in eine wissenschaftliche Anstalt öffentlichen Rechts führte. Derzeit führen wir derartige Projektgruppen für eine entsprechende Organisationsentwicklung des Konservatoriums und der Musikschulen der Stadt Wien und der Wiener Bäder.

Unsere **Geschäftsstelle für Qualitäts- und Wissensmanagement; KGSt-Angelegenheiten** stellt allen interessierten Mitarbeiter/innen neueste Gutachten und Berichte des Verbands für kommunales Management (KGSt) zu den verschiedenen Themen der Verwaltungsmodernisierung zur Verfügung, im Jahr 2002 vor allem Informationen über e-Government in Kommunen (Fallstudien aus der Praxis), über die Verwaltungsorganisation nach „Lebenslagen“, über digitale Dokumentation und über strategische Ziele des Personalmanagements. Weiters wurden wichtige Beiträge zur Verwaltungsreform aus anderen Quellen (Bertelsmann Stiftung, Deutscher Städtetag, Deutsches Bundesverwaltungsamt usw.) den betroffenen Dienststellen nahe gebracht. Das Feedback in diesem Zusammenhang war mehr als erfreulich. 94,4 Prozent der Antworten enthielten die Bewertungen „Information unmittelbar verwertbar“ oder „Information interessant“.

Wertvolle Informationen für die künftige Gestaltung und Weiterentwicklung von Qualitätsmanagementsystemen im Magistrat konnten durch die Teilnahme an der „2. Qualitätskonferenz für öffentliche Verwaltungen in der EU“ in Kopenhagen gewonnen werden. Diese Erfahrungen wurden sowohl im Intranet präsentiert als auch in persönlichen Gesprächen mit Qualitätsmanagern anderer Dienststellen kommuniziert.

Der **Fachausschuss für Rahmenschriftstücke** setzte die erfolgreiche Arbeit an der Umstellung von Allgemeinen Drucksorten auf Allgemeine Rahmenschriftstücke fort, so dass die meisten Formulare über EDV abrufbar sind und nur mehr ganz wenige Rahmenschriftstücke als „vorgedruckte“ Exemplare aufgelegt werden (etwa Briefumschläge).

An Öffentlichkeitsarbeit der Projektgruppe Verwaltungsmodernisierung sind in diesem Jahr besonders erwähnenswert die **Herausgabe einer eigenen Online-Zeitung** für interessierte Mitarbeiter/innen zu aktuellen Themen der Verwaltungsmodernisierung mit einer Resonanz von bis zu 33.000 Besuchen je Ausgabe, die Fortführung unserer **Broschürenreihe** „Auf dem Weg zu einer neuen Unternehmenskultur“ mit der Thematisierung unserer Fehlerkultur, der Sinnhaftigkeit von Leitbildprozessen und des Tabuthemas Macht in Organisationen. Vielfachen internen Kund/innenwünschen entsprach auch die Herausgabe einer Taschenbuchausgabe unseres Reform-ABCs zur einfachen Erläuterung gängiger Begriffe der Verwaltungsmodernisierung.

Verwaltung

Dezernat Allgemeines

Im Jahr 2002 wurden die Vorbereitungen zu einer **Teiländerung der Geschäftseinteilung** für den Magistrat der Stadt Wien mit dem Schwerpunkt Zusammenlegung der MA 26 – Wirtschafts- und Technologieentwicklung mit der MA 27 – EU-Förderungen mit Wirksamkeit 1. Jänner 2003 getroffen. Das zur Erfassung des Datenstandes der Geschäftseinteilung eingerichtete multifunktionale EDV-Programm konnte um eine wichtige Schnittstelle zum Intranet-Portal der Stadt Wien erweitert werden und erlaubt nun eine sofortige Präsentation des aktuellen Textes ab dem Wirksamkeitsbeginn.

Zahlreiche **Erlässe** nach Art. IV der Geschäftseinteilung für den Magistrat der Stadt Wien wurden vorbereitet, unter anderem aus Anlass des Verwaltungsreformgesetzes 2001, einer umfangreichen Änderung der Gewerbeordnung 1994, der Übertragung der Datenschutzagenden aus den Geschäften des Magistratsdirektors auf die MA 62 und der Übernahme der Vollziehung des Meldewesens durch die Stadt Wien.

Weiters konnten auf Grundlage der Geschäftseinteilung für den Magistrat der Stadt Wien zahlreiche Anfragen hinsichtlich der **Aufgabenverteilung und -abgrenzung** zwischen den einzelnen Dienststellen geklärt werden.

Koordinierend betreute die MD-VO eine Vielzahl an weiteren Themen, z. B. hinsichtlich der rechtlichen Angelegenheiten der Grenzen des Stadtgebiets, des Umweltmanagementgesetzes, des Chemikaliengesetzes, des Biozid-Produkte-Gesetzes und des Konjunkturbelebungs-gesetzes 2002, Änderungen bei den Aufgaben des Gesundheitsbereichs, Änderungen bei den Pflegegeld-Zuständigkeiten sowie Übertragung der Personalhoheit der Betriebsfeuerwehr vom AKH auf die MA 68.

Unter Projektleitung der MD-VO wurde die externe Untersuchung zur **Analyse der Leistungsangebote der Stadt Wien für Senioren** durchgeführt bzw. im Rahmen eines Arbeitskreises des Magistrats der Stadt Wien an Vorschlägen zur zukünftigen strategischen Ausrichtung dieses Bereichs sowie an Überlegungen für neue Organisationsformen mitgewirkt.

Im Rahmen des **Betrieblichen Vorschlagswesens (BVW)** langten 249 Anregungen zentral in der Geschäftsstelle des BVW und 73 direkt in den Dienststellen ein. Insgesamt konnten 121 Vorschläge abschließend positiv bewertet werden. Die Summe der dabei zuerkannten Prämien betrug 29.396 EUR. Allein in jenen 18 Fällen, in denen ein Nutzen exakt berechnet werden konnte, beträgt die Nettoeinsparung im ersten Jahr der Anwendung rund 163.000 EUR. Als nicht zweckmäßig umsetzbar erwiesen sich 209 Vorschläge.

Die MD-VO hat im Jahr 2002 wieder zahlreiche **bundes- bzw. landesgesetzliche Bestimmungen** aus organisatorischer Sicht **begutachtet**. Weiters wurden für Anträge von Bezirksvertretungen Antwortentwürfe vorbereitet und **Genehmigungen** zur Errichtung, Verlegung und Auflassung von Dienststellen nach § 5 Abs. 2 der Geschäftsordnung für den Magistrat der Stadt Wien (u. a. im Bereich der Magistratsabteilungen 6 und 37) sowie von Organisationsänderungen (u. a. im Bereich der Magistratsabteilungen 12, 36 und 45) erteilt. Weitere Genehmigungen betrafen u. a. Workflowabläufe und Dienststellenlogos.

Als wichtiger Bestandteil des **Qualitätsmanagements** erfolgte die Unterstützung interessierter Dienststellen bei der Teilnahme am **6. Speyerer Qualitätswettbewerb**. Im Rahmen dieser Vorbereitung gelang der Einstieg in das Selbstbewertungssystem Common Assessment Framework (CAF), das mittlerweile von mehreren Magistratsdienststellen erfolgreich angewendet wurde.

Dezernat für Amtsräumlenkung

Organisatorische und strukturelle Änderungen innerhalb des Magistrats der Stadt Wien erfordern eine ständige Anpassung der räumlichen Gegebenheiten. Diese Anforderungen werden durch laufende raumorganisatorische Maßnahmen erfüllt. Schwerpunkt der Tätigkeiten im Berichtszeitraum war u. a. die Erstellung von **Raumkonzepten** mit folgenden Beispielen:

- Die Übernahme des **Pass- und Fundservices** durch die Magistratischen Bezirksämter erfor-

derte zahlreiche räumliche Änderungen in nahezu allen Bezirksamtsgebäuden. Die Zentrale des Pass- und Fundservices wurde in 18., Bastiengasse 36–38, für die MA 62 bzw. für das MBA 18 eingerichtet.

- Auf Grund der Neuorganisation im Bereich der Baupolizei wurde im Jahr 2002 die Gebietsgruppe West am Standort in 16., Spetterbrücke 4, eröffnet. Gleichfalls wurde für die Gebietsgruppe Ost der MA 37 ein neuer Standort in 20., Dresdnerstraße 82, in Betrieb genommen.
- Im Einvernehmen mit der MA 6 wurden zusätzliche Büroflächen in 3., Modecenterstraße 14, für die Buchhaltungsabteilung 15 und für die Zentralbuchhaltung geplant und zur Verfügung gestellt.
- Es wurden neue Raumkonzepte im Zusammenhang mit der Einrichtung von Frontoffices in verschiedenen Bezirksamtsgebäuden ausgearbeitet.
- Für die MA 11 wurden neue Standorte für die Außenstellen des 20., 21. und 22. Bezirks geplant und in Betrieb genommen.
- Im Mietobjekt 9., Alserbachstraße 18, wurden Räume für die Unterbringung der Kinder- und Jugendanwaltschaft Wien, der MA 16-Außenstelle für den 1., 8., 9. Bezirk, eines Teilbereiches der MA 61 sowie der MA 11A-Service-stelle für den 1., 2., 8., 9., 20. Bezirk, angemietet.
- Die Durchführung von einer größeren Anzahl an Übersiedlungen, beispielsweise das Büro der Geschäftsgruppe für Gesundheits- und Spitalswesen, die Außenstellen der MA 37 für den 2., 12. bis 17., 20., 21. und 22. Bezirk sowie Außenstellen der Magistratsabteilungen 11, 12 und 46.
- Die **Zuweisung von Amtsräumen** für insgesamt 40 Dienststellen und die Organisation von **Neubau- und Adaptierungsprojekten** u. a. in folgenden Bereichen:
 - Im Neubauprojekt in 23., Rösslergasse, wurde ein Raumkonzept zur Unterbringung der MA 11-Rechtsfürsorge für den 12., 13. und 23. Bezirk, bzw. Soziale Arbeit mit Familien für den 23. Bezirk sowie der MA 11A-Service-stelle für den 23. Bezirk ausgearbeitet.
 - Um bei den in einzelnen Dienststellen bestehenden Raumproblemen Abhilfe zu schaffen, bzw. um notwendige bauliche Verbesserungen herbeizuführen, musste die Durchführung von größeren Adaptierungsarbeiten in mehreren Amtsgebäuden veranlasst werden.
 - Für die MA 65 wurden zusätzliche Büroräume in 3., Ungargasse 33, geplant und errichtet.
 - Für das ehemalige Personalwohnhaus in 9., Schlagergasse 8, wurde ein Umbaukonzept zur Unterbringung der Parkraumüberwachungsgruppe der MA 67 erstellt.

Tätigkeit der Projektleitstellen

Ausgehend von den erfolgten strategischen Festlegungen von Hauptzielen für die **Beschaffung** wurde für die Neuorganisation der Beschaffung eine weitere Detaillierung der Planung durchgeführt. Neben den Analysen der größeren Beschaffungs-

stellen sowie Erhebungen über EDV-mäßige Ausstattungen von Auftragnehmern wurden auch Machbarkeitsszenarien für kurz-, mittel- und langfristige Implementierungen von EDV-Techniken für Beschaffungsprozesse erstellt.

Mit dem Abschluss der Verhandlungen zu einem neuen Vergaberecht, das in Zukunft für alle Gebietskörperschaften in Österreich zur Anwendung gelangen wird, wurde eine weitere Voraussetzung für die **Einführung EDV-gestützter Prozesse in der Beschaffung** verwirklicht, wobei die Stadt Wien in den Verhandlungen im Rahmen des Österreichischen Normungsinstitutes zur Vorbereitung der erforderlichen Detailverordnung für den EDV-Einsatz intensiv eingebunden ist. Zur weiteren Umsetzung dieser neuen Aufgabenstellungen in der Beschaffung der Stadt Wien wurden entsprechende Änderungen der Geschäftseinteilung für den Magistrat der Stadt Wien vorbereitet.

Im Hinblick auf das Ziel der Einführung von Methoden des **Facilitymanagements** im Magistrat der Stadt Wien wurden entsprechende Änderungen der Geschäftseinteilung sowie von Erlässen mit den betroffenen Dienststellen vorbereitet.

Im Verwaltungsjahr wurde die **Eingliederung des Pass- und Fundwesens** in den Magistrat der Stadt Wien mit großen Anstrengungen der beteiligten Dienststellen betrieben. In den Magistratischen Bezirksämtern wurde die notwendige Infrastruktur zur Abwicklung der beiden Bereiche geschaffen. Im Fundwesen wurde eine Software entwickelt, sodass das bislang manuell geführte Fundwesen elektronisch abgewickelt werden kann.

Magistratsdirektion – Betriebswirtschaft und Controlling (MD-BC)

Modelle und Konzepte

Kontraktsystem

Das Kontraktsystem wurde in drei Teile gegliedert: Leistungskontrakt, Basisdarstellung und Kennzahlen-Mappe. Zur Unterschrift durch Magistratsdirektor, Stadtrat/innen und Dienststellenleiter/innen gelangt der Leistungskontrakt, die beiden anderen Teile bilden den Anhang. In dieser Form wird das Kontraktsystem als Steuerungsinstrument (flächendeckend bis zum Jahr 2005) für den gesamten Magistrat als verbindlich erklärt.

Verwaltungsziele

Die Verwaltungsspitze gibt, in Abstimmung mit der politischen Ebene, die für den gesamten Magistrat gültigen grundlegenden Verwaltungsziele zur Fortsetzung der Verwaltungsreform vor, die, von der MD-BC operationalisiert/konkretisiert, im Rahmen des Kontraktmanagements von den Dienststellen umzusetzen sind. Inhaltlich beziehen sich die Verwaltungsziele auf den weiteren Ausbau der Effizienz der Dienstleistungen, erhöhte Kund/innenorientierung, die weitere Budgetkonsolidierung sowie die Sicherstellung einer zielgerichteten Mitarbeiter/innen-Qualifikation.

Information, Akzeptanzmanagement, allgemeine Beratung

Controllingtage

Die MD-BC hat vier Controllingtage mit Themen zu den Kontraktsystemänderungen sowie zur Erläuterung der Verwaltungsziele abgehalten, die von 553 Teilnehmer/innen besucht wurden. Die Evaluation der Veranstaltungen ergab eine durchschnittliche Zufriedenheit der Teilnehmer/innen mit den gebotenen Inhalten von 68 Prozent (0 Prozent keine Zufriedenheit – 100 Prozent völlige Zufriedenheit).

Controlling-Lehrgang

Der Controlling-Lehrgang wurde evaluiert und den Ergebnissen der Evaluation entsprechend modifiziert. Es fanden 2 Lehrgänge in Zusammenarbeit mit dem Österreichischen Controller Institut statt, die von 24 Teilnehmer/innen absolviert wurden. 3 Absolvent/innen wurde nach abgelegter Prüfung das Controlling-Diplom überreicht.

Controlling-Kompakt-Lehrgang

Es fanden 5 Lehrgänge, ebenfalls in Zusammenarbeit mit dem Österreichischen Controller Institut statt, die von 60 Teilnehmer/innen besucht wurden.

Vorträge und Workshops

Die MD-BC hat mit eigenen Referent/innen 8 Controlling-Informationsveranstaltungen für 120 Teilnehmer/innen abgehalten. In der Evaluation wurde eine durchschnittliche Zustimmung der Teilnehmer/innen zu den vermittelten Inhalten von 89 Prozent gemessen. Weiters wurden 11 Workshops (Kostenrechnung, Kontraktmanagement) für 146 Teilnehmer/innen veranstaltet, mit denen die Teilnehmer/innen im Durchschnitt zu 77 Prozent zufrieden waren.

Projekte

Kontraktprojekte

Im Jahr 2002 sind nachfolgende Dienststellen in das Kontraktsystem einbezogen worden:

- MA 2 – Allgemeine Personalangelegenheiten
- MA 5 – Finanzwirtschaft und Haushaltswesen
- MA 7 – Kultur
- MA 18 – Stadtentwicklung und Stadtplanung
- MA 33 – Öffentliche Beleuchtung
- MA 41 – Stadtvermessung
- MA 60 – Veterinäramt
- MA 67 – Parkraumüberwachung
- MA 68 – Feuerwehr und Katastrophenschutz
- MA 70 – Rettungs- und Krankenbeförderungsdienst der Stadt Wien
- die Magistratischen Bezirksämter für den 4. und 5. Bezirk, den 12. Bezirk, den 13. und 14. Bezirk sowie den 15. Bezirk.

Sonstige Projekte

In zwei Dienststellen wurden Beratungsprojekte

zu den Themen Kostenrechnung und Kund/innenbefragung durchgeführt. Im Projekt „Betriebswirtschaftliche Basisfunktionen SAP“ wurde zur Vorbereitung des magistratsweiten Rollouts Expertenwissen im Bereich Kostenrechnung eingebracht.

Systemorganisatorische Maßnahmen

Nach erfolgter Ausschreibung konnte das Kontraktsystem (im Speziellen der Teil „Basisdarstellung“) in das Strategic Process Management (SPM) Software-Modul der Firma SAS übergeführt werden. Es wird in allen Kontrakt-Dienststellen ab 2003 zur Anwendung kommen. Das Ziel ist, über eine breit nutzbare Web-Oberfläche mit unterschiedlichen Ebenen der Zugriffsberechtigung strategisch relevante Ziele, Zielerreichungsgrade und Kennzahlen aus den Kontraktsystemen der Dienststellen den Managementebenen in effektiver Form zur Verfügung zu stellen. Dadurch wird die Papierform von Kommunikation und Berichtswesen im Rahmen des Kontraktmanagements weitgehend durch eine elektronische Abwicklung ersetzt.

Magistratsdirektion – EDV- und Informationsangelegenheiten (MDI)

Informations- und Kommunikationstechnologie (IKT) – Strategie und Richtlinien

Ausgehend von den Verwaltungszielen des Magistrats der Stadt Wien wurde die IKT-Strategie fortgeschrieben. Als strategische Schirmprojekte sind derzeit das Electronic-Government-Projekt eVienna, die Betriebswirtschaft mit SAP und das Gesundheitsnetz Wien definiert. Zur Umsetzung der Strategie wurde der Ablauf bei IKT-Projekten neu geregelt (MBL-120-20/2001). Für strategische und Groß-Projekte wurden Lenkungsausschüsse eingesetzt, die eine effiziente Steuerung bei der Umsetzung dieser Projekte gewährleisten. Im Jahr 2002 wurden bei folgenden Projekten Lenkungsausschüsse vorbereitet bzw. wirksam: SAP, Meldewesen II – Organisation in Wien (ZMR, E-Government), Leitstellenneuaufbau Rettung (LENA, Funknetz), ELAK, Geografische Wissensdatenbank, eVienna.

Die Neuregelung zur IKT-Sicherheit (MDA-1598-1/2002) wurde mit 1. Dezember 2002 wirksam und damit die Verantwortung und Kompetenz auf den Ebenen IKT-Dienststelle, Dienststelle und Nutzer/in geregelt.

Strategisches Controlling und Berichtswesen

Das strategische IKT-Controlling wird mittels der Balanced-Score-Card (BSC) umgesetzt werden. Die dafür notwendigen Ziele und Kennzahlen werden von der IKT-Strategie abgeleitet.

Vorhandene Kennzahlensysteme wurden von der MA 14 in die BSC übernommen bzw. zusätzlich in Teilbereichen auch mit der KAV-EDV entwickelt und auf ihre Aussagekraft für eine effiziente Steuerung der IKT hin überprüft. Da in einigen Berei-

chen die Grundlagen für diese Kennzahlen erst geschaffen werden mussten und daraus verwertbare Ergebnisse für ein strategisches Controlling erst nach einem längeren Beobachtungszeitraum (bis zu einem Jahr) vorhanden sind, ist mit einem ersten produktiven Einsatz der BSC im Laufe des Jahres 2003 zu rechnen.

Im Zusammenwirken mit der MD-BC sowie ausgewählten Fachdienststellen wurden Software-Tools für eine rasche Implementierung einer Balanced-Score-Card als umfassendes Controlling- und Berichtsinstrument auch für das Kontraktmanagement und Qualitätsmanagement ausgetestet und eine Produktausschreibung mit dem Ziel eines umfassenden Einsatzes im Magistrat beginnend mit dem Jahr 2003 durchgeführt.

Die Qualität der Daten (Kennzahlen) für die jährliche mittelfristige Planung wurde weiter verbessert, sodass diese als Steuerungsinstrument für den IKT-Einsatz herangezogen werden kann.

Electronic Government – Schirmprojekt eVienna

In Fortsetzung des im Jänner 2001 gestarteten Electronic-Government-Schirmprojekts „eVienna“ wurden weitere interaktive Anwendungen realisiert und den Bürger/innen und Wirtschaftstreibenden im Internet unter www.wien.at zur Verfügung gestellt. Im Zuge der Online-Schaltung dieser Anwendungen wurden Nutzungserhebungen begonnen, um festzustellen, wie die interaktiven Anwendungen in der Bevölkerung und von den Unternehmen angenommen werden. Die Nutzung ist je nach Anwendung unterschiedlich. Je einfacher eine elektronische Dienstleistung konzipiert ist, umso öfter wird sie genutzt.

Um die interaktiven Anwendungen in der Bevölkerung bekannter zu machen und die Nutzung von jenen Anwendungen zu steigern, die eine geringere Nutzungsstatistik aufweisen, wurden Marketing-Maßnahmen gesetzt und in den Printmedien „eMedia“ und „Format“ Artikel und Beiträge geschaltet.

Neben diesen Werbe-Aktivitäten erfolgten auch Marketing-Maßnahmen für die Mitarbeiter/innen: Am 23. Jänner 2002 fand die eVienna-Leistungsschau 2002 statt, bei der die Anwendungen auf einer messeähnlichen Veranstaltung vorgestellt wurden und von den Besucher/innen getestet werden konnten. Diese Veranstaltung wurde von mehr als 300 Mitarbeiter/innen besucht. Bei der 15. Ordentlichen Landeskonferenz der Gewerkschaft der Gemeindebediensteten am 24. und 25. September 2002 wurde das eVienna-Projekt den 400 Delegierten präsentiert und die einzelnen Anwendungen vorgeführt.

Die Einführung von E-Government bedarf einer vorangegangenen Geschäftsprozess-Optimierung (Business-Process-Reengineering). Auf Initiative der MDI wurden Kurse der Verwaltungsakademie angeboten, die ein reges Interesse unter den Dienststellenleiter/innen und deren Mitarbeiter/innen hervorriefen.

Richtlinien für die Erstellung von E-Government-Anwendungen in der Stadt Wien

Um den Bürger/innen auf der zusätzlichen Kommunikationsschiene, den interaktiven elektronischen Services, in der Abwicklung ein gleichartiges „Look and Feel“ zu bieten und um Mindeststandards hinsichtlich Qualität und Sicherheit zu setzen, wurden Richtlinien für die Erstellung von E-Government-Anwendungen in der Stadt Wien erarbeitet, wobei vor allem folgende Punkte im Vordergrund standen:

- Komfort für die Bürger/innen
- Gleiches Auftreten der Dienststellen, auch in heiklen/sensiblen Bereichen
- Steigerung des Wiedererkennungswerts
- Unterstützung zur Sicherung der Einhaltung von Gesetzen
- Qualität und Sicherheit der Anwendungen
- Stärkung des Vertrauens der Bürger/innen hinsichtlich der Neuen Medien

Folgende Anwendungen wurden 2002 realisiert und online geschaltet:

- **Diskussionsforum forum.wien.at**
Dieses Diskussionsforum umfasst die Themen Verkehr, Stadtentwicklung, Europaregion Wien, Architektur und Informationstechnologie. forum.wien.at ermöglicht eine rasche und unbürokratische Information, Diskussion und Kommunikation, und funktioniert einfach und anonym.
- **Gräberverwaltung – Grabnutzungsverlängerung**
Im Rahmen von help.gv.at (die interaktive Amtshelferplattform des Bundes) wird die Online-Grabverlängerung im Internet für die Gräber der Wiener Friedhöfe angeboten. Die Bürger/innen können mit einem Upload-Formular die Mitteilung der Höhe des Entgelts sowie die Zusendung eines Erlagscheins für die Erneuerung des Benützungrechts beantragen.
- **Aufenthaltstitel**
Nicht-EU-Bürger/innen, die einen längeren Aufenthalt planen oder sich in Österreich niederlassen wollen, brauchen einen rechtlichen Status in Form eines Aufenthaltstitels. Dieser Aufenthaltstitel ist meistens eine Vignette im Reisepass, in seltenen Fällen ein Bescheid (wenn es kein Reisedokument gibt). Die User/innen können die Antragstellung elektronisch per Upload-Formular durchführen. Nachdem er/sie diesen Antrag „abgeschickt“ hat, wird an die angegebene Wohnadresse eine Verständigung geschickt, in der über die weitere Vorgangsweise informiert wird (Unterlagen, Gebühren, Abholungstermin etc.). Die Antragsteller/innen ersparen sich dadurch die aufwändige Suche nach der zuständigen Behörde und werden über die notwendigen Unterlagen automatisch informiert.
- **Anmeldung für das Pflegeheim**
Die Bürger/innen können sich übers Internet das Anmeldeformular für einen städtischen oder privaten Pflegeheimplatz direkt auf den PC holen, elektronisch ausfüllen und an die Stadt Wien umgehend retournieren, ohne die

zuständige Dienststelle ausfindig machen zu müssen.

- **Anmeldung für Grillplätze auf der Donauinsel**
Veranstalter/innen von Grillpartys auf der Donauinsel können sich übers Internet einen der 16 Grillplätze aussuchen und elektronisch reservieren.
- **Veranstaltungsdatenbank**
Um den Bürger/innen detaillierte und schnelle Informationen über die breite Palette an Veranstaltungen in Wien anzubieten, wurde eine Datenbank entworfen und eingesetzt, bei der die Bürger/innen ihren Event nach verschiedenen Kriterien suchen können – nach Veranstaltungstitel, Veranstaltungsort, Datum, Kategorie (z. B. Clubbing, Ausstellung etc.). Für die Veranstalter/innen gibt es die Möglichkeit, ihre Events gleich online in diese Veranstaltungsdatenbank einzutragen. Dieses Service ist kostenlos und bietet somit auch „Kleinveranstalter“ die Möglichkeit, für ihre Events in einem breitenwirksamen Medium zu werben. Das Suchergebnis liefert auch eine Zusammenstellung der Preise, Ermäßigungen, Uhrzeiten, den Stadtplanauszug und eine persönliche Fahrtroute zum Veranstaltungsort sowie Informationen über Veranstalter und Veranstaltung.
- **Trautervorschau**
Bürger/innen können im Internet die freien Trautermine einsehen und Reservierungen rund um die Uhr vornehmen. Per E-Mail erhält dann das Brautpaar vom Standesamt eine Terminreservierungsbestätigung und weitere wichtige Informationen für die Trauung. Nach Vorsprache am Standesamt und abgeschlossenem Verfahren zur Ermittlung der Ehefähigkeit wird der Termin fixiert.
- **E-Grätzl**
Die Bürger/innen können sich in wien.at über ihren Bezirk gezielt informieren und sich durch Dialogmechanismen in die weitere Gestaltung ihres Lebensraums aktiv einbringen. Die Informations- und Dialogmechanismen reichen von einer Bezirks-Veranstaltungsdatenbank mit Events über Diskussionsforen bis zu Newsletter mit aktuellen Informationen aus den Bezirken und Grätzeln. Im 6. Bezirk wurde ein Pilotprojekt gestartet, bei der sich die Bürger/innen Sprechstundentermine der Bezirksvorsteherin übers Internet reservieren können.
- **Digitaler Frauenstadtplan**
Im digitalen Frauenstadtplan werden Einrichtungen für Frauen und Mädchen, wie z. B. Frauenberatungsstellen sowie Anbieter/innen frauenspezifischer Projekte verortet. Darstellungsgrundlage ist der digitale Stadtplan der Stadt Wien. Mit einem Mausklick erfährt man die genaue Adresse, sowie Öffnungszeiten, eine kurze Tätigkeitsbeschreibung bzw. eine Darstellung der Leistungen. Ein Link führt zur Homepage des/r Anbieter/in und es wird eine E-Mail-Adresse angeboten. Es wird rund um die Uhr eine Auskunftsmöglichkeit über Serviceeinrichtungen und Beratungsstellen für Frauen und Mädchen via Internet geboten.
- **Transportkontingent-Ansuchen**
Der Antragssteller (Frächter) kann sein Ansuchen um Transportkontingent elektronisch der

Behörde übermitteln. Die Daten fließen automationsunterstützt in die bestehende Applikation. Die Transportkontingent-Ansuchen können für ein Jahr, für ein halbes Jahr und für zwei Monate eingereicht werden. Die elektronische Enderledigung ist vorgesehen, bedarf jedoch noch gesetzlicher Änderungen.

- **Lagezuschlag für Wohnungsstandorte**
Ein Lagezuschlag ist ein Zuschlag zum gesetzlich festgesetzten Richtwert, der den Wert der Wohngegend widerspiegelt. Dieser Richtwert wird jedes Jahr neu am 1. April festgelegt. Somit können die Bürger/innen übers Internet in einer Bildschirm-Abfragemaske den Lagezuschlag pro m² Nutzfläche für jede Wiener Adresse durch Angabe der Adresse für den Zeitraum seit Inkrafttreten des Richtwertgesetzes am 1. März 1994 bis heute abfragen.
- **Meldezettel am Baby-Point (AKH)**
Die Mitarbeiter/innen des Baby-Points im AKH suchen die Mutter nach der Geburt am Wochenbett auf. Es besteht die Möglichkeit, für das Neugeborene neben der Ausstellung der Geburtsurkunde und dem Staatsbürgerschaftsnachweis auch die Meldung des Wohnortes durchführen zu lassen, wodurch umständliche Amtswege in der (meist aufwändigen) Zeit nach der Geburt wegfallen.
- **Flugzettel und Lautsprecherwagen**
Der/Die Bewilligungswerber/in für Flugzettel und Lautsprecherwagen kann den Antrag elektronisch einreichen. Die Prozessabwicklung erfolgt vollautomatisch. Die Bescheidzustellung kann wahlweise elektronisch oder durch Abholung erfolgen.
- **Artenschutzprogramm**
Im Rahmen des Wiener Arten- und Lebensraumschutzprogramms „Netzwerk Natur“ wurde ein Schutzprogramm für bestimmte bedrohte und nützliche Tiere (Fledermaus, Mauersegler, Turmfalke, Ziesel, Feldhamster) gestartet. Dabei soll erfasst werden, wo es in Wien derartige bedrohte Tiere gibt. Dabei brauchen die Experten der MA 22 die Mithilfe der Bevölkerung. Die Bürger/innen können mittels Fragebogen der Stadt mitteilen, wenn sie einen oder mehrere Orte kennen, wo sich diese Tiere aufhalten.
- **Geschäftslokalvormerkung**
Bürger/innen oder Wirtschaftstreibende können ihr Interesse für ein bestimmtes Lokal oder Büro in einer städtischen Wohnhausanlage gleich direkt übers Web bekannt geben. Aufgrund der Angaben wird eine Authentifizierung durchgeführt und die Angaben überprüft. Der/Die Interessent/in wird dann von Wiener Wohnen kontaktiert, damit sie/er das Geschäftslokal besichtigen kann.
- **Wohnungstausch – Online Suche**
Möchten Mieter/innen ihre Gemeindewohnung tauschen, so können sie im Internet nach einer entsprechenden Wohnung suchen und erhalten detaillierte Informationen über die zum Tausch angebotenen Wohnungen.
- **Zentrales Bürgeranliegen-Management**
Anliegen können von den Bürger/innen übers Internet an die Wiener Stadtverwaltung gesendet werden. Die Mitteilung wird nicht nur

rasch an die richtige Stelle der Stadtverwaltung weitergeleitet, der/die Bürger/in kann auch feststellen, wo man sich gerade um die Lösung des Problems bemüht. Damit helfen die Bürger/innen mit, Wien noch lebenswerter zu gestalten. Die Anliegen werden vertraulich behandelt.

- **Anmeldung für Jugendsportanlagen**
Sportvereine, Schulen und Kindergärten können gegen Entrichtung eines Erhaltungsbeitrags eine Jugendsportanlage der MA 51 benutzen. Die Anmeldung für eine Jugendsportanlage kann einfach und bequem übers Internet durchgeführt werden.
- **Anmeldung für Sport-, Spiel- und sonstigen Veranstaltungen**
Sport- und Spielbegeisterte können sich übers Internet für Kurse der Stadt Wien online anmelden. Die Angebotspalette reicht von Gymnastik, Tennis über Volleyball, Schwimmen bis zu Qi-Gong und Schifahren.
- **Stadtplanung – Flächenwidmungs- und Bebauungspläne – Elektronische Stellungnahme**
Im Rahmen eines Pilotprojekts wurden die Bürger/innen in zwei Bezirken in die Erstellung von Flächenwidmungs- und Bebauungsplänen via Internet einbezogen. Dies erfolgte durch die Möglichkeit der virtuellen Einsichtnahme in die zwei zur öffentlichen Einsichtnahme aufgelegten Flächenwidmungs- und Bebauungspläne und durch die Abgabe von Stellungnahmen zu diesen Entwürfen über ein Web-Formular.

Gesundheitsnetz Wien (GNW)

Im Projekt „Wiener Ärzte ans Netz“ (nunmehr Gesundheitsnetz Wien - GNW) wurde im Jahr 2002 eine Auslobung durchgeführt, die darauf abzielt, den Neueinsatz von EDV-Systemen mit Internet-Anschluss in Arztpraxen zu fördern, die entsprechend den GNW-Vorgaben zertifiziert sind. Mit dem KAV wurden Grundsätze für einen e-Health-Masterplan mit Schwerpunktsetzungen bei den Schnittstellen zum und aus dem Spital erarbeitet (Patientenzuweisung, Terminvereinbarung, elektronischer Patientenbrief).

Zusammenarbeit zwischen Bund, Länder und Gemeinden im IKT-Bereich

In Fortsetzung des Auftrags der Landesamtsdirektoren wurden in den E-Government-Arbeitsgruppen im Jahr 2002 sehr wesentliche Schnittstellen und Standardisierungen erarbeitet und zur Umsetzung empfohlen. Die technischen Festlegungen zur Einrichtung eines Portalverbundsystems mit Portalverbundprotokoll und Sicherheitsklassen wurden für Wien mit 1. März 2002 im Meldewesen mit dem ZMR im BMI wirksam. Eine generelle Portalverbundvereinbarung, die für derzeitige Anwendungen und vor allem für neue E-Government-Anwendungen gültig ist, wurde erarbeitet.

Die Verfahrens- und Leistungsbereiche, die für die Umsetzung der in AVG § 13 (4) vorgeschriebenen Personenbindung notwendig sind, wurden festgelegt. Wien berücksichtigt diese Vorgabe nicht nur

bei Electronic-Government-Umsetzungen, sondern wendet sie auch zur Kategorisierung der Datenschutzverarbeitungen nach Aufgabengebieten laut DSG 2000 an.

Um bei Formulären in E-Government-Verfahren für die Bürger/innen bzw. die Wirtschaft einen gleichartigen verständlichen Aufbau zu erreichen, wurde ein Styleguide für e-Formulare erstellt. Dieser ist in Wien mit Dezember 2002 verbindlich im Stadt Wien-Portal wien.at erklärt worden.

Euro-Währungsumstellung im EDV-Bereich

Im Rahmen des Projekts der magistratsweiten Euro-Umstellung leitete die MDI seit 1997 die Arbeitsgruppe EDV mit der Aufgabe, die EDV-mäßigen Umstellungsarbeiten der EDV-Abteilungen zu koordinieren.

Alle Umstellungs- und Rückbauarbeiten sind termingerecht und praktisch ohne außenwirksame Fehler abgelaufen. In der MA 14 wurde der größte Teil der für die neue Währung adaptierten Programme und Applikationen bereits zu Jahresbeginn 2002 in den Produktionsbetrieb übernommen. Der programmtechnische Umbau der gesetzlich vorgeschriebenen doppelten Währungsangabe auf Erledigungen an den Bürger konnte mit Mitte April 2002 vollends abgeschlossen werden. Im KAV waren bereits zu Jahresanfang 2002 alle Eurorelevanten Programme mit Unterstützung der KAV-IGV auf Euro umgestellt. Die Fremdprogramme wurden bis auf wenige Ausnahmen kostenfrei im Rahmen von Wartungsvereinbarungen angepasst.

Das Rechnungswesen der Stadt Wien konnte ebenfalls eine erfolgreiche Euro-Umstellung verzeichnen, wobei zusätzlich zur Programmadaption die Logistik des Geldwechsels in mehr als 1.000 Kassen gemeistert wurde, bei der über 28 Mio. ATS gewechselt und fast 11 Tonnen Hartgeld verteilt wurden.

TeleCities

TeleCities ist ein europäisches Netzwerk von rund 120 Städten aus den EU-Staaten, aber auch aus (Noch-)Nicht-EU-Ländern, die in grenzüberschreitender Zusammenarbeit wichtige Themen der Informations- und Wissensgesellschaft behandeln. Ziel ist die konzertierte urbane Entwicklung durch die neuen Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT). Damit soll ein Beitrag zum wirtschaftlichen Aufschwung und zur sozialen und kulturellen Entwicklung der europäischen Städte geleistet werden. Die Stadt Wien hatte von 2001 bis 2002 die Präsidentschaft der TeleCities über.

Zentrales Thema ist die Bekämpfung des „Digital Divide“, d. h. die Kluft zu schließen, die entsteht, wenn nur ein kleiner Teil der Bevölkerung Zugang zu den neuen Medien und Vertrautheit im Umgang mit ihnen hat, und der andere Teil weder über die technischen Möglichkeiten noch über das notwendige Wissen verfügt.

Konkrete Schwerpunktbereiche sind dabei E-Government, also das Anbieten der Verwaltungsleistungen auch mit Hilfe von IKT, die damit verbundene Reorganisation der Öffentlichen Verwaltung, die Förderung demokratischer Partizipation der Bürger/innen am politischen Leben, neue Formen der Aus- und Fortbildung und des lebenslangen Lernens, Bewahrung einer zukunftssicheren Umwelt, verstärkte Aktivierung der Senioren in allen Lebensbereichen, erhöhte Lebensqualität und erleichterte Teilnahme am Gemeinschaftsleben für Behinderte.

Ziele der Präsidentschaft Wiens

Die Wiener TeleCities-Präsidentschaft wurde unter das Motto „Zusammenarbeit und sozialer Zusammenhalt“ gestellt. Die Ziele entsprachen auch den von Wien gesetzten politischen und strategischen Prioritäten, nämlich

- die Forcierung von E-Government mit besonderer Betonung einer „Digital Inclusive Society“;
- die Stärkung von TeleCities als IKT-Repräsentant der Städte gegenüber den Institutionen der EU;
- die Intensivierung der Kooperation der europäischen Städte unter Forcierung der Zusammenarbeit mit Städten aus den Beitrittswerber-Ländern.

Ergebnisse der Wiener Präsidentschaft

Wien konnte seine Präsidentschaft mit einer sehr positiven Erfolgsbilanz abschließen:

- Aufbau eines dauerhaften Konsultationsprozesses zwischen TeleCities und der Europäischen Kommission zu priorisierten Themen der Informationsgesellschaft; Einbindung von TeleCities in die Vorbereitung des 6. EU-Rahmenprogramms.
- Intensivierung der Kontakte zu Städten aus den Beitrittswerber-Ländern, die zum ersten Mal im Lenkungsgremium von TeleCities repräsentiert sind, und aktive Kooperation in Projekten und in direkter Zusammenarbeit.
- Begründung und Festigung der Zusammenarbeit mit europäischen Netzwerken von nationalen Regionen und Gemeindeverbänden in aktiver Zusammenarbeit mit der Europäischen Kommission. Ziel dieser Zusammenarbeit ist die Stärkung der Position der Städte, Gemeinden und Regionen bei Themen der Informationsgesellschaft.
- Wegbereitung für eine weiter führende, anhaltende Entwicklung der europäischen Städte durch das programmatische TeleCities-Projekt „eCitizen-ship and new forms of urban governance by 2010“ mit der Priorisierung von E-Democracy, E-Security, E-Learning und Business Process Reengineering in Stadtverwaltungen. Diese Kernthemen werden die Richtschnur für die Aktivitäten von TeleCities in den nächsten Jahren darstellen.

Telearbeit

Im Jahr 2002 wurde für das Versuchsprojekt „Telearbeit im Magistrat der Stadt Wien“ der Ab-

schlussbericht der MDI an den Herrn Magistratsdirektor gelegt. Darin sprach sich die MDI auf Grund der Ergebnisse des Versuchsprojekts Telearbeit dafür aus, Telearbeit als Standard-Arbeitsform einzuführen. Dies wurde vom Herrn Magistratsdirektor auch genehmigt. Damit steht den Abteilungen und Dienststellen des Magistrats der Stadt Wien die Einführung von Telearbeit unter Beachtung der Rahmenbedingungen frei. Bis zur Adaption der betroffenen Rechtsvorschriften läuft das Versuchsprojekt Telearbeit unter Federführung der MDI formal weiter.

Magistratsdirektion – Stadtbaudirektion (MD-BD)

Im Berichtsjahr leitete der Stadtbaudirektor als Vertreter der Stadt Wien einen Ausschuss, der sich mit allen aktuellen Problemen zwischen der ÖBB und der Stadt Wien, wie z. B. Grundstückstransaktionen, Entwicklung des Westbahnhofs, Hauptbahnhof Wien sowie diversen Festlegungen betreffend den Ausbau der Schnellbahnlinien S 7 und S 80, befasst hat. Im Rahmen der Leitung des Lenkungsausschusses Stadt Wien/ASFINAG/ÖSAG durch den Stadtbaudirektor wurde der Autobahnausbau in und um Wien begleitet sowie hinsichtlich Termineinhaltung, Planungsfortschritt und Umsetzung gesteuert. Weiters wurden unter Vorsitz des Stadtbaudirektors die Infrastrukturkommission und die Kommission für die Optimierung von Grundstücksangelegenheiten weitergeführt. Der Stadtbaudirektor hat im Berichtsjahr des Weiteren seine Funktion als Vorstandsvorsitzender des Vereines ANKÖ wahrgenommen. Betreffend den öffentlichen- und Individualverkehr hat der Stadtbaudirektor zahlreiche Gespräche auf Basis des Masterplans Verkehr geführt.

Die MD-BD hat im Rahmen des **Kontraktmanagements** eine beratende und steuernde Funktion wahrgenommen. Dabei fungierte die Gruppe Hochbau und Haustechnik als Controllingstelle für die Kontrakte der Magistratsabteilungen 24, 25 und 39. Die Gruppe Tiefbau und Verkehr wirkte bei der Aushandlung der Kontrakte 2003 für die Magistratsabteilungen 29, 31 und 33 mit und führte das Controlling für die Kontrakte der Magistratsabteilungen 29 und 31 durch. Seitens der Gruppe Planung wurde bei der Kontrakterstellung 2003 für die Magistratsabteilungen 18, 19, 21A, 21B und 41 mitgewirkt und die ihr zugewiesene Controllingaufgabe für die laufenden Kontrakte der Magistratsabteilungen 19, 21A und 21B erfüllt. Die Gruppe Baubehördliche Angelegenheiten und Umwelttechnik wirkte an der Erstellung der Kontrakte für die Magistratsabteilungen 36, 42, 49 und 68 mit und fungierte als Controllingstelle für die Kontrakte der Magistratsabteilungen 36, 42 und 49.

Parallel zum Kontraktmanagement wurde das Berichtswesen für den Bereich Bauten und Technik implementiert, wobei erstmalig im September dem Magistratsdirektor ein Zwischenbericht erstattet sowie die Datenerhebungen für den Gesamtjahresbericht eingeleitet werden konnten.

Im Rahmen der in der **Geschäftsstelle Kommissionen des Stadtbaudirektors** eingerichteten

Infrastrukturkommission (ISK), die unter dem Vorsitz des Stadtbaudirektors zusammentritt, wurden in den im Berichtsjahr abgehaltenen Arbeitssitzungen unter anderem 33 neue Wohnbauprojekte (2.926 Wohneinheiten (WE)) einer Bewertung, vor allem im Hinblick auf die Kosten der sozialen und technischen Infrastruktur, unterzogen. Damit wurden seit der Konstituierung der ISK 454 Projekte (116.675 WE) behandelt. Mit Stand 23. Dezember 2002 sind davon 209 Bauvorhaben (51.925 WE) fertig gestellt und 35 Projekte (8.631 WE) in der Realisierungsphase.

Der Aufgabenbereich der **Gruppe Hochbau und Haustechnik**, als Stabstelle zur Steuerung, Lenkung und Koordinierung hochbautechnischer Belange umfasste die Vorbereitung und Durchführung von Wirtschaftlichkeits- und Projektbesprechungen für 27 Projekte mit Bruttogesamtbaukosten von rund 125 Mio. EUR. Weiters wurde an Projektvorbesprechungen der Schulraumkommission teilgenommen.

Koordinierende Tätigkeiten waren bei der Erarbeitung von Lösungsvorschlägen für dienststellenübergreifende Themenstellungen bzw. für besondere Aufgabenstellungen erforderlich. Insbesondere sind hier Maßnahmen für die Sanierung der Kirche am Steinhof, der Urania, der Erhaltung und Revitalisierung des Schlosses Neugebäude, der künftigen Entwicklung der Stadt des Kindes und der Hauptbibliothek Wien zu nennen.

Im Rahmen der Koordinierung und Steuerung des **Schulbauprogramms 2000** wurde der Neubau der Berufsschule für Gärtner und Floristen sowie drei Schulerweiterungen in Form von Zu-, und Dachgeschoßausbauten fertig gestellt. Zwei Neubauten von Volksschulen mit angeschlossenem Kindertagesheim wurden begonnen. Darüber hinaus konnten im parallel zum Schulbauprogramm 2000 verlaufenden Generalsanierungsprogramm weitere 7 Schulen fertig gestellt werden. Im Zuge der aktuellen organisatorischen Reformschritte im Bereich des Hochbaus wurde an der Neuorganisation des Immobilienmanagements der Stadt Wien – der Neugestaltung der Magistratsabteilung Wiener Liegenschaftsmanagement und Bau- und Gebäudemanagement – sowie an der neuen Organisationsstruktur der Wiener Bäderverwaltung mitgearbeitet.

Die Gruppe war an der Mitgestaltung, Entwicklung und Begleitung der Bauträgerwettbewerbe für Wohnbauvorhaben als Mitglied im Grundstücksbeirat beteiligt. Als Jurymitglied bei Planungswettbewerben und Gutachterverfahren zum Schulbau- und Wohnbauprogramm sowie für Kindertagesheime und sonstige Nutzbauten wird die Aufgabe der aktiven Mitwirkung bei der Umsetzung der Ziele der Stadtplanung unterstützt.

Die Entwicklung qualitätssichernder Maßnahmen in der Planung und Bauabwicklung wurde fortgesetzt. Dazu gehört die Mitarbeit an der Erstellung der „Dienstabweisung für die projektorientierte Abwicklung von Baumaßnahmen 2003 – DAB 2003“, sowie der Grundlagen für die Durchführung von Wettbewerben. Das von der Gruppe erarbeitete

te EDV-Programm „Kostenmanagement“ wurde weiterentwickelt und großflächig durch Vorträge und Schulungsprogramme eingeführt.

Zur Ökologisierung im Beschaffungswesen (Lieferungen und Leistungen) wurde im Rahmen des Projekts „ÖkoKauf Wien – Projektgruppe für umweltgerechte Leistungen“ in der Arbeitsgruppe Hochbau und der Arbeitsgruppe Innenausbau die Mitwirkung weitergeführt. Mit den in diesen Arbeitsgruppen ausgearbeiteten Kriterienkatalogen soll die Erreichung der Klimaschutzziele Wiens unterstützt werden.

Im Rahmen des Aufgabengebiets der **Gruppe Tiefbau und Verkehr** und der damit verbundenen Tätigkeiten wurden im Wesentlichen Angelegenheiten, die den Bau, die Erhaltung sowie die Verwaltung von Straßen und Verkehrsbauwerken, die Kanalisation, die Wasserversorgung, die öffentliche Beleuchtung und die Verkehrsorganisation betreffen, durchgeführt.

In Bezug auf Baumaßnahmen im Straßenbereich lag der Tätigkeitsschwerpunkt in der Koordinierung und Abstimmung der betroffenen Dienststellen in Hinblick auf Minimierung der Beeinträchtigungen für die anrainende Wohnbevölkerung sowie in Hinblick auf Minimierung der Behinderungen für den Verkehr. Gleichzeitig wurde dabei auch auf eine Optimierung der Bauzeiten sowie auf eine möglichst umfassende Information der Bevölkerung über die Baumaßnahmen und den damit verbundenen Beeinträchtigungen geachtet.

Betreffend die Vorbereitung und Durchführung der Wirtschaftlichkeitsbesprechungen für Projekte der gruppenzugehörigen Magistratsabteilungen haben 18 Wirtschaftlichkeitsbesprechungen stattgefunden, wobei insgesamt 31 Vorhaben mit einem Gesamtinvestitionsrahmen von ca. 196.626.000 EUR nach technischen und wirtschaftlichen Gesichtspunkten positiv beurteilt worden sind.

Wie in den vergangenen Jahren war auch im Berichtsjahr die Mitwirkung bei der Budgetplanung (Bund, Autobahnen- und Schnellstraßen-Finanzierungs-AG, Land, Bezirk) der zur Gruppe gehörigen Magistratsabteilungen ein wichtiges Betätigungsfeld. Hinzugekommen ist die Umsetzung der „Verlängerung“ der Bundesstraßen.

Neben Koordinierungstätigkeiten im Zusammenhang mit Vorhaben der Österreichischen Bundesbahnen und der Eisenbahn-Hochleistungsstrecken-AG (Flughafenschnellbahn S 7, Schalltechnische Sanierung der Bahnstrecken in Wien, Lainzer Tunnel etc.) ist auch die Mitwirkung der Gruppe bei der Gestaltung der Förderungsbedingungen im auf Grund des Umweltförderungsgesetzes errichteten **Arbeitskreis „Siedlungswasserwirtschaft“** des Bundes und der Länder hervorzuheben.

In den 29 Stadterweiterungsgebieten wurde die Planung und Umsetzung der technischen Infrastrukturmaßnahmen gemäß den politischen Zielvorgaben inklusive der erforderlichen Budgetvorsorge koordiniert und die zweckgebundene Ver-

wendung der zugehörigen Budgetansätze quartalsmäßig kontrolliert. Weiters wurden im Berichtsjahr einvernehmlich mit der Finanzverwaltung drei zusätzliche Stadterweiterungsflächen im 10., 20. und 21. Bezirk in die Gesamtkoordination neu aufgenommen.

Die geplante Fertigstellung der **Überplattung der Autobahn A 23 – Südost Tangente** (Absbergtunnel) erfolgte Ende November termingemäß.

In gesonderten Besprechungen wurde unter Beziehung der Rechtsdienststellen der zeitliche Ablauf des Grunderwerbs für gewidmete Verkehrsflächen in den zu realisierenden Stadterweiterungsgebieten durchgeführt.

Für die Infrastrukturkommission wurde der Anteil der technischen Aufschließung für 33 Stadtentwicklungsprojekte (ca. 2.933 WE) ausgearbeitet – weitere 35 Wohnbauprojekte mit ca. 8.631 WE befinden sich in der Realisierungsphase.

In Fortsetzung der mit 1. Jänner erfolgten Zusammenlegung der ehemals drei Stadtteilplanungs- und Flächennutzungsabteilungen zu den Magistratsabteilungen 21A und 21B erfolgte eine Begleitung ihrer Implementierung durch die **Gruppe Planung**.

Ein weiterer Schwerpunkt der Gruppe im Sinne der strategischen Steuerung war die Koordinierung der Vertiefung von Umsetzungsstrategien ausgesuchter Themenfelder sowie die Evaluierung der 33 strategischen Projekte des im Jahr 2000 fertig gestellten „Strategieplans für Wien“. Unter Federführung der MA 18 wurde die Erarbeitung eines neuen **Stadtentwicklungsplanes**, der im Jahr 2005 fertig gestellt werden soll, begonnen. Die Gruppe ist dabei sowohl in der Steuerungsgruppe als auch in mehreren Arbeitsgruppen, wie z. B. zu den Themen Wirtschaftsentwicklung/Zentren, Mobilität etc. vertreten.

Das Verfahren zur Erstellung von Entwürfen für neue Flächenwidmungs- und Bebauungspläne wurde für den Bürger transparenter gestaltet. Für die dazu notwendigen magistratsinternen Vorbereitungen wurden effizientere Abläufe eingerichtet. Dadurch wurde es möglich, die Verfahrensdauer für die an den Gemeinderat zu stellenden Anträge zu verkürzen.

Betreffend das **Hochhausprojekt Wien-Mitte** in Verbindung mit der in den Medien diesbezüglich geführten Diskussion erfolgten verschiedene Aktivitäten auf nationaler und internationaler Ebene mit dem Ziel, fachlich aufzuzeigen, dass das Projekt Wien Mitte nicht im Widerspruch zum Prädikat des Weltkulturerbes „Wiener Innenstadt“ steht. Mit Stand Juni 2003 findet eine Überarbeitung des Projekts Wien-Mitte statt. In Vorbereitung ist ein geladener, anonymer, städtebaulicher Wettbewerb für den Bereich des Areals Wien-Mitte unter Beteiligung internationaler Architekten.

Unter Federführung der Gruppe und der MA 27 wurde vor dem Hintergrund der bevorstehenden

Erweiterung der Europäischen Union und des internationalen Wettbewerbs der Regionen ein strukturierter multilateraler Arbeitsprozess zur Erarbeitung der Rahmenbedingungen für die Etablierung einer **grenzüberschreitenden Euro-*pare*region** gemeinsam mit den Bundesländern Burgenland und Niederösterreich sowie den benachbarten Städten und Regionen Südmährens, der Westslowakei und Westungarns eingeleitet.

Weiters wurde an dem durch den Wiener Gemeinderat am 26. April beschlossenen „Hochhauskonzept für Wien“ mitgearbeitet.

Im Zusammenhang mit der **städtebaulichen Weiterentwicklung** von maßgeblichen **Bahnhofsarealen** und -projekten wurde für den Westbahnhof ein städtebaulicher Wettbewerb gemeinsam mit der ÖBB durchgeführt, dessen Ergebnisse die Grundlage für die Erstellung eines städtebaulichen Leitbildes und des Flächenwidmungs- und Bebauungsplans darstellen. Auch für den Bahnhof Wien Nord wurde ein Wettbewerbsverfahren abgewickelt. Betreffend den projektierten Hauptbahnhof Wien wurden koordinierende Tätigkeiten wahrgenommen.

In enger Abstimmung mit dem zuständigen Stadtrat für Stadtentwicklung und Verkehr wurde ein gesamtstädtisches Modell für die schrittweise Umsetzung von Lokalen Agenda 21-Prozessen in den Wiener Gemeindebezirken entwickelt und implementiert.

Weiters erfolgten Arbeiten zur Erstellung des „**Masterplans Verkehr 2003**“ sowie bei der Abgleichung der Ergebnisse des kooperativen Beratungsverfahrens „Initiative TEN-Knoten Region Wien“ mit den im Rahmen des Verfahrens „Masterplan Verkehr 2003“ erstellten „Positionen Wiens zur europäischen und zur nationalen Verkehrspolitik“.

Das Verfahren „Strategische Umweltprüfung Entwicklungsraum Nord-Osten Wiens“ („**SUPER NOW**“) wurde fortgesetzt.

Die in der „Kommission für Parkraummanagement“ zu beratenden Maßnahmen zur Verbesserung der Parkraumsituation in Wien wurden in Arbeitsgruppen intensiv diskutiert und konkretisiert. Unter anderem wurde die Vorbereitung eines Pilotversuchs „Stellplatzbewirtschaftung Stadthallenumgebung“ zur Erprobung eines **neuartigen**, d. h. nicht auf der Festsetzung von Kurzparkzonen beruhenden **Modells der Parkraumbewirtschaftung** eingeleitet.

Im Rahmen des „Mediationsverfahrens Flughafen Wien“ wurde ein Katalog erstellt, in dem sämtliche Forderungen der am Verfahren Beteiligten thematisch strukturiert dokumentiert wurden. Parallel dazu wurden mögliche Szenarien der künftigen Entwicklung des Flughafens erarbeitet und Hilfsmittel zur Bewertung dieser Szenarien erstellt.

Die **Gruppe Baubehördliche Angelegenheiten und Umwelttechnik** hat im Zuge der Koordination der Magistratsabteilungen 36 und 37 die ein-

heitliche Handhabung der bautechnischen- und gewerbetechnischen sowie der feuerpolizeilichen Vorschriften sichergestellt. Sie hat auch Entscheidungen der Bauoberbehörde hinsichtlich ihrer Auswirkungen auf baubehördliche Verfahren überprüft.

In Abstimmung mit der Stadtplanung und mit der Naturschutzbehörde wurden Bauansuchen, die den Bebauungsbestimmungen nicht vollständig entsprechen, sowie Großbauvorhaben und besonders schwierige Bauvorhaben beurteilt und einer Entscheidung zugeführt. Weiters wurden Koordinationsgespräche der Baubehörde mit der Kammer der Architekten und Ingenieurkonsulenten für Wien, Niederösterreich und Burgenland sowie mit der Wirtschaftskammer Wien – Landesinnung Wien der Baugewerbe federführend durchgeführt. Darüber hinaus haben Mitarbeiter der Gruppe als Vertreter der Stadt Wien im Vorstand bzw. als Bauordnungsexperten im Österreichischen Institut für Bautechnik mitgewirkt.

Im Rahmen der Koordination der umwelttechnischen Dienststellen hat die Gruppe dafür Sorge getragen, dass Maßnahmen und Projekte nach einheitlichen und wirtschaftlichen Grundsätzen durchgeführt werden. Mitgewirkt wurde u. a. bei der technischen und budgetären Koordination der Projekte Wiental und Liesingtal, bei der Forcierung der Altlastsicherungsprojekte „Siebenhirten“, „Lobau“ und „Mobil“, bei der Koordination der Donauhochwasserschutzprojekte, bei der Festlegung einer einheitlichen auf eine Magistratsdienststelle konzentrierten Kompostwirtschaft, bei der Beratung von Entsorgungsproblemen, bei Altlastenerkundungs- und Sanierungsfragen, bei Fragen der Kompostierung, bei Fragen im Zusammenhang mit der nachhaltigen Sicherstellung des Wiener Trinkwasserhaushaltes sowie beim Projekt „ÖkoKauf“.

Mitarbeiter der Gruppe haben weiters als Vertreter der Stadt Wien im Vorstand des Österreichischen Baustoff-Recycling Verbandes mitgewirkt.

Der Aufgabenbereich des **Dezernats 1** umfasst die allgemeinen und EU-Angelegenheiten sowie die technische Fachaufsicht und das Prüfungswesen.

Betreffend den Themenkreis „Europäische Union“ waren neben den Stellungnahmen der technischen Dienststellen zu den vom Bund bzw. von den Ländern im Hinblick auf die Umsetzung von EU-Richtlinien verfassten Gesetzes- bzw. Verordnungsentwürfen u. a. auch Stellungnahmen zu koordinieren, die auf Grund von einzelnen, spezifischen EU-Richtlinien abzugeben waren. Darüber hinaus erfolgte die Mitwirkung in den Beiräten zu den EU-Förderprogrammen Ziel 2 und Urban II.

Die in Vereinen und Institutionen im In- und Ausland nominierten Vertreter/innen der technischen Dienststellen wurden evident gehalten. Hinsichtlich des Österreichischen Normungsinstituts und der Österreichischen Forschungsgemeinschaft Straße und Verkehr wurde auch die Delegation der Bediensteten durch das Dezernat 1 wahrgenommen. Weiters wurden die von den Fachabtei-

lungen des technischen Bereichs abgegebenen Stellungnahmen zu den zum Einspruch aufgelegten ÖNORMEN zusammengefasst und nach gegebenenfalls notwendiger Koordinierung divergierender Stellungnahmen an das Österreichische Normungsinstitut herangetragen.

Die Dienstenteilung und Organisation bzw. fachliche Betreuung für die Veranstaltungsstättenaufsichts- und Permanenzdienste wurde wahrgenommen.

Durch das Dezernat 1 erfolgte weiters der Aufbau des Berichtswesens für den Bereich Bauten und Technik, wobei Berichtsinhalte und Berichtsform festgelegt, Datenerhebungen eingeleitet bzw. durchgeführt und ein erstmaliger Bericht erstellt wurden.

Ein weiterer Tätigkeitsbereich des Dezernats 1 lag in der Abnahme von Befähigungsprüfungen u. a. für das Bau-, Elektro- und Installationsgewerbe. Im Auftrag des Bundesministeriums für Wirtschaft und Arbeit wurde an Ziviltechnikerprüfungen mitgewirkt.

Die technische Fachaufsicht wurde durch Mitwirkung bei der Dienstaufsicht über das dem Bereich Bauten und Technik zugewiesene technische Personal wahrgenommen. Zu den Aufgaben zählen unter anderem Mitwirkung bei der Besetzung freier Dienstposten und bei der Besetzung höherwertiger Dienstposten (Funktionen) im Sinne des Wiener Gleichbehandlungsgesetzes sowie die Mitwirkung bei der Schaffung, Streichung und Bewertung von Dienstposten sowie in diesem Zusammenhang gemeinsam mit der MD-IR durchzuführenden Revisionen.

Dem Dezernat 1 obliegen auch die Bearbeitung der Budgetangelegenheiten für die gesamte MD-BD sowie die Erledigung von Personalangelegenheiten für sämtliche Mitarbeiter/innen der MD-BD, wie z. B. Anträge auf Förderungen, auf Zuerkennung von Zulagen, auf Besetzungen höherwertiger Dienstposten (Funktionen) im Sinne des Wiener Gleichbehandlungsgesetzes etc.

Betreffend die Umsetzung der strategischen Verwaltungsziele der gesamten MD-BD erfolgte seitens des Dezernats 1 die Koordination bei der Definition und Operationalisierung der Ziele für das Jahr 2003.

Das **Dezernat 2** der MD-BD ist für die grundsätzlichen Angelegenheiten der Koordination sämtlicher EDV-Aktivitäten sowie für die Organisation von Verwaltungsvorgängen im technischen Bereich zuständig und unterstützt die technischen Dienststellen beim Einsatz moderner Arbeitsmethoden und -techniken, insbesondere auch hinsichtlich Projektmanagement und „New Public Management“. Im Jahr 2002 wurden insbesondere bei folgenden Projekten bedeutende Entwicklungsschritte gesetzt:

- **Informationssystem Bauen (ISBA):** Der Einsatz einer neuen Softwaregeneration für Aus-

schreibung-Vergabe-Abrechnung (AVA) wurde in Koordination mit den Magistratsdienststellen, den Unternehmungen der Stadt Wien und dem Konzern Wiener Stadtwerke vorbereitet. Dieses System wird den Anwendern bei der Kostenermittlung, der Angemessenheits- und vertieften Angebotsprüfung, der Bestbieterermittlung und beim Vergabeleistungsverzeichnis erweiterte bzw. neue Möglichkeiten bieten.

- **Ausschreibungsbekanntmachungen im Internet:** Seit Sommer 2002 werden die Ausschreibungsunterlagen der offenen Verfahren zum kostenlosen Herunterladen im Internet den Interessenten zur Verfügung gestellt. Durch diese Maßnahme soll ein größerer Bewerberkreis erreicht werden. Weiters werden dadurch die Papier-, Druck- und Vervielfältigungskosten sowie die finanziellen Aufwände für Lagerhaltung und Entsorgung verringert.
- **Public-Private-Partnership (PPP):** Zur Unterstützung der Dienststellen bei dem in Zukunft vermehrt zu erwartenden Einsatz von PPP-Projekten wurde mit der Ausarbeitung eines Rohkonzepts für einen Leitfaden zur Projektabwicklung begonnen.

Die Geschäfte des **Dezernats 3** umfassen folgende Aufgabengebiete:

- Prozessunabhängige Querschnittsprüfung von städtischen Planungen und Bauvorhaben im Hinblick auf ihre ordnungsgemäße Abwicklung in funktioneller, wirtschaftlicher und terminlicher Hinsicht;
- Durchführung von Einzelprüfungen in konkreten Anlassfällen;
- Erstellung von Vorschlägen an den Stadtbaudirektor zur Beseitigung allfällig festgestellter Mängel;
- Erstellung von Vorschlägen an den Stadtbaudirektor zur Optimierung der Vorgangsweisen bei der Planung und Abwicklung städtischer Bauvorhaben;
- Evaluierung von Mängelmeldungen der Dienststellen bei der Auftragsabwicklung im Zusammenhang mit Eintragungen in den Auftragnehmerkataster Österreich;
- Sammlung und Bewertung von Informationen hinsichtlich schwerer Verfehlungen von Unternehmen in deren beruflicher Tätigkeit im Rahmen der Leistungserbringung für die Stadt Wien sowie Beantragung der Genehmigung durch den Stadtbaudirektor zur Eintragung bzw. Aufhebung (nach Setzung vertrauensbildender Maßnahmen) von Statushinweisen im Auftragnehmerkataster Österreich;
- Koordination des weiteren Aufbaus sowie die Durchführung des Konzerncontrollings;
- Aufbau und Wahrnehmung des MD-BD internen Controllings (Zentrales Controlling).

Im Berichtsjahr konnten insgesamt 54 Projekte geprüft werden, deren Investitionsvolumen ca. 101 Mio. EUR umfasst. Die von den Prüfteams festgestellten Abweichungen stellen die Basis für das anschließende Risikomanagement dar.

Die der **Geschäftsstelle Infrastruktur und Stadterneuerung** übertragenen Aufgaben der Sicher-

stellung der sozialen Infrastruktur sowie die Koordination der dafür zuständigen Dienststellen in sachlicher, räumlicher und zeitlicher Hinsicht, wurden im Rahmen der Infrastrukturkommission auch im Berichtsjahr fortgesetzt. Für eine Reihe zum Teil sehr unterschiedlicher städtebaulicher Entwicklungen wurden, unter Abstimmung auf Phasenentwicklungen, Nutzungsverteilungen, Wohnbauquantitäten, Infrastrukturkapazitäten und demografische Entwicklungen, die jeweiligen Versorgungspotenziale und Infrastrukturerfordernisse dargestellt.

Im Zuge der Steuerung von Stadterneuerungsprozessen durch die Geschäftsstelle stand weiterhin die Sicherung der hohen Qualitätsstandards bei der Erneuerung innerstädtischer Gebiete im Mittelpunkt. Die Weiterentwicklung vorhandener Instrumente im legislativen und im Förderungsbereich sowie von Stadtteilmanagementstrukturen wurde dabei initiiert, zentral gesteuert und begleitet. Im Rahmen der strategischen und inhaltlichen Steuerung der Gebietsbetreuungen wurde die Umsetzung der Ergebnisse einer diesbezüglichen Aufgabenevaluierung aus dem Jahr 2000 weitergeführt und ein zukunftsorientiertes und tragfähiges Arbeitsrahmenprogramm entwickelt. Im Sinne der umfassenden Aufgabenstellung der Stadterneuerung wurde die Entwicklung eines **Programms zur Revitalisierung von Einkaufsstrassen** inklusive dem Aufbau von geschäftsgruppen- und magistratsübergreifenden, zentralen und lokalen Organisationsstrukturen eingeleitet.

Zu den der Geschäftsstelle zugewiesenen Aufgaben gehören auch das Betreiben von Maßnahmen zur Förderung von Garagenprojekten, die Koordination von **Park & Ride-Anlagen** und die Erarbeitung des **Garagenprogramms**. Im Berichtsjahr wurden zwei gewerbliche Garagen (268 Stellplätze) fertig gestellt. 11 Garagen (insgesamt rund 3.700 Stellplätze) sind in Bau bzw. wurden bis zur Baureife vorbereitet. Für 28 weitere Standorte (insgesamt rund 5.450 Stellplätze und 50 Bus-Stellplätze) wurden Planungsüberlegungen eingeleitet. Eine Park & Ride-Anlage (140 Stellplätze) ging in Betrieb, eine weitere mit 320 Stellplätzen ist in Bau. Für weitere 12 Park & Ride-Standorte (insgesamt rund 7.000 Stellplätze) wurden Planungsüberlegungen weitergeführt bzw. stehen in Diskussion.

An der Erarbeitung des „Masterplans Verkehr 2003“ wurde durch Leitung der Arbeitsgruppe „Ruhender Verkehr“ mitgewirkt.

Im Rahmen der federführend betriebenen Grundstücksbesprechungen wurde in Liegenschafts- und Immobilienangelegenheiten zwischen den strategischen Ebenen und den operativen Ebenen wechselseitig agiert, um stadtentwicklungspolitische und ökonomische Interessen und Zielsetzungen abzuwägen und zu einem einvernehmlichen, optimalen Ergebnis zu führen. Im Berichtsjahr wurden zu insgesamt 21 beantragten Raumprogrammen Raumprogrammvor- und Raumprogrammgesprächen betreffend eine Gesamt-nutzfläche von 36.890 m² durchgeführt.

Mit der Konzepterstellung zur **Steigerung der Wirtschaftlichkeit der Betriebsführung in technischen Abteilungen** (Konzentration auf Kernaufgaben, Ausnutzung von Synergieeffekten, Mehrfachnutzung von Flächen, Strukturen und Personal) wurde begonnen. Die Mitwirkung an der Erstellung von Standardraumprogrammen des Wiener Krankenanstaltenverbundes sowie die federführende Koordinierung einer Reihe von Sonderprojekten, wie z. B. Islamischer Friedhof und Chinesisches Kulturzentrum wurde im Berichtsjahr fortgesetzt.

Die **Projektleitstelle** befasste sich unter anderem mit der Abwicklung von Bauprojekten in Stadtentwicklungsgebieten, mit der Koordination der vom Stadtbauamt eingesetzten Projektverantwortlichen und der Mitwirkung bei der Bereitstellung der Ressourcen für die Projektabwicklungen. Daneben wurden verschiedene Sonderprojekte betreut:

- Das aus Mitteln der Europäischen Kommission geförderte Umwelt-LIFE-Projekt „RUMBA – Richtlinien für eine umweltfreundliche Baustellenabwicklung“ wurde weitergeführt.
- Im Berichtsjahr 2002 konnten im Projekt Öko-Kauf Wien Kriterienkataloge erarbeitet und im Internet veröffentlicht werden.
- Das Coaching und die Moderation für das UVP-Verfahren für die Verlängerung der U-Bahn-Linie U2 vom Schottenring bis Aspern wurde übernommen, wodurch das Verfahren trotz vieler Einsprüche in Rekordzeit abgewickelt werden konnte.
- Weiters wurde die MA 53 bei der Entwicklung eines neuen Customer Relationship Models unterstützt sowie bei der Erarbeitung eines neuen Prüfprogramms für die technische Fahrzeugprüfstelle der MA 46 mitgewirkt.
- In der von der MD-Geschäftsbereich Organisation beauftragten Kooperation mit der Wirtschaftsuniversität Wien wurde für die Analyse „Magistrat Wien als projektorientierte Organisation“ der Bereich „Beurteilung der technischen Projekte“ durch die Projektleitstelle abgedeckt.

Durch die **Geschäftsstelle Auftragswesen** wurden die Arbeiten an den Erlassentwürfen für „Allgemeine Angebotsbestimmungen der Stadt Wien für Leistungen“, „Allgemeine Vertragsbestimmungen der Stadt Wien für Leistungen“, „Allgemeine Vertragsbestimmungen der Stadt Wien für Bauleistungen“ und „Allgemeine Vertragsbestimmungen der Stadt Wien für immaterielle Leistungen“ auf Basis der ÖNORMEN-Generation 2002 begonnen.

Durch die Mitwirkung in Beratungsgremien zur Festlegung von Höchsttarifen hat die Geschäftsstelle wesentlichen Anteil an der Erzielung vertretbarer Ergebnisse. Die Verständigungen über **Insolvenzen von Auftragnehmern der Stadt Wien** wurde zentral fortgeführt.

Weiters erfolgte umfangreiche Beratungstätigkeit in Vergabe- und Vertragsangelegenheiten bautechnischer Dienststellen sowie diesbezügliche Mitar-

beit an Projekten und Arbeitskreisen der Stadt Wien. Darüber hinaus wurden die Interessen der Stadt Wien in Vergabe- und Vertragsangelegenheiten im Zuge der Schaffung von Normen im Österreichischen Normungsinstitut wahrgenommen. An Schulungsprogrammen der MD-VA wurde maßgeblich mitgewirkt.

Die **Leitstelle Alltags- und frauengerechtes Planen und Bauen** setzte einen Arbeitsschwerpunkt mit dem Projekt Gender Mainstreaming – Musterbezirk. Dabei wurde für das Planungs- und Verkehrsressort gemeinsam mit der MA 14 ein zweiteiliges Kartenwerk für die Netzqualitäten und Netzdefizite des lokal orientierten Fußgänger/-innenverkehrs entwickelt, welches Hilfestellung bei der geschlechtssensiblen Entscheidungsfindung für Projekte und Vorhaben im öffentlichen Raum bietet. 20 interessierten Bezirken wurde das Kartenmaterial und ein Handbuch als Beitrag zur geschlechtssensiblen Sichtweise in der Verkehrsplanung übermittelt. Für eine vertiefte Erprobung des **Gender Mainstreamings** im Sinne einer flächendeckenden Berücksichtigung bei Planungen und bei der Entscheidungsvorbereitung wurde der 6. Bezirk ausgewählt.

Im Rahmen der Erstellung des „Masterplan Verkehr 2003“ nahm die Leitstelle die Leitung und Koordination der Arbeitsgruppe „Fußgänger/innen und Radverkehr“ wahr.

Einen weiteren Arbeitsschwerpunkt stellte die Weiterführung des Strategischen Projektes „Geschlechtssensible Kinder- und Jugendspielplätze, Sport- und Parkanlagen“ dar, wobei in 5 ausgewählten Parkanlagen eine Nutzungsbeobachtung der interessantesten geschlechtssensiblen Elemente, aufbauend auf der Gestaltungsanalyse von 14 Parkanlagen, durchgeführt wurde. In weiterer Folge sollen die Ergebnisse als Planungsempfehlungen an künftige Auftragnehmer/innen der MA 42 weitergeleitet werden.

Im Berichtsjahr wurden darüber hinaus 52 zur Förderung eingereichte Wohnbauprojekte mit 2.727 Wohnungen für den Grundstücksbeirat des WBSF geprüft und statistisch ausgewertet.

Die **Hauptaufgaben der Geschäftsstelle Landesforstinspektion** umfassen Amtssachverständigentätigkeiten in Angelegenheiten der Forstwirtschaft, der Jagd, der Fischerei und des Baumschutzes, wobei die Haupttätigkeit in der Begutachtung von Rodungsansuchen, in der Waldfeststellung, periodisch in der Festlegung der Eigenjagd- und Gemeindejagdgebiete und der Fischereireviere im Bundesland Wien und in der Begutachtung der von der MA 42 gestellten Baumfällungsansuchen besteht. Ein weiterer Schwerpunkt liegt in der laufenden Kontrolle des Waldzustandes.

Magistratsdirektion – Auslandsbeziehungen (MD-AB)

Kernaufgaben der MD-AB waren auch 2002:

- die Koordination der Auslandsaktivitäten

- Angelegenheiten internationaler über den EU-Raum hinausgehender Netzwerke
- Kontakt und Kooperation mit den in Wien ansässigen Internationalen Organisationen und Nichtregierungsorganisationen
- Auslandshilfe der Stadt Wien.

Neben diesen Aufgaben ist die MD-AB auch Servicestelle für die unterschiedlichsten Anliegen der Dienststellen, ausländischer Besucher und Institutionen. 2002 sind in der MD-AB 3.269 Schriftstücke eingelaufen und 2.401 Schriftstücke wurden per Post oder E-Mail versendet.

Koordination bei Veranstaltungen

USA

Bei der Wien-Präsentation in Miami, die vom 23. bis 27. Jänner 2002 stattfand, war die Stadt Wien offiziell durch Vizebürgermeisterin Grete Laska und den Präsidenten der Wiener Wirtschaftskammer Walter Nettig vertreten.

Mitte April präsentierte sich die Stadt Wien in den USA mit einer Wirtschafts- und WIEN-PRODUCTS-Präsentation in San Francisco und einer Tourismuspräsentation in Los Angeles. Unter Leitung von Bürgermeister Dr. Michael Häupl und Präsident Walter Nettig fanden darüber hinaus Gespräche mit den Bürgermeistern sowie mit Meinungsbildnern und Wirtschaftsvertretern dieser beiden Städte statt.

Deutschland

In München fand im Juni, nach der gemeinsamen Eröffnung durch Bürgermeister Dr. Michael Häupl und Präsident Nettig und dem Münchner Oberbürgermeister Christian Ude die WWFF-Wirtschaftspräsentation „München – Wien: Wirtschaftsregionen und ihre Synergien“ statt. WIEN-PRODUCTS-Ausstellungen, IT-Workshops und ein großer Wien-Heuriger waren zusätzliche erfolgreiche Bestandteile dieses Auftritts.

China

Im September fanden in Peking und Shanghai unter Leitung von Vizebürgermeister Dr. Sepp Rieder und dem Präsidenten der Wirtschaftskammer Wien Walter Nettig Wien-Präsentationen in Peking und Shanghai statt. Neben einer Reihe von Wirtschaftspräsentationen und Workshops zu Umwelt- und IT-Themen stand vor allem die Unterzeichnung eines Zusammenarbeitsmemorandums mit der Stadt Peking im Mittelpunkt der Bemühungen. Weiters wurde auch ein Memorandum of Understanding über die Zusammenarbeit im Umweltschutz unterzeichnet.

Warschau-Tage in Wien

Der Warschauer Bürgermeister Wojciech Kozak eröffnete im September die Warschau-Tage in Wien. Auf dem Programm standen polnische Konzerte, Literarische Abende und Ausstellungen.

Belgrader Kulturtage in Wien

Die Belgrader Bürgermeisterin Radmila Hrustanovic eröffnete im September die drei Wochen dauernden Belgrader Kulturtage in Wien. Dieses Kulturereignis umfasste Ausstellungen, Konzerte, Theatervorstellungen und Lesungen.

Vereinigte Arabische Emirate und Oman

In Dubai und Muscat wurden im Oktober im Rahmen einer Schwerpunktaktion neben Wirtschaftspräsentationen, Seminaren, Workshops und Tourismuspräsentationen auch eine große WIEN-PRODUCTS-Ausstellung gezeigt. Konzerte des Wiener Opernballorchesters fanden beim Publikum große Beachtung.

Krakau-Tage in Wien

Im Oktober präsentierte sich die Stadt Krakau in Wien. Neben einer Fotografienausstellung im Arkadenhof des Wiener Rathauses und einer Reihe von Wirtschaftsgesprächen mit dem Wiener Wirtschaftsförderungsfonds stand vor allem ein Meinungsaustausch von Tourismusexperten beider Städte statt.

Wien-Tage in Sofia

Bürgermeister Dr. Michael Häupl und sein Amtskollege in Sofia Stefan Sofianski eröffneten im November gemeinsam die Wien-Tage in Sofia, bei denen neben einer Reihe von Ausstellungen auch ein Wiener Benefizabend mit den Artschrammeln stattfand. Ein Umweltechnologieworkshop und Vorträge zum Thema Abfallbewirtschaftung und Energieeffizienz ergänzten das umfangreiche Programm.

Städtekooperationen und Netzwerke

Städte Europas – Capitals for EU-Enlargement

Im März fand auf Einladung des Prager Bürgermeisters Jan Kasl die 3. Konferenz der Bürgermeister der Hauptstädte der EU-Beitrittsländer von Ankara, Bratislava, Budapest, Bukarest, Laibach, Nicosia, Prag, Riga, Sofia, Tallinn, Valletta, Vilnius, Warschau sowie von Wien und Berlin statt.

Im August fand auf Einladung des regierenden Berliner Bürgermeisters Klaus Wowereit die vierte Konferenz in der deutschen Hauptstadt statt. Wien hat zur Vernetzung einen Homepageentwurf für diese Konferenzreihe erarbeitet, welcher einstimmig von allen Städtevertretern angenommen wurde.

Union der Hauptstädte Mittel- und Südosteuropas

In Laibach fand im September die 6. Konferenz der Bürgermeister der Hauptstädte Südosteuropas unter Teilnahme von Athen, Belgrad, Bratislava, Budapest, Bukarest, Laibach, Nicosia, Podgorica, Sarajevo, Skopje, Sofia, Tirana, Warschau, Wien und Zagreb sowie Vertretern des Stabilitätspaktes und der Zentraleuropäischen Initiative statt.

Donau-Kooperationsprozess

Die Vertreter der Donauanrainerstaaten haben sich im Mai erstmals gemeinsam zur Initiierung einer zukünftigen Kooperation im Rathaus in Wien getroffen. Neben EU-Kommissar Chris Patton waren die Außenminister der Donau-Anrainerstaaten sowie der rumänische Ministerpräsident anwesend.

Budapest – Wien Kooperation

Im September unterzeichneten Bürgermeister Dr. Michael Häupl und sein Budapester Amtskollege Gábor Demszky die gemeinsame Erklärung über die Zusammenarbeit im kommunalen Bereich.

Airport Regions Conference

Bei der Zweijahreskonferenz in Teneriffa im November wurde ein Strategieplan für den Zeitraum 2003 bis 2007 erarbeitet und vorgestellt. Er sieht u. a. vor, die Rolle der lokalen Regierungen/Verwaltungen als aktive Partner bei der Entwicklung der Europäischen Lufttransportpolitik zu stärken.

Internationale Organisationen und Nichtregierungsorganisationen in Wien

Vienna Service Office (VSO) im Vienna International Centre

Der Schwerpunkt der Aufgaben des Vienna Service Office liegt in der individuellen Beratung von Mitarbeiter/innen der UNO bei Fragen und persönlichen Problemen im Zusammenhang mit ihrem Aufenthalt in Wien. Auf Grund einer im Sommer gestarteten PR-Offensive (Folder, Bookmarks, neue Öffnungszeiten, elektronischer Newsletter) wurde der Bekanntheitsgrad und dadurch die Frequenz des VSO erheblich gesteigert. Zusätzlich konnte sich das Vienna Service Office im Zuge von Hospitality Afternoons mit großem Erfolg präsentieren.

UN Vienna Civil Society Award

Im Dezember fand bereits zum vierten Mal die Verleihung des „UN Vienna Civil Society Award“ statt. Als Preisträger wurden, wie schon in den vergangenen Jahren, vier Projekte gekürt, die sich um Drogen- und Verbrechensbekämpfung in ihrem jeweiligen Herkunftsland verdient machen und somit für die Stärkung der Zivilgesellschaft in ihrem Land einsetzen. Der Preis wurde auch von der Stadt Wien dotiert.

Learning Your Way in Vienna

Die von der MD-AB organisierten mehrmonatigen Kurse für UNO Mitarbeiter/innen und deren Angehörige, sowie für die frankophone Gemeinde in Wien, vermittelten neben Deutschkenntnissen einen Einblick in das Alltagsleben der Stadt.

Verleihung des „International Peace Garden“ an die Stadt Wien

Wien wurde durch die „International Peace Garden Foundation“ der „International Peace Garden 2002“ verliehen (Nominierung durch Hiroshima). Vor dem Rathaus wurden deshalb schon im November 2001 Tulpenzwiebel gepflanzt.

Weitere von der MD-AB organisierte Veranstaltungen im Rahmen der Internationalen Organisationen waren:

- **Internationales Jahr der Berge:** In der „Woche des Waldes“ war zwischen dem Burgtheater und dem Volkstheater, unter Beteiligung der Magistratsabteilungen 31 und 49, die begehbare „Installation Holz“ des Bundesministeriums für Land- und Forstwirtschaft aufgebaut.
- **Internationaler Weltflüchtlingstag:** Der Weltflüchtlingstag wurde in Wien mit einer Veranstaltung Am Hof begangen. Diesjähriges Thema war „Flüchtlingsfrauen – Schutz und Perspektiven.“ Stadträtin Mag. Renate Brauner war für die Stadt Wien mit einer Rede zum Thema „Weltflüchtlingstag – ein Plädoyer für das Miteinander“ präsent.
- Die zweite Landtagspräsidentin Prof. Dr. Erika Stubenvoll empfing am 24. September etwa 300 Gäste anlässlich des 6. Jahrestages der Unterzeichnung des Vertrages über das umfassende Verbot von Nuklearversuchen durch die Generalversammlung der UN zu einem Festakt.

Auslandshilfe

- **Afghanistan:** In Afghanistan wurde ein Schulprojekt in Shirgar/Provinz Lagham unterstützt. Neben der desolaten Schule soll ein Neubau mit acht Räumen für insgesamt 700 Buben und Mädchen entstehen.
- **Albanien:** In Fier wurde das dortige von Österreich bereits unterstützte Spital mit weiteren notwendigen medizinischen Instrumenten ausgerüstet.
- **Äthiopien:** Unterstützung des „Derra Integrated Rural Development Projects“, welches die Wasserversorgung sowie die Verbesserung des Lebensstandards für ca. 97.000 Menschen zum Ziel hat.
- **Bosnien und Herzegowina:** Zur Früherkennung des Glaukoms (einer sehr aggressiven Augenerkrankung) wurde ein Perimeter für die Universitätsklinik in Sarajevo angekauft.
- **Bulgarien:** Durch die Weiterbildung von Sozialarbeitern und Pädagogen kann die Lebensqualität von 1.000 Kindern enorm gesteigert werden. Die Finanzierung wurde für ein Jahr gesichert.
- **Kuba:** Das Gesundheitszentrum El Complejo de Atencion Integral al Adulto Mayor bietet Pflege und Rehabilitation für ältere Menschen in Havanna. Um das Therapieangebot sinnvoll zu ergänzen wurde der Bereich zur physiotherapeutischen Rehabilitation erweitert.
- **Rumänien:** In Bukarest leben noch immer viele Kinder auf der Straße. Um diese Situation dieser Kinder zu verbessern wurde die Errichtung des Sozialzentrums „Lazarus“ und die „Stadt des Kindes“ außerhalb von Bukarest unterstützt. Für das von Österreich errichtete

Unfallkrankenhaus in Temesvar wurden medizinische Instrumente angekauft.

- **Serbien und Montenegro:** Mit der Unterstützung Wiens konnte eine Heizungsanlage in einer Pflichtschule in Djakovo/Kosovo eingebaut werden. Die von diversen österreichischen Stellen finanzierte Poliklinik Suhareka konnte 2001 an die dortige öffentliche Verwaltung übergeben werden. Um die Nachhaltigkeit dieses Projekts zu gewährleisten wurde ein Monitoring finanziert. Eine große Anzahl der Park-, Spiel- und Sportanlagen in Belgrad sind seit dem Krieg unbrauchbar, zerstört oder stark vernachlässigt. Drei dieser Park- und Spielanlagen in Belgrad konnten mit finanzieller Hilfe der Stadt Wien wieder neu aufgebaut werden.
- **Ukraine:** Mit über 240.000 Infizierten hat die Ukraine die höchste HIV/AIDS-Rate der ehemaligen Sowjetunion. Unterstützt wurde die Einführung einer erschwinglichen und nachhaltigen Behandlung von HIV/AIDS im Süden der Ukraine, die psychosoziale Betreuung von infizierten Müttern sowie Training und Ausbildung von Personal vor Ort.
- **Tschetschenien, Moldawien, Afghanistan, Palästina, Serbien und Kolumbien:** Weihnachtspakete mit Lebensmitteln, Süßigkeiten, Hygieneartikeln, Spielzeug und Schulsachen für rund 10.000 Kindern in den obgenannten Staaten wurden angekauft und verteilt. Diese Aktion ist eine Unterstützung der Aktion „Weihnachtshilfe für Kinder in Not“.
- **Südafrika:** Im Februar eröffnete Stadträtin Mag. Renate Brauner die dritte Ausbaustufe der Wiener Schule in Südafrika.

Delegationen

Beamtenaustausch mit der belgischen Region Wallonien

Auf Grundlage der bestehenden Kooperationserklärung fand ein Beamtenaustausch zwischen der Region Wallonien und der Stadt Wien statt.

Delegationsbetreuung

Auch 2002 hat die MD-AB zahlreiche Delegationen betreut. So u. a. den Magistratsdirektor von Peking, Huang Chengxiang, Vertreter des North-American Board of Rabbis, den Stadtpräsidenten von Reykjavik, Arni Thor Sigurdson, Vertreter der Region Helsinki, Vertreter aus Guangdong und aus Kiew, Praktikanten aus Bratislava oder eine Delegation der North Carolina State University. In der von der MD-AB geführten Evidenz wurden insgesamt 227 ausländische Delegationen mit insgesamt 3.553 Fachbesuchern vermerkt.

Magistratsdirektion – Europäische Integration und Wissensmanagement (MD-EIW)

Die MD-EIW hatte im Jahr 2002 insbesondere Angelegenheiten der europäischen Integration auf Städteebene wahrzunehmen. Weitere Tätigkeitsschwerpunkte waren Fragen im Zusammenhang mit der Ansiedlung internationaler Organisationen in Wien und im Bereich des Wissensmanage-

ments die Koordination der Grundlagenforschung der städtischen Dienststellen.

Als Geschäftsstelle der „Europakommission“ des Wiener Gemeinderats und Landtags organisierte die MD-EIW u. a. die am 8. Oktober 2002 unter der Teilnahme von rund 100 Personen – darunter auch Abgeordnete zum Nationalrat, Bezirksvorsteher/innen und Vertreter von Botschaften der Beitrittskandidatenländer – abgehaltene Enquete über den Konvent zur Zukunft der Europäischen Union. Bei dieser Enquete, die sich mit grundlegenden Fragen der Zukunft Europas befasste, wurde insbesondere darauf verwiesen, dass eine weitere Demokratisierung und die Verwirklichung der Bürgernähe in der Europäischen Union auch die Einbindung der Regionen und vor allem der Städte, entsprechend ihrem wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Stellenwert in die europäischen Entscheidungsprozesse erfordert, und dass die Leistungen im Rahmen der Daseinsvorsorge sowie der Zugang zu diesen Leistungen auch in Hinkunft für alle Bürger/innen gewährleistet sein müssen.

„Eurocities“: Im April 2002 fand im Wiener Rathaus die unter Federführung der MD-EIW von der Stadt Wien und Eurocities gemeinsam veranstaltete und von rund 200 Vertretern aus nahezu 100 Städten Europas besuchte Konferenz „New European and Local Governance“ statt. Zentrale Themen dieser international beachteten Konferenz waren die Einbettung der Städte in den Entscheidungsprozess der EU und die Strukturierung des Dialogs mit den Bürger/innen bzw. mit den zivilgesellschaftlichen Akteuren. Bei der Jahresversammlung von Eurocities im November 2002 in Barcelona wurde Wien, vertreten durch den amtsführenden Stadtrat Dipl.-Ing. Rudolf Schicker und auf Verwaltungsebene durch die MD-EIW, einstimmig als Austragungsort für die Jahresversammlung 2004 gewählt.

„Ausschuss der Regionen (AdR)“: Der AdR hat mit seiner Sitzung am 6. Februar 2002 in Brüssel seine neue 4-jährige Mandatsperiode aufgenommen. Dabei wurden die Fachkommissionen des AdR auf nunmehr 6 reduziert. Die Stadt Wien ist in der Fachkommission „Kohäsionspolitik (COTER)“ vertreten, deren Arbeitsschwerpunkte im Bereich der Städte-, Regional-, Verkehrs- und Tourismuspolitik liegen und für die Stadt Wien von der MD-EIW betreut werden.

„Versammlung der Regionen Europas (VRE)“: Die Stadt Wien ist im Vorstand der VRE durch den amtsführenden Stadtrat Dipl.-Ing. Rudolf Schicker vertreten. Der MD-EIW ist die inhaltliche Vorbereitung und die interne Koordinierung der Wiener Mitgliedschaft übertragen. Weiters hatte die MD-EIW die Interessen der Stadt Wien in der Kommission A – Institutionelle Angelegenheiten wahrzunehmen.

„Vereinigung der Hauptstädte der Europäischen Union (UCUE)“: Bei der UCUE zeichnete Wien, vertreten durch die MD-EIW, federführend verantwortlich für die Ausarbeitung einer Resolu-

tion an die Mitglieder des Konvents zur Zukunft der Europäischen Union.

„Europarat“: Beherrschendes Thema beim Europarat war im Jahr 2002 die Ausarbeitung der Charta der regionalen Selbstverwaltung. Für die MD-EIW stand die Mitarbeit im „Lenkungsausschuss des CDLR (Steeringcommittee on Local and Regional Democracy)“ in Strasbourg im Vordergrund, wobei eine Mitarbeiterin der MD-EIW als gemeinsame (österreichische) Ländervertreterin fungierte.

Im Zusammenhang mit der Ansiedlung internationaler Organisationen in Wien sind folgende Aktivitäten der MD-EIW zu erwähnen, die in Zusammenarbeit mit den zuständigen Dienststellen des Bundes und der Stadt Wien gesetzt wurden:

„Sekretariat der Migrations- und Asylinitiative (MAI) des Südosteuropa-Stabilitätspaktes“: Die Ansiedlung in 4., Möllwaldplatz, wurde im Februar 2002 erfolgreich abgeschlossen.

„Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE)“: Die Ausarbeitung einer Vereinbarung zwischen Bund und Stadt Wien über die Übernahme der Kosten für die Unterbringung voraussichtlich ab dem Jahr 2005 am neuen Amtssitz in 1., Wallnerstraße 6/6A, wurde im Mai 2002 erfolgreich abgeschlossen und beim OSZE-Außenministertreffen im Dezember 2002 in Porto genehmigt.

„Organisation Erdöl exportierender Länder (OPEC)“: Die Verhandlungen mit der OPEC, dem Bund und den Hauseigentümer-Vertretern bezüglich der Kostenteilung im Zusammenhang mit der Sanierung des Amtssitzgebäudes der OPEC in 2., Obere Donaustraße 93, wurden im November 2002 erfolgreich abgeschlossen.

„Europäische Beobachtungsstelle gegen Rassismus und Menschenfeindlichkeit (EU-Monitoring Center)“: Dem Ersuchen des EUMC um Beteiligung an den Nettomietkosten des Amtssitzes in 6., Rahlgasse, für den Zeitraum 1. März 2002 bis 28. Februar 2005 wurde entsprochen und ein entsprechender Beschluss der zuständigen Organe der Stadt Wien herbeigeführt.

„European Space Policy Institute (ESPI)“: Anlässlich der Bewerbung Österreichs um die Ansiedlung des neu zu gründenden „Institutes für Europäische Weltraumpolitik“ in Wien wurden von der MD-EIW und dem Bund entsprechende Verhandlungen mit Vertretern der Europäischen Weltraumagentur (ESA) geführt. Am 12. Dezember 2002 wurde vom Rat der 14 Mitgliedstaaten der ESA beschlossen, das neue Institut für Europäische Weltraumpolitik in Wien zu etablieren.

Im Bereich Wissensmanagement wurde das mittelfristige Forschungsprogramm der Stadt Wien für die Jahre 2003 bis 2005 mit allen in Frage kommenden Dienststellen erarbeitet und in der internen elektronischen Forschungsdatenbank der Stadt Wien erfasst. Die quartalsweisen Übersichten

der abgeschlossenen **Forschungsprojekte** wurden nicht nur den Dienststellen und den Klubs der im Wiener Gemeinderat vertretenen Parteien sondern im Rahmen der elektronischen Forschungsdatenbank der Stadt Wien im Intranet auch der Öffentlichkeit unter <http://www.wien.gv.at/proj/> allgemein zur Verfügung gestellt.

Weiters fungierte die MD-EIW als Geschäftsstelle des **Bund/Land Wien-Komitees für Rohstoffforschung, Rohstoffversorgungssicherung und Energieforschung** und sorgte auch in dieser Eigenschaft für die Abstimmung der gemeinsam durchzuführenden Forschungsprojekte.

Die **Broschüre „Die Organisation der Wiener Stadtverwaltung“**, die auf rund 50 Seiten einen umfassenden Überblick u. a. über den staatsrechtlichen Aufbau der Republik Österreich, über die Einbettung Wiens in den Gesamtstaat, über die Stadt Wien als Gebietskörperschaft mit den Schwerpunkten Organisation und Arbeitsweise der Wiener Stadtverwaltung, Dezentralisierung der Verwaltung in Wien sowie über die von anderen Bundesbehörden wahrgenommenen Aufgaben gibt, wurde von der MD-EIW überarbeitet und ist auch im Internet in modifizierter Form abrufbar unter <http://www.wien.at/organisation> sowie in Englisch unter <http://www.wien.gv.at/english/organisation/>.

Die Aktivitäten des von der MD-EIW geführten **Verbindungsbüros der Stadt Wien in Brüssel (VBB)** standen überwiegend im Zeichen der Beschäftigung mit den Liberalisierungsplänen der Kommission in den Bereichen der **„Daseinsvorsorge“**, d. h. der öffentlichen Dienstleistungen. Wie wohl durch die heftigen Widerstände, darunter auch aus Wien, bei der Liberalisierung des öffentlichen Personen(nah)verkehrs eine Nachdenkpause eingelegt werden musste – so dass die entsprechende Verordnung auch 2002 nicht beschlossen werden konnte – wird das Thema Liberalisierung der öffentlichen Dienstleistungen insgesamt weiter verfolgt, wobei als zusätzlicher Aspekt die beginnenden WTO-Verhandlungen zur weltweiten Liberalisierung von Dienstleistungen („GATS“) nunmehr ebenfalls zu beachten sein werden. Weiters begannen 2002 Vorgespräche zur Reform der Strukturfonds ab 2007, dabei brachte sich das VBB in diversen Netzwerken zur Stärkung der Städtepolitik der EU im Allgemeinen ein. Höhepunkt dieser Bemühungen war die Teilnahme an der **„Urban-Konferenz“** in London (9. bis 10. Juli 2002), bei der Bürgermeister Dr. Michael Häupl zu einem der Hauptreferate eingeladen war. Die **Wahrnehmung der Berichtspflichten** rund um die Fachkommission 5 und die Plenartagungen des Ausschusses der Regionen, um Eurocities und den Rat der Gemeinden und Regionen Europas (RGRE), aber auch die Teilnahme an Hearings des Europäischen Parlaments und der Kommission sowie fortgesetztes Lobbying für den Weiterbestand der in Wien angesiedelten Wiener TINA-BürobetriebsGmbH rundeten die Aktivitäten des Verbindungsbüros ab. Die Berichtstätigkeit des VBB bezog sich weiters auch auf allgemeine Themen, wie z. B. die Verhandlungen rund um die Neu-

strukturierung der EU-Institutionen („EU-Konvent“) im Hinblick auf die Erweiterung der EU und den Einfluss von Regionen mit Gesetzgebungskompetenzen auf die Politiken der EU.

Das Wien-Haus als **Plattform für fachliche und kulturelle Aktivitäten** hat sich als prestigeträchtiger Treffpunkt insbesondere für die deutschsprachigen EU-Europäer in Brüssel fest etabliert. Nahezu monatlich fanden mit prominenten Vortragenden Wiener Kulturabende mit Buchpräsentationen, Lesungen, Vorträgen etc. statt, aber auch ein Themenabend zum Stabilitätspakt für Südosteuropa (mit Sonderkoordinator Dr. Erhard Busek).

Mit Vorträgen über die Aufgaben eines Regionalbüros in Brüssel bzw. über Organisation und Arbeitsweise der EU war das Verbindungsbüro auch Anlaufstelle für zahlreiche **Besuchergruppen** aus Wien, u. a. von der Diplomatischen Akademie. In diesem Zusammenhang ist auch auf die Mitwirkung des Verbindungsbüros bei der Organisation zahlreicher Besuche zu verweisen: u. a. von Stadtrat Dipl.-Ing. Schicker, Stadtrat Vizebürgermeister Dr. Rieder, Stadtrat Dr. Mailath-Pokornay, Landtagspräsidentin Prof. Stubenvoll sowie von diversen Beamten-Delegationen zu Kommissions- und Ratssitzungen.

Bei den Aufgaben des Verbindungsbüros hat die **Ausbildung und Schulung** von durchwegs sehr hoch qualifizierten Mitarbeiter/innen aus diversen Verwaltungen der Beitrittskandidatenländer einen Fixplatz eingenommen. Im Jahr 2002 absolvierten, neben vier Mitarbeiter/innen aus der Wiener Stadtverwaltung, im Sinne einer Heranführungshilfe an die EU und in Vorbereitung des angestrebten EU-Beitrittes auch Beamt/innen aus den Städten Kattowitz und Bratislava sowie aus der Wojwodschaft Kleinpolen so genannte **„Beamtenpraktika“** im Wien-Haus in Brüssel. Die Schulungen umfassten die theoretische Behandlung des gesamten Primärrechtes der EU und ein für die jeweilige Stadt bzw. Region maßgeschneidertes Besuchsprogramm zu hochrangigen Beamten der Kommission bzw. zu Mitgliedern des Europäischen Parlaments.

Die **Koordinationsstelle Europäische Verkehrswege (KEV) – TINA Vienna** war vor allem damit befasst, dem amtsführenden Stadtrat für Stadtentwicklung und Verkehr alle auf der Ebene der Europäischen Kommission wichtigen Entwicklungen im Zusammenhang mit der **Liberalisierung des öffentlichen Personennahverkehrs, der Ökopunkte-Regelung** und der **EU-Wegekostenrichtlinie** umgehend zu berichten und aus Wiener Sicht, vor dem Hintergrund der EU-Erweiterung im Jahre 2004, zu analysieren.

Am 27. Mai 2002 wurde im Wiener Rathaus das unter Federführung der Stadt Wien (MD-EIW, KEV) erstellte Gründungsdokument für die **Errichtung einer Donauraumkooperation** von den Donau-Anrainerstaaten Deutschland, Tschechien, Slowakei, Ungarn, Slowenien, Kroatien, Ukraine, Bulgarien, Jugoslawien, Moldau und Bosnien-Herzegovina unterfertigt, das einen Meilenstein für die

künftige Zusammenarbeit der Donauländer darstellt.

Wichtige Fragen zur **Entwicklung des Donauraums** wurden auch im Rahmen der Arbeitsgemeinschaft Donauländer im Arbeitskreis „Verkehr und Schifffahrt“, im Zuge des „Korridormanagements“ für den Korridor VII-Donau und im Rahmen des „Donau-Oder-Elbe-Vereins“ behandelt. So wurde z. B. das von Wien vorgelegte „Memorandum of Understanding“ für den Korridor VII am 27. Februar 2002 von der Vizepräsidentin der Europäischen Kommission, Loyola de Palacio, unterzeichnet und eine Studie über die „Wirtschaftspotenziale der Donauhäfen zweiter Ordnung“ erarbeitet. Ebenfalls von wirtschaftlicher Bedeutung war die gemeinsam mit der Wirtschaftskammer Österreich in Wien organisierte Veranstaltung der „**Magistrale für Europa**“, eine Initiative, die zusammen mit ihrer französischen Schwester-Organisation „Association TGV Est-Européen“ das Ziel verfolgt, möglichst schnell eine Hochgeschwindigkeitsstrecke für die Bahn von Paris über Strasbourg, Karlsruhe, Stuttgart und München bis Salzburg, Wien und weiter nach Budapest zu erreichen. Insgesamt 25 Städte, Regionalverbände sowie Industrie- und Handelskammern entlang der zentraleuropäischen West-Ost-Achse sind in dieser beispielhaften Allianz beteiligt, wobei einer künftigen Verlängerung dieser Strecke ab Budapest in den südosteuropäischen Raum große Bedeutung auch für Wien zukommt.

Wien-intern wirkte die Koordinationsstelle Europäische Verkehrswege bei der Erstellung des **Wiener MasterPlanVerkehr 2003** in den Arbeitskreisen „Mobilität“, „Öffentlicher Verkehr“ und „Wirtschaftsverkehr“ sowie – in Bezug auf transeuropäische Verkehrsnetze (TEN) – an der Erstellung des Wiener Stadtentwicklungsplans 2004 mit.

Magistratische Bezirksämter (MBÄ)

Die Magistratischen Bezirksämter sind im Wesentlichen mit jenen Aufgaben betraut, die im Bezirk – somit näher zu den Bürger/innen – durchgeführt werden können. Sie sind **bürgernahe Außenstellen des Magistrats** der Stadt Wien in den Bezirken.

Diese Aufgaben erledigen sie möglichst freundlich, schnell und unbürokratisch. Während der allgemeinen Parteienverkehrszeiten (Montag bis Freitag 8.00 bis 13.00 Uhr, Donnerstag auch 15.30 bis 17.30 Uhr) sind die Mitarbeiter/innen der MBÄ bemüht, allen Rat- und Hilfesuchenden zielführende Auskünfte und Anleitungen zu geben, wie **die jeweiligen Probleme** – seien es Beeinträchtigungen, die von Gewerbebetrieben herrühren, wie Lärm- bzw. Geruchsbelästigungen oder Verschmutzungen der Umwelt durch Ablagerungen usw. – **gemeinsam mit den Bürger/innen** unter Beachtung der gesetzlichen Bestimmungen zu lösen sind.

Die sehr unterschiedlichen Aufgaben reichen von der Erledigung der Anträge von Bürger/innen, die

Parteien eines Verfahrens sind, über die Organisation von Wahlen auf Bundes- und Landesebene, Volksbegehren und Volksabstimmungen, über die Mitwirkung bei Groß(Volks)zählungen bis zur Durchsetzung der öffentlichen Ordnung in Bezug auf Nachbarschafts- und Umweltschutz. Dies kommt insbesondere im Rahmen der Betriebsanlagengenehmigungsverfahren sowie in Verfahren zur Beseitigung von sanitären Übelständen zum Ausdruck. Zur Durchsetzung von in diesem Bereich ergangenen behördlichen Anordnungen ist in manchen Fällen die Durchführung von Verwaltungsstrafverfahren notwendig.

Den Magistratischen Bezirksämtern obliegt im Interesse des **Kunden- und Konsumentenschutzes** die Überprüfung der Einhaltung der Bestimmungen der Gewerbeordnung, des Lebensmittelgesetzes, der Lebensmittelkennzeichnungsverordnung u. a. in enger Zusammenarbeit mit dem Marktamt der Stadt Wien. Die strikte Überwachung dieser Konsumentenschutzbestimmungen führt zu einer beträchtlichen Anzahl von Verwaltungsstrafverfahren, die zur Folge haben, dass die bezeichneten Bestimmungen – die den **hohen Standard des Lebensmittelrechtes in Österreich** ausweisen – auch entsprechend eingehalten werden.

Zur **Beschleunigung des Kundendienstes** für die Bürger/innen stehen den MBÄ moderne Büroorganisationsmittel zur Verfügung. Vernetzung und wienweit wirkende Softwareprogramme machen es möglich, dass Gewerbeberechtigungen oder Betriebsanlagengenehmigungen äußerst rasch erteilt werden können, wenn alle gesetzlichen Voraussetzungen erfüllt sind (z. B. die Nachweise über die Befähigung, die Unbescholtenheit bzw. Standorteignung). So ist es zum Beispiel möglich, Gewerbebeanmeldungen innerhalb von Minuten zu erledigen. In allen MBÄ ist die **Gewerbebeanmeldung-online** möglich. Diese erspart den Kund/innen zusätzliche Amtswege, und die Stadt Wien konnte ihren Vorsprung in bürgernahe Verwaltung weiter ausbauen. Im Übrigen wurden durch die Gewerberechtsnovelle 2002 weitere Aufgaben auf die Bezirksverwaltungsbehörden übertragen und dadurch die Ausrichtung der MBÄ auf das **One-Stop-Prinzip** weiter verstärkt.

Im Verfahren zur Genehmigung von Betriebsanlagen ist durch den Gesetzgeber die Einschaltung von technischen und medizinischen Sachverständigen, die Anhörung von Formalparteien, wie Arbeitsinspektorat, Umweltschutzamt sowie nicht zuletzt als Vertreter der Gemeinde und der Bezirksbevölkerung der/die Bezirksvorsteher/in zwingend vorgesehen.

Um künftigen Unternehmer/innen eine weitere Hilfestellung zu geben, wurde in den Bezirksämtern ein eigenes **Unternehmerservice** in Form von **Projektsprechtagen** eingerichtet. Einmal monatlich stehen rechtskundige Beamte des Magistratischen Bezirksamts, gewerbetechnische Amtssachverständige, Baupolizisten, Arbeitsinspektoren sowie Mitarbeiter der Wirtschaftskammer und des Arbeitsmarktservices gleichzeitig zur Auskunfts-

Magistratsdirektion

erteilung an Unternehmer/innen und Personen, die sich selbstständig machen wollen, zur Verfügung. In diesem Zusammenhang ist den MBÄ seit 1. Jänner 2000 auch die Genehmigung von Schanigärten (Gastgärten auf öffentlichem Grund) übertragen, um den Gewerbetreibenden und Bürger/innen weitere Amtswege zu ersparen.

Ein wesentlicher Schritt in Richtung der Verfahrensbeschleunigung ist die **Verbindung mit dem Zentralen GewerbeRegister**, das sämtlichen Gewerbebehörden in Österreich zur Verfügung steht. Die immer schneller wachsende Anzahl der gesetzlichen Vorschriften führt zu einem immer komplexeren und größeren Arbeitsanfall, der aber durch gezielten Einsatz fortschrittlicher Bürotechnik sowie begleitender und ergänzender Ausbildung der Mitarbeiter/innen bewältigt werden kann. Die Kundenorientiertheit der MBÄ als dezentrale Einrichtungen wird ständig verbessert, die Verfahrensabläufe werden transparenter und die Kommunikation zwischen den Bürger/innen und den Behörden erleichtert.

Das in den Bezirksämtern eingesetzte **Beschleunigungsprogramm** zeigt entsprechende Erfolge. So werden – bei gründlicher Vorbesprechung – Betriebsanlagengenehmigungen innerhalb von 21 Tagen ab kompletter Einreichung erteilt. Ein spezielles Controlling-Programm für den Ablauf und die Beschleunigung des Genehmigungsverfahrens hat sich besonders bewährt. Auch auf Grund dieser Erfolge konnte die **Stadt Wien** ihre Stellung als **international gefragter Wirtschaftsstandort** weiter ausbauen.

Die Magistratischen Bezirksämter vollziehen insbesondere folgende **Bundesgesetze**: Die Gewerbeordnung (Erteilung von Gewerbeberechtigungen und gewerbliches Betriebsanlagenrecht), das Wasserrechtsgesetz, das Arbeitnehmer/innenschutzgesetz, das Chemikaliengesetz, das Abfallwirtschaftsgesetz, das Forstgesetz, das Zivildienst- und Heeresgebührengesetz (Familienunterhalt und Wohnkosten für Zivildienstler), das Bäderhygienegesetz, einen Teil der Straßenverkehrsverordnung und des Bundesstraßen-Mautgesetzes sowie die Beurkundung des Austrittes aus einer Religionsgemeinschaft.

An zu vollziehenden **Landes- bzw. Gemeindevorschriften** kommen beispielsweise hinzu: Die Reinhalteverordnung (betreffend die Bekämpfung von sanitären Übelständen), das Wiener Tierhalte- und Tierschutzgesetz, das Wiener Buschenschankgesetz, das Wiener Feuerpolizei- und Luftreinhaltegesetz (hier insbesondere die Kehrverordnung), das Baumschutzgesetz, das Gebrauchsabgabegesetz u. a.

In all diesen Bereichen sind die Magistratischen Bezirksämter auch im Bedarfsfall zur Durchführung der jeweiligen Verwaltungsstrafverfahren in erster Instanz zuständig. Die große Anzahl der zu vollziehenden Gesetze und Verordnungen stellt höchste Anforderungen an den Ausbildungsstand der Mitarbeiter/innen. Die MBÄ sind somit die kompetente Kontaktstelle für die Bürger/innen vor Ort, die rasch und nahe dem Wohn- bzw. Beschäftigungsort in den sie unmittelbar betreffenden Angelegenheiten tätig werden.

Als Überblick über die Tätigkeit der Magistratischen Bezirksämter seien einige Zahlen über die in diesen Dienststellen im Jahr 2002 angefallenen Geschäftsfälle in den nebenstehenden Tabellen angeführt.

Zu den Aufgaben der MBÄ zählt seit 1. März 2002 auch das **Meldeservice**. In diesen Servicestellen werden die An- und Abmeldungen sowie Meldeauskünfte sofort erledigt. Die Serviceeinrichtungen stehen den Kund/innen täglich Montag bis Freitag von 8.00 Uhr bis 15.30 Uhr, am Donnerstag bis 17.30 Uhr zur Verfügung. Infolge der österreichweiten Einführung eines **Zentralsmelderegisters** ist es für die Bürger/innen möglich, die Abmeldung vom früheren Wohnsitz und die Neuanmeldung in einem durchzuführen, und den Kund/innen die Meldebestätigungen sofort auszufolgen. An- und Abmeldungen sind im Übrigen kostenlos. Die erforderlichen Formulare (Anträge)

Administrativverfahren

Betriebsanlagenverfahren, die mit Bescheiden abgeschlossen wurden (Neugenehmigungen, Genehmigungen von Änderungen, Vorschreibung weiterer Auflagen usw.)	1.932
Betriebsanlagenüberprüfungen	2.935
Gewerbebeanmeldungen	13.468
Gewerbeentziehungen	948
Religionsaustritte	12.083
Baumschutzverfahren	3.119
Ersatzpflanzungen	2.074
Familienunterhalt und Wohnkostenbeihilfe für Zivildienstler	957
Sanitäre Übelstände	1.646
Buschenschankangelegenheiten	125
Einsprüche gegen Kostenvorschreibungen bei Abschleppung von Kraftfahrzeugen	984
Ausnahmebewilligungen gemäß § 45 Abs. 4 StVO (Parkpickerl) in den Bezirken 1 bis 9, sowie 20	63.514

Strafverfahren

Strafverfahren	1.842
Ausländerbeschäftigungsgesetz	181
Arbeitnehmer/innenschutzgesetz	1.605
Unbefugte Gewerbeausübung	280
Nicht genehmigte Betriebsanlagen	627
Gewerbeausübung ohne gewerberechtigten Geschäftsführer	64
Übertretung des Sonn- und Feiertagsruhegesetzes	1.923
Verstöße gegen das Lebensmittelgesetz	2.211
Verstöße gegen die Lebensmittelkennzeichnungsverordnung	61
Wiener Baumschutzgesetz	817
Bauordnung für Wien	4.064
Straßenverkehrsordnung (insbesondere Kfz, die ohne Kennzeichen abgestellt wurden)	8.833
Gebrauchsabgabengesetz	1.522
Bundesstatistikgesetz	

liegen in den Bezirksämtern auf, sie sind auch im Internet abrufbar.

Im Zeitraum von März bis einschließlich Dezember 2002 wurden durchgeführt:

Meldeservice

An-, Ab- und Ummeldungen	356.566
Meldeauskünfte u. Meldebestätigungen	50.286
Geburtsdatenauskünfte	1.689

Es war somit eine gewaltige Erhöhung der Kund/innenfrequenz in den MBÄ festzustellen, die aufgrund der sehr guten Vorbereitung und Organisation problemlos und in besonders kundenfreundlicher Weise bewerkstelligt werden konnte. Die Aufteilung dieser beispielhaft angeführten Agenden ist naturgemäß von Bezirk zu Bezirk je nach Bevölkerungs-, Betriebs- und Baustruktur verschieden. Von den MBÄ sind innerstädtische Bereiche mit einem hohen Althausbestand ebenso zu betreuen, wie Bezirke mit ausgedehnten Gewerbe- und Industriezentren, aber auch Bezirke mit großen Grünflächen, Waldgebieten, ländlichen und landwirtschaftlich genutzten Bereichen. Dienst am Bürger ist heute für die Magistratischen Bezirksämter in erhöhtem Maß Aufgabe und Pflicht. Es sollen Verfahren so durchgeführt wer-

den, dass einerseits der Bürger nicht mehrere Verfahren nebeneinander durchlaufen muss, und andererseits durch geeignete Kommunikationsmittel und Zugriffsmöglichkeiten der Magistratischen Bezirksämter auf den Datenbestand zentraler Dienststellen der **Zugang zum Recht** für die Bürger/innen **verbessert und erleichtert** wird.

Die Magistratischen Bezirksämter nutzen die Möglichkeiten der modernen Computertechnologie für die einfache und rasche Aufgabenerfüllung als **Kund/innenservice**. Die Möglichkeit Wahlkarten, Stimmkarten für Volksbegehren ebenso wie „Parkpickerl“ oder Gewerbeanmeldungen u. a. m. **per Internet** zu beantragen sind Beispiele dafür.

Im Berichtszeitraum wurde nunmehr auch im MBA 16 ein Servicezentrum (**Frontoffice**) eröffnet, in dem vor allem häufig nachgefragte Serviceleistungen, wie das oben bezeichnete Meldeservice, aber auch bestimmte Gewerbeerledigungen, die Ausstellung von Staatsbürgerschaftsnachweisen, die Durchführung von Religionsaustritten u. a. m. Montag bis Mittwoch von 8.00 Uhr bis 16.30 Uhr, Donnerstag von 8.00 Uhr bis 18.00 Uhr und Freitag von 8.00 Uhr bis 15.30 Uhr angeboten werden. In den folgenden Jahren werden auch in weiteren MBÄ Servicezentren dieser Art eingerichtet.